



hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai-Juni 5-6/2018



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**

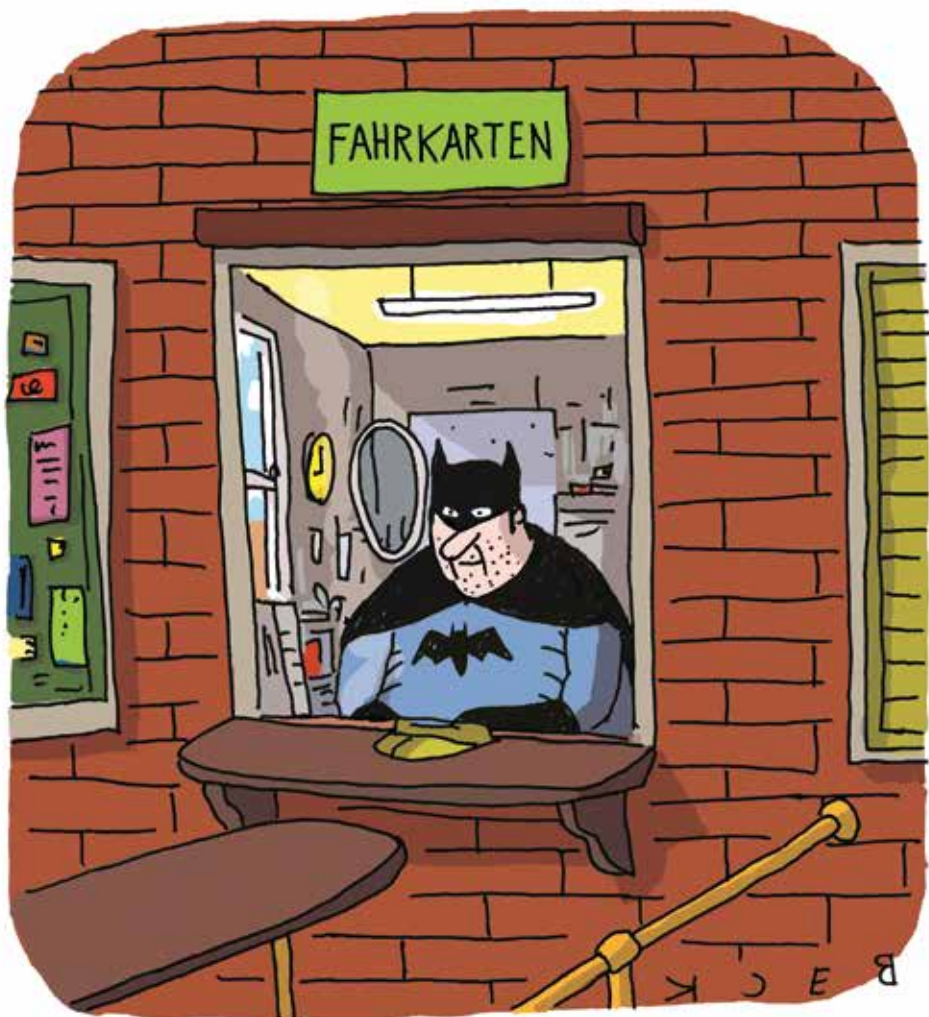


Grund- und
Mittelstufenlehrer*innen
verdienen es, weil ...

WIR ALLE GLEICH GUT
SIND.

Mittwoch, 23. Mai 2018
17.00-19.00 Uhr
vor dem Hamburger Rathaus
Kommt mit zur Demo!





Der ewige Kampf zwischen dem, der Du sein möchtest und dem, der Du sein musst...



Es ist ja nicht nur das Format unserer Mitgliederzeitschrift, die aus dem Rahmen der üblichen Verbandszeitungen fällt. Auch das Konzept unterscheidet sich. Wenn wir als Redaktion immer wieder den Anspruch anführen, dass wir uns als ein Verbandsorgan *von* und *für* Mitglieder verstehen, so bedeutet dies Stärke und Schwäche zugleich. Natürlich sind die Beiträge, die ihr in der hlz findet, journalistisch von unterschiedlicher Qualität. Dies mag ganz besonders bei dem einen oder der anderen Deutschkolleg_in zu manchem Stirnrnzeln führen. Und auch inhaltlich bewegen sich die Artikel in einem weiten politischen Spektrum, was, wie ihr euch vorstellen könnt, in der Redaktion regelmäßig zu Debatten führt. Das finden wir gut, genauso wie ich finde, dass sich eine Zeitung besser liest, wenn sie stilistisch und inhaltlich nicht durchgestylt ist. Vielfalt gilt also auch für uns als das bessere Konzept! Gerade auch, weil es auf das Engagement der Mitglieder setzt. Und das funktioniert immer noch gut! Wenn ihr in unsere Inhaltsverzeichnisse blickt, findet ihr da regelmäßig über Hundert Autor_innen im Jahr. Das ist doch Ausdruck einer recht lebendigen Diskussionskultur!

Was die Vielfalt der Themen angeht, so hören wir von kritischen Stimmen, dass wir zu wenige originär gewerkschaftliche Themen abbilden würden. Das

weisen wir zurück! Zum einen können wir nur über das berichten, was auch tatsächlich an der Basis passiert, und wenn es nichts zu berichten gibt, sollte man sich nicht in Scheinwelten flüchten. Zum anderen aber muss eine Bildungsgewerkschaft weit über das hinaus, was die unmittelbaren Interessen des Einzelnen betrifft, wegen der er oder sie vielleicht einmal in die Gewerkschaft eingetreten ist, den gesellschaftlichen Konfliktlinien folgen, weil nur auf diesen sich das erkennen lässt, was wir verfolgen: Eine in der Tradition der Aufklärung stehende Geisteshaltung zu stärken, die als Ziel eine gerechtere Welt anstrebt. Dass dabei die Bildung ein wichtiges, wenn nicht vielleicht das wesentlichste Element darstellt, muss an dieser Stelle nicht explizit ausgeführt werden.

Was in diesem Zusammenhang allerdings erwähnt werden sollte, weil es dazu ebenfalls kritische Stimmen gab und gibt, ist die Umsetzung dieses Anspruchs, der sich notwendig mit Themen beschäftigen muss, die über das Tagesgeschäft einer Gewerkschaft hinausgehen. Dazu gehört im weitesten Sinn die Auseinan-

Bestand haben will, gerade auf diesem Feld sich weiter bewähren. Konkret heißt dies: sie muss das von ihr gewählte Konzept des Feuilletonistischen beibehalten.

Beibehalten werden wir auch den historischen Bezug, der zugegebener Maßen durch die Traeger-Debatte in den letzten Ausgaben auch uns manchmal überstrapaziert erschien. Aber die Vergangenheit ist weder tot noch vorbei. Sie bestimmt unser Handeln. Wir merken dies in diesen Tagen besonders, wenn die Neue Rechte Widersprüche aufgreift, die das aufgeklärte Publikum in der Vergangenheit miteinander verhandelt hat. Dass hieraus Berührungspunkte erwachsen, ist verständlich. Aber wir sollten, ja wir dürfen uns nicht vor Themen drücken, weil diese Wasser auf die Mühlen der Rechten sein könnten. In der aktuellen Ausgabe setzen wir uns dieser Gefahr aus. Den Skandal der ECHO-Preisverleihung zu thematisieren, heißt, negative Stereotype in Hinblick auf Migrant_innen und den Islam zu bedienen. Themen wie beispielsweise Kopftuchstreit und kulturelle Identität gehören auch dazu, sie zu meiden,

Joachim Geffers

Alleinstellungsmerkmal

dersetzung um die Werte unserer Gesellschaft. Und dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der wiederbelebten völkisch-nationalistischen Strömungen. Das lässt sich nicht in kurzen und knappen Beiträgen abhandeln. Insofern muss die hlz, wenn sie weiterhin neben der aktualitätsbezogenen Homepage der GEW

heiße, den Rechten widerstandslos Raum zu überlassen für eine ausgrenzende und rassistische Meinungsmache, deren Auswirkungen mir mehr Angst machen als die Gefahr, falsch verstanden zu werden. Auch dafür bin ich, sind wir als Redaktionsteam auf dem Gewerkschaftstag wieder gewählt worden.



JA13 Seite 8
Am 23. Mai werden die Kolleg_innen auf dem Rathausmarkt zeigen, dass sie nicht mehr bereit sind, die ungleiche Bezahlung hinzunehmen.

TVöD Seite 12
Viele Kolleg_innen waren auf der Straße. Die bei uns organisierten Erzieher_innen und anderes pädagogisches Personal zeigten sich im Warnstreik kämpferisch. Das Ergebnis ist vorzeigbar.

IfBQ Seite 24
Im Interview mit der hIz erläutert der scheidende Leiter des Instituts für Bildungsqualität Norbert Maritzen, warum es nicht um Kontrolle, sondern um Qualitätssicherung geht.

Gewerkschaftstag Seite 14
Beim diesjährigen Zusammenkommen der Delegierten und Vertrauensleute des höchsten beschlussfähigen Gremiums unserer Gewerkschaft ging es zentral um Arbeitszeit und Arbeitsbelastung.



GEW

JA13	_____	8
Mehr Druck	_____	
TVöD	_____	12
Das Ergebnis	_____	
Gewerkschaftstag	_____	14
Hüttenzauber	_____	
Fair childhood	_____	52
Positives aus der Entwicklungsarbeit	_____	
Musikausschuss	_____	56
Magische Perücke	_____	

Magazin

Ehrung	_____	36
Interview mit Karl Marx	_____	
Weltsozialforum	_____	38
Unter Palmen	_____	
Lobbyismus	_____	40
Merkwürdige Allianz	_____	
Schuldenbremse	_____	42
Gegenkampagne gestartet	_____	
Rap	_____	49
Wollt ihr Beef?	_____	
Welttag gegen Kinderarbeit	_____	54
Fair childhood dabei	_____	
Swingjugend	_____	55
Ausstellung nicht verpassen	_____	
Nationalsozialismus	_____	57
Gegen das Vergessen	_____	

Schwerpunkt

Echo auf den ECHO _____ 44

Bildungspolitik

BSB
Despektierliche Rückfragen _____ 18

Arbeitszeitverordnung
Dringender Regelungsbedarf _____ 19

HWP
Besetzt _____ 20

PTF
Fortschritt auf Raten _____ 22

IfBQ
Interview mit Norbert Maritzen _____ 24

Bildungsclub
Fachtagung _____ 31

Kita
Wenn der Inspektor kommt _____ 32

Rubriken

hlz-Notiz _____ 3

Leser_innenbriefe 1/Nachrichten _____ 6

gb@-Seminare _____ 23

Leser_innenbriefe 2 _____ 58

GEW-Termine _____ 62

Rätsel _____ 63

Impressum _____ 64

Aus der Wiederwahl... _____ 64



Rap _____ Seite 44
Anlässlich der Preisverleihung des ECHO an zwei ‚Künstler‘ wurde einer breiteren Öffentlichkeit schlaglichtartig bewusst, welchen Einflüssen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, wenn sie sich dem Genre, das sich Gangsta-Rap nennt, hingeben. Wer, wenn nicht wir, ist in der Verantwortung?

Mai 2018 _____ Seite 20
Die Türen des Von-Melle-Park 9 blieben geschlossen. Studierende des Fachbereichs Sozialökonomie hatten sich dazu entschlossen, ihren Fachbereich zu besetzen und den Lehrbetrieb zu übernehmen.

Debatte _____ Seite 58
Dass die Auseinandersetzung um die Rolle Max Traegers in unserer Organisation alles andere als abgeschlossen ist, zeigen die Zuschriften.

Hommage _____ Seite 36
Wer 20 Jahre lang jeden Tag seine Zeit in der British Library verbringt, um ein epochales Werk zu schreiben, dessen Spirit lässt sich aus diesen heiligen Hallen niemals vertreiben. Ein Interview – live – mit Karl Marx.



Kein guter Abschluss

Leserbrief zur Tarifrunde

Das zentrale Thema der Tarifrunde war die Forderung, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst in Zeiten von Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel und Rekordsteuereinnahmen deutlicher steigen sollen als in den Jahren zuvor. Das ist im Kern gelungen. „Mit dem Abschluss wird der öffentliche Dienst gestärkt und attraktiver.“ (Marlis Tepe)

So steht es in einer Stellungnahme des GEW-Hauptvorstandes.

Die Forderung war 6 Prozent und 200,- € für ein Jahr. Jetzt soll es im Schnitt 7,5 Prozent und mindestens 178,- € für 30 Monate geben. Das ausgehandelte Ergebnis ist sehr komplex. Jede_r Beschäftigte muss sich selber ausrechnen, wieviel er/sie tatsächlich mehr bekommt. Dabei stehen die höheren Gehaltsgruppen besser da als die unteren Gehaltsgruppen. Das führt zu einer Individualisierung und Entsolidarisierung der Beschäftigten. Müllmänner, Busfahrer_innen etc, gerade die, die mit jedem Cent rechnen müssen, bekommen über die 30 Monate gerechnet zu wenig mehr.

Der Tarifabschluss ist ein Abschluss, der sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft (Bauingenieure, IT-Techniker werden gefördert) und nicht an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert. Gerade die Beschäftigten der unteren Lohngruppen waren es aber, die gestreikt und die Fahnen geschwenkt haben.

Dieser Abschluss ist kein Erfolg, sondern eine Unterwerfungsgeste gegenüber der Sparpolitik. Ein von einem Tagesschaureporter befragter Müll-

werker sagte: „Ich werde wohl 87,- € mehr bekommen, besser als gar nichts.“ Das zeigt doch, wie die Kolleg_innen in die Resignation getrieben werden. Die Laufzeiten werden immer länger, dadurch wird die Möglichkeit verspielt, die günstige, aktuelle Einkommenssituation für wirklich kräftige Lohnerhöhungen zu nutzen. Außerdem ist es wieder nicht gelungen, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Bund, Kommunen, Länder) in den Tarifrunden zusammenzuführen. Nein, das ist kein guter Abschluss.

ROLF URBAN
Ruheständler

irrlichternd

*'Tschüss Kohle',
hlz 3-4/2018, S.46*

Ich frage mich, wer fuer diese Art der Volksverdummung verantwortlich ist. Offensichtlich sind die Deutschen wieder beim Dritten Reich angelangt, denn die sog. erneuerbaren Energien, eine physikalische Traumtaenzeri, haben darin ihren Ursprung. Anscheinend wissen das viele der politisch links-gruen orientierten Lehrer in Deutschland nicht. ... Ich empfehle Ihnen, erst einmal die Grundlagen des Energieumsatzes an der Grenzflaeche Erde-Atmosphäre zu lernen. Mit dem Entzug von kinetischer Energie des Windfeldes wird die horizontale Windgeschwindigkeit verringert, so dass die Fluesse von sensibler und latenter Waerme abnehmen und die 'Oberflaechentemperaturen' ansteigen. Mit dem grossflaechigen Einsatz von Windturbinen wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was Sie behaupten. Es gibt kaum eine effizientere Beeinflussung

des lokalen bis regionalen Klimas als diejenige, die mit dem Aufstellen von grossflaechigen Windparks verbunden ist.

Dr. rer. nat. GERHARD KRAMM,
Research Associate
Professor of Meteorology (ret.)
Fairbanks, Alaska, USA ..."

Privilegierung der Privilegierten

hlz 3-4/2018, S 28f

Das Hamburger 2-Säulen – Schulsystem dient tatsächlich primär der systemstabilisierenden Selektion, damit denen Bildung weitergegeben wird, die Bildung schon ausreichend haben. Die Kinder sozial und bildungsmäßig benachteiligter Familien werden im ersten Selektionsschritt in die Stadtteilschule gelenkt und sozial wie bildungsmäßig privilegierte Familien platzieren ihre Kinder im Gymnasium – egal, was die Lehrkräfteeempfehlungen aussagen. Die systemische Kommunikation zwischen den beiden Säulen beschränkt sich dann im Wesentlichen auf die Nachversorgung der Stadtteilschulen mit abgestuften Schüler_innen vom Gymnasium (Rückläufer_innen). Das ist der zweite systemimmanente Selektionsschritt: Damit die Trauben eventuell bildungsmobilen und aufstiegsmotivierten Familien wirklich sauer schmecken!

Ich stimme Heiko Humburg zu: Die Stadtteilschulen werden zu „Restschulen“ innerhalb eines Bildungssystems, das nicht Lern- und Bildungschancen in den (gymnasialen) Mittelpunkt stellt, sondern Privilegierung der ohnehin Privilegierten. Dieser bildungspolitische Offenbarungseid hat eine sozialpolitische Lawine zur Folge:

Wachsende Bildungs- und Einkommensarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse, Demokratie- und Partizipationsverdrossenheit – ein perfekter Ausgangspunkt für Populisten.

Demokratische Bildungspolitik sieht anders als die unverschämte Selbstversorgung der Privilegierten im 2-Säulen –Schulsystem aus: Schule soll die Kinder (bildungs- und partizipations-) stark machen – unabhängig von sozialer Herkunft, Migrationsbetroffenheit und sozialen Brennpunkten. Nur wenn die „heilige Kuh“ Gymnasium zur Disposition gestellt wird, kann es eine Schule für alle Schüler_innen geben; nur wenn Bildung ein allgemeiner Auftrag zur Förderung aller Schüler_innen wird, kann Bildung allen eine gerechte Chance bieten. Ansonsten bleibt das Schulsystem eine höchst raffinierte Selektionsveranstaltung zur weiteren Stabilisierung stabiler gesellschaftlicher Hierarchien. Also: Ich rufe ganz im Sinne von Heiko Humburg zu einer neuen Schulstrukturdiskussion auf – mit allen Mitteln.

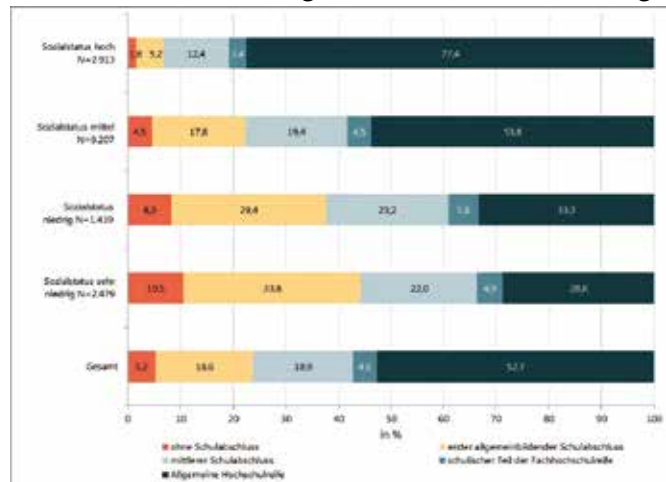
HARRY FRIEBEL
emeritierter Prof. der Universität
Hamburg, FB-Sozialökonomie

Leser_innenbriefe
Fortsetzung S. 58

gestrichen

Vor dem DGB-Bundeskongress wächst der Druck auf den Deutschen Gewerkschaftsbund, sich weiterhin zu den deutschen Klimazielen zu bekennen. Eine Petition mit dieser Forderung wurde auf WeAct von mehr als 40.000 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet. „Lasst uns Klimaschutz nicht ausbremsen, sondern aktiv gestalten“, heißt es in dem von Verdi-Mitglied Oliver Wagner initiierten Aufruf. Auslöser für die Petition war ein taz-Bericht vom 20. April über den Klima-Antrag des DGB-

Soziale Zusammensetzung nach Schularten in Hamburg



© iflQ Hamburg 2018

Dies ist der empirische Beleg für den oft zitierten Satz: In keinem anderen Land ist der Schulerfolg so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland.

Vorstands zum Bundeskongress. Im ursprünglichen Entwurf hatten sich die Gewerkschaften neben den Klimaschutzzielen von Paris ausdrücklich auch zum deutschen Klimaschutzplan 2050 mit festen Emissionszielen für einzelne Sektoren bekannt. Aus dem finalen Antrag wurde dieses Bekenntnis aber gestri-

chen

populistisch
Wer den Namen eines Gymnasiums oder einer Stadtteilschule eingibt, kann einzelne Lehrer_

innen nach einem vorgegebenen Raster (Verständlichkeit, Hausaufgaben, Fairness, Klausuren, Hilfsbereitschaft, Humor) bewerten oder Kommentare schreiben. Manche Postings waren nicht nur beleidigend, sondern verleumdend und menschenverachtend. Dies hindert die FDP nicht daran, in einem Bürger-schaftsantrag die Einführung einer „konstruktiven Feedbackkultur“ an Schulen zu fordern.

Die kleine Berichtserstattung der hIz zum 1. Mai



Hamburg – nicht nur traditionell, auch aktuell



Unsere Parole am 1. Mai

Längst überfällig

Hamburg bildet im Norden bald das Schlusslicht bei der Besoldung von Grund- und Mittelstufenlehrkräften

Seit 2015 verstärkt die GEW Hamburg ihre Forderung nach A13 Z bzw. E 13 für alle Grund- und Mittelstufenlehrkräfte, die eine vollständige Lehrerausbildung mit erstem und zweitem Staatsexamen haben.

Was haben wir bisher getan?

Gemeinsam mit der GEW Bremen und Schleswig-Holstein haben wir im Herbst 2015 an die sozialdemokratischen Bildungsverantwortlichen appelliert, die Bezahlung der Grundschul- und Sek I-Lehrkräfte endlich den anderen Lehrämtern anzupassen. Mit unterschiedlichen Gründen

lehnten die Bildungsverantwortlichen unsere Forderungen ab. In Hamburg ist Bildungssenator Rabe (SPD) der Meinung, dass die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte sehr wohl A13 bzw. E13 verdient hätten, nur habe er dafür kein Geld. Dass der Hamburger rot-grüne Senat bei immer wieder stolz verkündeten Haushaltsüberschüssen nicht auch an eine gerechte Bezahlung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte denkt und nicht mit sich reden lässt, ist für die GEW nicht hinnehmbar.

Um den politischen Druck auf die sozialdemokratischen Bildungsverantwortlichen zu erhö-

hen, haben die drei GEW-Landsvorsitzenden aus Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg eine Stellungnahme zum EqualPayDay am 19.3.2017 herausgegeben und die Verantwortlichen aufgefordert, ihrem Werbeslogan „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen“ nachzukommen und die Grundschullehrkräfte, die zu über 80 Prozent weiblich sind, endlich besser zu bezahlen. Eine von der GEW in Auftrag gegebene Studie belegt nämlich, dass aufgrund des hohen Anteils von Frauen in dieser Schulform die A12 Besoldung von Frauen an Grundschulen eine mittelbare Diskriminierung darstellt.

Auf den Hamburger Gewerkschaftstagen 2015, 2016 und 2017 haben wir immer wieder zu diesem Thema informiert, diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefasst.





Was ist bereits passiert?

Senator Rabe hat mit der jetzt zum Schuljahresanfang in Kraft getretenen Besserstellung der Schulleitungen (A14) und Stellvertretungen (A13Z) kleiner Grundschulen einen Schritt in die richtige Richtung getan. Er begründet dies damit, dass man das Engagement und den professionellen Einsatz an kleinen Grundschulen würdigen möchte. Der Ausbau des Ganztags und der generelle Aufgabenzuwachs werden dabei erwähnt. Dies ist richtig. Diese Argumente sind ebenfalls für eine Aufwertung der Arbeit der Lehrkräfte an Grund- und natürlich an Stadtteilschulen heranzuziehen. Grundschul- und Mittelstufenlehrkräfte arbeiten mit den heterogensten Schülergruppen. Sie helfen Kindern, die Welt zu verstehen. Sie bilden Persönlichkeiten und wecken die Freude am Lernen. Sie haben eine lange wissenschaftliche Ausbildung, arbeiten kindbezogen und theoretisch fundiert. Es gibt keinen Grund, diese Lehrkräfte an Hamburger Grund- und

Stadtteilschulen anders zu bezahlen als andere Lehrämter!

Wir haben noch einmal nachgelegt!

Gemeinsam mit Bremen haben wir ein Rechtsgutachten in Auftrag

Verfassungsrechtler, der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei wurde im Kern festgestellt, dass die Alimentation so, wie sie in Hamburg vorgenommen wird, nicht amtsangemessen ist.

Die Zuordnung der Ämter im Besoldungssystem darf nicht willkürlich erfolgen, sondern hat sich an rationalen und begründbaren Merkmalen zu orientieren. Dabei hat der Gesetzgeber einen weiten Ermessensspielraum, den er allerdings nicht willkürlich ausüben darf, sondern sachlich begründen muss. Eine in der Vergangenheit getroffene Regelung muss aber keine Gültigkeit für alle Zeiten haben. In seiner

aktuellen Rechtsprechung (Urteil vom 14.2.2018) hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass der Gesetzgeber eine

Überprüfungs- und Beobachtungspflicht hat und die Einstufung ändern muss, wenn sich Aufgaben und Ausbildung für ein Amt deutlich verändert haben.

In seinem Gutachten kommt



Mittwoch, 23. Mai 2018,

**17.00 – 19.00 Uhr,
vor dem Hamburger Rathaus**

Zeigt Eure Solidarität!

gegeben, dass die rechtliche Seite der unterschiedlichen Besoldung beleuchten sollte. Am 13.2.2018 haben wir das Gutachten von Prof. Dr. Ralf Brinktrine, ein ausgewiesener



Prof. Brinktrine zu dem Schluss, die jetzige Einstufung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte in Hamburg rechtfertige keine Differenzierung zu den anderen Lehrämtern.

Neben den materiellen Kriterien hat der Gesetzgeber auch verfahrensrechtliche Kriterien



zu beachten. Er muss besoldungsrechtlich reagieren, wenn er Laufbahn und Ausbildungsvorschriften derart verändert, dass Unterschiede zwischen den Ämtern verblieben. Dies hätte der Gesetzgeber in Hamburg

schon bei der Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes 2010 tun müssen. Das Gesetz enthält keine Begründung für die unterschiedliche Einstufung der Lehrämter. Spätestens nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2012 hätte der Gesetzgeber seiner Beobachtungs- und Überprüfungspflicht nachkommen müssen.

Prof. Brinktrine kommt deshalb zu dem Fazit: „Die unterschiedliche Einstufung von Lehrkräften an Grundschulen und Lehrkräften in der Sekundarstufe I im Eingangsamt A 12 einerseits und Lehrkräften an Gymnasien im Eingangsamt A 13 andererseits, die alle nach den derzeit geltenden Ausbildungsregelungen ausgebildet worden sind, ist wegen der sowohl in Bremen als auch in Hamburg feststellbaren Vereinheitlichung der Lehrerausbildung nicht mehr überzeugend sachlich zu rechtfertigen. Sie steht deshalb in beiden Ländern mit dem Alimentationsgrundsatz sowie dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz nicht mehr im Einklang.“

Welche Reaktionen gibt es in der bildungspolitischen Landschaft Hamburgs darauf?

Nicht erst seit dem Gutachten, sondern auch grundsätzlich kommt in den bildungspolitischen Kreisen in Hamburg immer stärker der Gedanke zum Ausdruck, dass die momentane Besoldung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte nicht gerecht ist und sich Hamburg bei der Einstellung von gutem Personal nicht nur auf die Attraktivität der Stadt verlassen kann. Einige Parteien unterstützen unsere Forderung schon seit langem, andere – auch diejenigen, die 2003 dafür verantwortlich waren, dass es zu einer Absenkung in der Besoldung gekommen ist – überlegen heute neu. Deshalb ist es umso unverständlicher, dass Senator Rabe mit der GEW immer noch keinen konkreten Gesprächstermin vereinbart hat, um die längst überfällige Gleichstellung und damit eine angemessene Besoldung für Grund- und Mittelstufenkräfte auf den Weg zu bringen.





Ist Hamburg bald Schlusslicht bei der Besoldung von Grund- und Mittelstufenlehrkräften?

In vielen anderen Bereichen freut sich der Senat darüber, dass Hamburg ganz vorn ist und Vorbild- bzw. Modellcharakter für andere Bundesländer hat. In diesem Fall muss Hamburg aufpassen, dass es nicht zum Schlusslicht wird. Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst oder sind dabei sie zu erarbeiten. Dabei liegt Brandenburg an der Spitze der Entwicklung: bis 2020 sind alle – auch die bereits beschäftigten – Grund- und Sekundarstufen I-Lehrkräfte mit einer Besoldung nach A13 versehen. Da kann man sich doch etwas angucken!

Wie geht es jetzt weiter?

Die GEW bereitet konkrete Klagen vor und wird an die entsprechenden Kolleg_innen herantreten und mit ihnen diesen Weg beschreiten. Dies ist allerdings ein langer Weg, deshalb setzen wir weiterhin darauf, dass

sich der Senat ohne Rechtsstreit bewegt. Deshalb ist es gut, dass in den Schulen unsere Foto-Aktion auf fruchtbaren Boden gefallen ist! Ihr seht in dieser Ausgabe eine Auswahl der bei uns bisher eingegangenen Fotos. Wir fordern auch die anderen Schulen auf, sich weiter daran zu betei-

Unterstützung bei uns abgeben. Macht davon Gebrauch, denn am 23.5.2018 um 17 Uhr wollen wir uns vor dem Rathaus treffen, die Unterschriften übergeben und mit möglichst vielen zeigen, dass sich Grund- und Mittelstufenlehrkräfte zu wehren wissen. Nehmt an unserer Aktion teil!



ligen. Damit wird ein deutliches Signal auch in Richtung des Bildungsensors und des Senats in Hamburg gegeben, dass wir uns diese Ungerechtigkeit nicht länger gefallen lassen! Außerdem könnt ihr weiterhin online eure

Sprecht weitere Kolleg_innen an und bringt sie mit! Wir geben nicht auf und werden weiter für die Interessen der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte streiten!

ANJA BENSINGER-STOLZE,
Vorsitzende der GEW Hamburg





HAMBURGER
SCHULVEREIN
von 1875 e. V.



ERZIEHERINNE

**Dafür waren wir
auf der Straße:**



- Insgesamt 7,5 Prozent bei 30 Monaten Vertragslaufzeit.
- Mindestens 7,3 Prozent mehr für den Sozial- und Erziehungsdienst.
- Bis zu 12 Prozent mehr für Einsteigerinnen und Einsteiger (Stufe 1 aller Entgeltgruppen).
- Rückwirkend zum 1. März 2018: Im Schnitt 3,19 Prozent mehr.
- Ab 1. April 2019: Im Schnitt 3,09 Prozent mehr.
- Ab 1. März 2020: Im Schnitt 1,06 Prozent mehr.
- Zusätzlich gibt es zum 1. März 2018 für die Entgeltgruppen E 1 bis E 6 sowie S 2 bis S 4 eine Einmalzahlung in Höhe von 250,- Euro.
- Angleichung der Jahressonderzahlung Ost in vier Schritten.
- Zusage für Verhandlungen zur Eingruppierung kommunaler Lehrkräfte.

Aber: Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 30 Monate (!) – ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft!



GEWERKSCHAFTSTAG

Volle Hütte

Im Fokus der diesjährigen Veranstaltung des höchsten beschlussfähigen Organs der GEW stand das Ringen um kürzere Arbeitszeiten

Foto: hz

Es war schon eine kleine Überraschung, mit der unser Gewerkschaftstag startete. Unser Geschäftsführer Dirk Mescher musste sich noch vor Eröffnung der Tagesordnung entschuldigen, weil viel zu wenig Stühle aufgestellt waren. Aus Gründen, die zu allerlei Spekulation Anlass bieten, strömten also viel mehr Delegierte ins Curiohaus als angenommen. Und das war gut so!

So etwas beflügelt natürlich alle, auch die Redner_innen. So konnte unsere Vorsitzende nicht ohne Stolz berichten, dass die Entschlossenheit, sich gegen die ungleiche Bezahlung von Lehrkräften zu wehren, kontinuierlich wachse. Das traf den Nerv vieler Anwesenden und der Chronist darf an dieser Stelle anführen, dass er, der seine Wahrnehmung auf einen langen Beobachtungszeitraum gründen kann, in Bezug auf die anwesenden Delegierten und Vertrauensleute einen Generationenwechsel ausmachte. Unser stellvertretender Vorsitzende Fredrik Dehnerdt konnte dies durch Zahlen untermauern, sprich: es gibt einen Mitgliederzuwachs. Es wächst also etwas unten nach! Dass sich

dies auch positiv in den Einnahmen widerspiegelt, konnte unser Schatzmeister Jens Kastner, der offiziell weniger prosaisch Erster Kassenverwalter genannt wird, vermelden. Dass es einen positiven Saldo gibt, dessen Betrag die Rücklagen stärkt, konnte trotz der relativ hohen Ausgabe für einen Forschungsauftrag zur Geschichte der GEW von Jens attestiert werden. Er schlug allerdings vor, in Zukunft größere Summen, wie die für besagten Forschungsauftrag, nicht vom Landesvorstand genehmigen zu



Dorothea Kaufmann vom Gymnasium Altona forderte grundsätzliche Veränderungen an unserer Arbeitszeit

lassen, sondern dies den Delegierten des Gewerkschaftstages zu überlassen. Da kein Antrag hierzu gestellt wurde, blieb es bei einem Appell.

Unser zweiter stellvertretende Vorsitzende Sven Quiring verwies noch einmal auf den Erfolg der Volksinitiative ‚Gute Inklusion‘, zu dem die GEW nicht unwesentlich beigetragen habe, um unmittelbar danach einen der Aktivisten, unser Mitglied Martin Reichert, an das Pult zu bitten; er sollte noch einmal detaillierter auf das Ergebnis eingehen.

Martin unterstrich, dass trotz des als Erfolg zu bezeichnenden Ergebnisses – 300 Stellen dauerhaft mehr, 100 Millionen Investitionen in bauliche Maßnahmen zur Inklusion) – man personell längst noch nicht an die Personalausstattung, wie sie einmal in den I- und IR-Klassen bestanden habe, heranreiche. Von daher warnte er, nun Friedhofsruhe einkehren zu lassen. Der Dienstherr sei weiter in der Pflicht, das politisch gesetzte Ziel der flächendeckenden Inklusion sachlich, aber natürlich vor allem personell so auszustatten, dass man ohne die jetzt vorherrschenden

de Überbelastung der Kolleg_innen zu einem Ergebnis kommen könne, das den Anforderungen der UN-Menschenrechtskonvention in Sachen Inklusion genüge.

Jetzt zunächst komme es allerdings erst einmal darauf an, so Martin weiter, am Ball zu bleiben, so dass die ausgehandelten Ressourcen auch wirklich die Empfänger erreichen. Das sei, wie sich bereits jetzt herausgestellt habe, kein Selbstgänger. Er sei aber guten Mutes, dass am Ende die Versprechen auch eingelöst würden.

Weniger um Versprechen als um Unverantwortlichkeit ging es dann beim folgenden Thema: Arbeitszeit von Lehrer_innen. Eingeladen war dazu der Göttinger Sozialwissenschaftler Frank Mußmann, der für die wohl differenzierteste Arbeitszeitanalyse, die je auf diesem Feld erbracht wurde, verantwortlich



Thorsten Gehlsen von der Julius-Leber-Stadteilschule und Mitglied im GPR engagiert sich in der AG-Gesundheit und lud alle zur Mitarbeit ein

ist. Das Ergebnis ist klar. Danach arbeiten die Kolleg_innen in Niedersachsen deutlich über dem Soll. Dass dies Ergebnis in Hamburg noch getoppt wird, ist mehr als wahrscheinlich. Die 3-prozentige Erhöhung der Arbeitszeit im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitszeitmodells vor 10 Jahren ist

Fakt, aber auch die zusätzlichen Aufgaben, die mit Ganztagsbeschulung, Inklusion und zuletzt auch Flüchtlingsbeschulung zu tun haben, leisten ihr Übriges in Sachen Mehrarbeit.

Neben der erwähnten Analyse, an der 2869 Kolleg_innen über ein Jahr lang alle Tätigkeiten minutiös in ein dafür speziell entwickeltes Programm in ein I-Pad eingegeben haben, konnte Mußmann von einer weiteren von ihm betreuten Mega-Studie, die Arbeitszeit von Lehrer_innen betreffend, berichten. Übereinstimmend kommen alle Studien zu dem Schluss, dass Lehrer_innen an Schulen unter Bedingungen arbeiten, die die physische und psychische Belastbarkeit in einer Daueranspannung halten und somit letztlich für viele körperliche wie mentale Krankheiten verantwortlich sind.

In der anschließenden Befragung und Diskussion wurde noch einmal deutlich, dass man bei der reinen quantitativen Betrachtung der Arbeitszeit die psychische Belastung des vor der Klasse Stehens nicht außen vorlassen dürfe. Jede/r, die/der andere Arbeitszusammenhänge als die in der Schule kenne, wisse, worüber man spreche. Mußmann konnte dies bestätigen, wies aber auch auf die Schwierigkeit hin, dies messen zu wollen.

Derart inhaltlich aufgeladen fiel die Diskussion um den von Lucie Kuhse, Mitglied des Vorstandes des Gesamtpersonalrates und Spitzenkandidatin bei den aktuellen Personalratswahlen, eingebrachten Antrag zur Reduzierung der Arbeitszeit auf fruchtbaren Boden. Um zu einer Entlastung der Kolleg_innen zu kommen, sah der Antrag die Erhöhung der A-Zeiten um mindestens zwei Stunden und die Erhöhung der Stunden für die Aufgaben der Schulleitung vor. Letzteres, um damit die zur Verfügung stehenden F-Zeiten, die jetzt stark von den Schulleitungen in Anspruch genommen



Wir haben die bislang differenzierteste Untersuchung zur Lehrer_innenarbeitszeit durchgeführt. (Frank Mußmann)

werden, den Kolleg_innen zu geben, die vor Ort wichtige außerunterrichtliche Arbeit leisten. (Der genaue Antragstext findet sich in der hlz 3-4/2018, S. 25)

Dass der Charakter des Antrags Widerspruch hervorrufen würde, war zu erwarten gewesen. So stießen sich einige Kolleg_innen daran, dass man damit indirekt das Arbeitszeitmodell (AZM), offiziell ja längst Lehrerarbeitszeitverordnung (Lehr-ArbzVO) genannt, akzeptiere und überhaupt würde eine solche



Heiko Humburg von der Stadteilschule Horn verwies auf die 2-Säulen, die uns das Leben an der Schule zusätzlich erschweren



Lucie Kuhse vom Gymnasium Wilhelmsburg und Mitglied im Vorstand des GPRs begründete ihren Antrag zur Arbeitszeit

Forderung davon ablenken, dass wir vor zwei Jahren auf dem Gewerkschaftstag mehr oder weniger einstimmig die Forderung nach ‚nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse‘ verabschiedet hätten.

Es drohte eine Kampfabstimmung. Um diese zu vermeiden, wurde ein Änderungsantrag eingebracht, der den benannten Widerspruch zwar nicht auflöst, aber vor dem Hintergrund, dass diejenigen, die die Hartleibigkeit des Senators in Sachen Arbeitszeit täglich erleben – und dies sind ganz besonders die Mitglieder des Vorstands des Gesamtpersonalrats –, der Meinung sind, dass sich durch diese Art der Forderung eine Chance

eröffnet, Bewegung in die verhärteten Fronten zu bringen. So schien es einen Versuch wert zu sein, quasi als Präambel, die Forderung mit den Worten zu ergänzen: (Wir fordern), *unabhängig von der Tatsache, dass wir auch weiterhin an unserem Ziel, nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse‘ und der auch weiterhin bestehenden grundsätzlichen Ablehnung des Arbeitszeitmodells (genauer: der LehrArbzVO) festhalten...* Dies schien vermittelbar, denn der auf diese Weise geänderte Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen.

Ähnliche Zustimmung fand ein Antrag, der die Arbeitszeit des Pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals (PTF) zum Gegenstand hatte. Vor dem Hintergrund der Schaffung einer neuen Dienstzeitregelung für diese Berufsgruppe durch die Behörde verwies der Antrag auf die Spezifika der unterschiedlichen Tätigkeiten der Kolleg_innen. „Achtet auf unsere Fachlichkeit“, so die Parole. Und wie bei den Lehrer_innen wird auch in dieser Berufsgruppe um den Anteil der Arbeitszeit, der direkt am Kind zu leisten ist, gerungen. Der bisher von der Behörde ins Spiel gebrachte Anteil von 81 Prozent sei eindeutig zu hoch, heißt es im Antrag.

Drei weitere Anträge, alle von der Stadtteilschule Alter Teichweg, wiesen darauf hin, dass hier eine aktive Betriebsgruppe etwas in Gang setzen will, das uns alle angeht. Unsere Vorsitzende sprach deswegen zunächst ihren ausdrücklichen Dank gegenüber dem Vortragenden Kollegen Najib Karim aus. Sie wolle alles tun, damit die gestellten Forderungen nicht im Nirgendwo verschwinden. Konkret ging es um die Angleichung der jetzt deutlich schlechteren Bezahlung der angestellten Kolleg_innen und jenen, die zwar die gleiche Arbeit leisten wie alle anderen Kolleg_innen, aufgrund ihres Status‘, vielleicht ‚nur‘ ein Fach wie Mathematik oder Physik als Studium nachweisen zu können, aber deutlich schlechter bezahlt würden. Der Gewerkschaftstag beschloss, die Forderung nach der Übernahme der Arbeitnehmeranteile der Rentenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber in die Vorbereitung der nächsten Tarifrunde TV-L auf Bundesebene einzubringen.

Ein weiterer Antrag legte den Finger in die Wunde des Beurteilungsverfahrens, das uns seit einigen Jahren schon beglückt. Bislang ist es kaum jemandem verständlich zu machen, warum Kolleg_innen auch bei besten Leistungen i.d.R. nur die mittlere Stufe von fünf Kategorien erreichen. Eine Kränkung für jede/n, die/der täglich ihr/sein Bestes gibt! Aber unabhängig davon führe dies zu Benachteiligungen, wenn sich Kolleg_innen in anderen Bundesländern bewerben würden oder umgekehrt, wenn Kolleg_innen, die in Hamburg mit auswärtigen Kolleg_innen um eine Stelle konkurrieren, dadurch ebenfalls den Kürzeren zögen, so der Antrag. Die GEW Bund wird in einem ersten Schritt gebeten, eine Übersicht über die Beurteilungsverfahren in den einzelnen Bundesländern zu erstellen.





Die neu und wieder Gewählten v.l.n.r.: Eva Klock zur Schriftführerin (Protokollantin HH Gewerkschaftstag); Alexander King zum Beisitzer im Landesvorstand (LV); Claudia Thiel zur Beisitzerin im LV; Fredrik Dehnerdt zum Delegierten für den GEW Hauptvorstand; Roland Stolze zum Landesrechtsschutzleiter; Florian Schubert zum Leiter Referat C (Bildungsfinanzierung); Britta Blanck zur 2. Kassenverwalterin; Jens Kastner zum 1. Kassenverwalter; Joachim Geffers zum Schriftleiter hlz. In Abwesenheit: Carsten Arnheim zum Beisitzer im LV

Das im dritten Antrag aus der erwähnten Betriebsgruppe benannte Problem konnte noch vor Ort geklärt werden. Es ging um den Vorschlag, vor gewerkschaftlichen Aktionen zunächst einmal abzufragen, ob und wie viele Kolleg_innen bereit seien, sich an einer Aktion zu beteiligen, um damit eine Entscheidungsgrundlage dafür zu haben, entweder dazu aufzurufen oder die Aktion fallen zu lassen. Diese Reihenfolge sei in der Vergangenheit nicht immer eingehalten worden, was, wie es im Antrag heißt, „...die Position der Mitglieder gegenüber dem Arbeitgeber schwächt.“ Dirk Mescher versprach nicht nur Besserung, sondern konnte darauf verweisen, dass man aktuell in Sachen JA13 bereits so gehandelt habe.

Nicht unerwähnt gelassen sei, dass das angereiste Mitglied aus dem GEW-Bundesvorstand, Björn Köhler, zuständig für den Kinder- und Jugendbereich, für die Tarifrunde des TVöD und für Fachkräftefragen zunächst über die Aufgaben und die Bedeutung

der Jugendsozialarbeit an Schulen referierte, bevor er auf das aktuelle Tarifergebnis (s. S. 12) zu sprechen kam. Die prozentualen Erhöhungen nannte er einen Erfolg und auch in Bezug auf die ausgehandelten Mindestbeiträge zeigte er sich erfreut. Die Laufzeit des Tarifvertrages von 30 Monaten sei dagegen eher problematisch (s. hierzu auch



Najib Karim von der StS Alter Teichweg begründete die von seiner Betriebsgruppe eingebrachten Anträge

den Leserbrief auf Seite 6). Man müsse aber sehen, dass dies auch der Idee geschuldet sei, dass man die beiden jetzt existierenden Tariflaufzeiten von TVöD und TVL*, deren Ablauf jetzt zeitlich weit auseinander lägen, auf diese Weise näher zueinander gebracht habe. Das Ziel sei natürlich, weil dies die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften nachhaltig stärken würde, eine völlige Synchronisation und letztlich Aufgabe der beiden parallel existierenden Abläufe.

JOACHIM GEFFERS

*Die jetzt parallel existierenden Systeme sind ein Relikt aus der Abschaffung des BAT 2005/2006. Während der TVL das Regelwerk im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten der Länder darstellt, regelt der TVöD die Löhne und Gehälter der kommunalen und der Bundesbeschäftigten. Hier drunter fällt u.a. der Tarifvertrag, der für alle Erzieher_innen in Hamburger Kitas gilt, es sei denn, sie sind im Schuldienst beschäftigt. Sie werden nach dem TVL bezahlt. Der Arbeitgeber, also letztlich auch wieder die Stadt Hamburg, hat kein Interesse an einer Zusammenlegung der Systeme, weil er fürchtet, dass dies die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften stärken könnte.

„Rein in die Zukunft!“

Dies vom Personalrat für eine Personalversammlung der BSB gewählte Motto hinterließ erwartungsgemäß Skepsis und Kritik

Unter dem Motto „Rein in die Zukunft!“ fand am 12.4.18 die Personalversammlung der Beschäftigten der Behörde für Schule und Berufsbildung – Amt B und V, IfQB, IR, PA, Senatorenbüro, VHS, JMS, Studienkolleg, ReBBZ-Beratung und BBZ – statt. Neben dem Tätigkeits-

ein Problem in der Bewerber_innenlage sieht. Häufig gäbe es nur eine Bewerber_in und man habe damit keine Auswahl. Aus den Reihen der Versammlung wurde darauf hingewiesen, dass für Ausbildung und auch für Begleitung von neuen Kräften in der Regel keine Zeiten vorgese-

Arbeit immer weiter verdichtet wird, wenn mehr Arbeit auf immer weniger Schultern verteilt wird. Die Sparquote gehört bei steigenden Schülerzahlen und steigenden Beschäftigtenzahlen an den Schulen endlich abgeschafft! Nicht Abbau von Personal muss betrieben werden, sondern ein personeller

und organisatorischer Aufbau ist das Gebot der Stunde! Aus den Reihen des Personalrats haben Roland Stolze und Ulrich Maaz nach dem Ziel der Personalentwicklung gefragt. Der bisherige Stand mache nicht deutlich, welches Konzept verfolgt werde. Wie soll sich das Personal mittel- und langfristig entwickeln? Rein in die Zukunft – aber wie? Darauf fanden weder Frau Ferks



Foto: hz

Aktion der Sozialpädagog_innen

bericht des Personalrats standen zwei Themen im Vordergrund der Versammlung: Personalentwicklung und Personalplanung und der Stand der Digitalisierung in der BSB.

Im Bereich der Personalplanung arbeitet die Behörde insbesondere an einem Konzept zur Führungskräfteentwicklung. Den aktuellen Stand stellte Frau Ferks (Abteilung Personalentwicklung) vor und machte dabei deutlich, dass in erster Linie Nachwuchsführungskräfte angesprochen werden sollen. In der anschließenden Fragerunde und Diskussion wurde deutlich, dass die Behörde insbesondere

hen sind. Die GEW Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze nahm bei diesem Thema die Gelegenheit wahr, um auf den Zusammenhang von Führungs- bzw. Leistungsverhalten und Gesundheit der Beschäftigten hinzuweisen. Je besser die Kommunikation zwischen Führungskräften und Beschäftigten ist, desto größer die Arbeitszufriedenheit. Je transparenter, unter Beteiligung der Beschäftigten Entscheidungen getroffen werden, desto größer ist wiederum die Arbeitszufriedenheit. Allerdings stößt auch gutes Führungsverhalten an Grenzen, wenn – wie in der Verwaltung der BSB – die

noch Herr Dr. Alpheis eine überzeugende Antwort. Für die behördeninterne Arbeitsgruppe bleibt beim Thema Nachwuchsführungskräfteentwicklung noch einiges zu tun!

Mit einer Aktion vor und während der Personalversammlung haben die Sozialpädagog_innen der ReBBZ-Beratung eine höhere Bezahlung für ihre Arbeit gefordert. Gewerkschaftlich macht die Forderung nach höherer Entlohnung für das gesamte pädagogisch-therapeutische Fachpersonal in der Schule und in der ReBBZ-Beratung Sinn.

Nach der Pause hat der Amtsleiter V, Herr Dr. Alpheis, selbst

in das Thema „Digitalisierung in der BSB – welche Ziele werden verfolgt?“ eingeführt. Dem Motto „Digital first“ folgend wolle der Verwaltungsbereich der Stadt einen guten und am besten lautlosen Service für Unternehmen und Bürger_innen bieten. Dr. Alpheis betonte, dass sich seit ca. 10 Jahren gar nicht so viel verändert habe und er umwälzende Veränderungen auch nicht sehe. Es ging in einem Ritt über KoPers, Webshops ins ELDORADO und Dr. Alpheis endete mit der Aussicht, dass es an seinem digitalen Himmel strahlend blau

sei. Schon bei der ersten Nachfrage aus den Reihen der Versammlung machte die Kollegin Steinbach von der Jugendmusikschule deutlich, dass sie doch einige dunkle Wolken am Himmel ausmachen könne. Sie habe noch nicht einmal eine eigene Mailadresse, um mit Eltern und Schulleitung zu kommunizieren. An dem Beispiel wird deutlich, dass die Sichtweisen aus der Hamburger Straße in der oberen Etage ganz andere sind als die der Beschäftigten insbesondere in den Außenstellen. Dem Motto „Rein in die Zukunft!“ muss hier noch

Nachdruck verliehen werden. Hier gibt es für die Behörde eine Menge zu tun. Damit dort auch etwas geschieht, ist weiterhin ein starker Personalrat von Nöten! „Vertrauen ist gut. Personalrat ist besser!“ Bei den Personalratswahlen am 24.5.2018 können alle Beschäftigten ihre Interessenvertretung stark machen und wählen gehen! Für die Beamtensliste haben GEW und ver.di wieder eine gemeinsame Liste aufstellen können. Gemeinsam geht es besser!

ANJA BENSINGER-STOLZE

ARBEITSZEIT

Rahmensetzungen vereinheitlichen

Lehrkräfte und Schulen entlasten

Die Lehrkräftearbeitszeitverordnung (LehrArbzVO) stammt von 2003. Die deutliche Mehrheit der Schulen waren Halbtagsschulen, es gab noch Haupt-, Real- und Gesamtschulen und teilweise wurden Zeugnisse noch mit der Schreibmaschine geschrieben.

Durch die veränderte Schulstruktur, die flächendeckende Einführung des schulischen Ganztags, die Inklusion, die Veränderungen nach dem „Pisa-Schock“ haben wir heute andere Bedingungen an den Schulen. Mit jeder neuen Reform wurden (mit dem Blick nach vorn) auch neue Rahmensetzungen vorgenommen, die die bisherigen Vorgaben nur zum Teil berücksichtigen.

Die Lehrerarbeitszeitverordnung z. B. kennt die Arbeitszeitbestandteile Unterricht, Aufsicht, Konferenzteilnahme, Vertretung und Funktionswahrnehmung. Die erste Bürgerschaftsdrucksache zum schulischen Ganztag

(Drs. 18/525) führte dann an den Gymnasien die „Betreuung der Schülerinnen und Schüler in der Mittagspause“ ein, ohne die LehrArbzVO zu berücksichtigen oder zu ändern. Die Schulen gingen pragmatisch vor und machten aus der „Betreuung“ Aufsicht, der Umfang der Aufsichten in der LehrArbzVO blieb aber gleich.

Auch bei der Inklusion wird mit wenig eindeutigen Begriffen gearbeitet: Die Drucksache 20/3641 spricht im Abschnitt „Richtlinie zur Konkretisierung der Bildungspläne“ von einer „Standardsetzung für die Bildung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf“. Meint Bildung Unterricht oder greift der Begriff weiter?

Wann beginnt Betreuung?

Solche Fragen bleiben weithin unbeantwortet bzw. den selbstverantworteten Schulen zur Klärung überlassen. Das erzeugt

Missverständnisse, unklare Zuordnungen von Arbeitszeiten an den Schulen und immer wieder Streit.

Wir fordern die Behördenspitze auf, einen einheitlichen und widerspruchsfreien Rahmen für die Schulen zu setzen. Es muss klar sein, was eindeutig geregelt und einzuhalten ist. Der vom neoliberalen Zeitgeist erzwungene Wettbewerb unter den Schulen ist kein Wettbewerb der pädagogischen Konzepte, sondern ein Wettbewerb der einfach zu vergleichenden Gestaltungsvarianten wie Anzahl der Fremdsprachen, Umfang der Nachmittagsangebote und der Bewertung der Schulinspektion. – Geben Sie, Herr Senator, allen Schulen

- gute Arbeitsbedingungen statt Konkurrenzdenken,
- Musterkonzepte statt falsch verstandener Selbstverantwortung und
- einen verlässlichen Rahmen statt ein künstliches Marktgeschehen auf dem primär staatlichen Feld voranzutreiben. Mit aktuellen, drängenden Antworten zu diesen Punkten wird ein Senator besser dastehen, als mit einer Verbesserung der Mathematikergebnisse um drei Punkte im PISA-Vergleich.

(aus GPR-Informationen, Nr. 8 – März 2018)

„There is an alternative“

Unter dem Slogan #HWPbesetzt kämpften Student_innen des Fachbereichs Sozialökonomie für eine ausfinanzierte demokratische Universität für alle. Justus, Aktiver bei HWPbesetzt, berichtet über die Geschehnisse

Turbulente Zeiten am Fachbereich Sozialökonomie (vormals Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik): Auf einer studentischen Vollversammlung am 16. April wurde beschlossen, das Gebäude Von-Melle-Park 9 zu besetzen. Auslöser war die Kürzung des Budgets um 60 Prozent und damit das drohende langfristige Ausbluten der kritischen Orientierungseinheit (OE) der Sozialökonomie. Diese Auseinandersetzung ist dabei ein Knotenpunkt für eine insgesamt notwendige Demokratisierung, Studienreform, Verbesserung der sozialen Lage der Mitglieder und bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschule.

Ausgehend vom Konflikt um die langfristige Finanzierung der OE wurde von den Studierenden beschlossen, den Normalbetrieb von Forschung, Lehre und Verwaltung zu blockieren bzw. zu besetzen, um sich abseits des einnehmenden Alltags den aktuellen Problemen von Wissen-

schaft und Gesellschaft zuwenden zu können. Der Konflikt um die OE liegt diesem Protest als Anlass, nicht jedoch als allumfassende Ursache zugrunde. Der grundlegende Widerstand der Besetzenden gilt einer (Hochschul)Politik der allgemeinen Austerität und Entbehrung. Die Besetzenden kämpften für eine Alternative zum neoliberalen Alltagsrennen im Hamsterrad und für eine strukturell bessere Finanzierung aller öffentlichen Hochschulen in Hamburg.

Der Konflikt um die Orientierungseinheit ist stark in diese allgemeinen Verhältnisse eingebettet. Die OE wirkt als kulturelles Vorbild, wohin wir gesellschaftliche und universitäre Strukturen entwickeln wollen: Hin zu Hochschulen, die sich beispielsweise auf Seiten der Beschäftigten für mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern einsetzen statt den Personalnotstand pseudowissenschaftlich zu legitimieren. Zu Hochschulen, in denen anhand

gesellschaftlicher Schlüsselkonflikte das wissenschaftlich-politische Eingreifen gelernt wird, statt arbeitsmarktkonforme Leistungspunkte-Sammelmaschinen auszuspucken. So hat sich im Zuge des Protestes schnell gezeigt, wie der Alltag der universitären Ausgestaltung den Großteil der Mitglieder frustriert und wo vielleicht gemeinsame Problemlagen über die einzelnen Mitgliedergruppen hinaus herrschen.

Aktuell werden Entscheidungen in der „Unternehmerischen Hochschule“ stark nach dem top-down-Prinzip getroffen, vieles wird in Professorien ausgeklügelt. Dagegen stritten die Besetzenden für Demokratie als Alltagsprinzip und in Gremien von unten nach oben mit gleichem Stimmrecht für alle Mitgliedergruppen.

Der aktuelle akademische Alltag ist für viele die organisierte, modularisierte Belanglosigkeit. Anstelle einer Verschulung und



Damals wie heute: 50 Jahre später lebt der studentische Protest immer noch

Fotos: Asta HWP

Formalisierung des Studiums durch die restriktiven, arbeitsmarktorientierten Strukturen des Bachelor-Master-Systems, soll sich ein zusammenhängendes, solidarisches und diskursives Verständnis von Bildung und Wissenschaft entwickeln und durchsetzen. Die Studierenden fordern unbegrenzte Prüfungsversuche, Masterplatzgarantie und gesellschaftliche Veränderung als Lernziel.

Um zielgerichtete universitäre Wissenschaft als dynamischen, inklusiven Prozess der Erkenntnisuche und Problemlösung organisieren zu können, benötigt man zeitliche und finanzielle Grundlagen, die dies ermöglichen. Deshalb stellen sich die Studierenden mit dem Kampf um den Erhalt der OE und mit der Entwicklung von Lehralternativen, wie einem Themensemester explizit gegen die Verhinderung substanzieller Bildung durch die chronische Unterfinanzierung von Wissenschaftsstätten unter Berufung auf die „schwarze Null“ und gegen eine kontinuierliche Ausdünnung des einzigartigen Fachbereichs.

Dieser Kampf um allgemeinwohlorientierte öffentliche Einrichtungen und gegen die Politik der Austerität ist international. Aktuell versucht der französische Präsident Macron die neoliberale Agenda 2010 in unserem Nachbarland zu kopieren. Gegen die Kürzungen im öffentlichen Dienst, umfassende Privatisierungspläne, Steuersenkungen für Reiche und verschärfte Selektion beim Hochschulzugang sind dort aktuell Millionen Menschen in Streikauseinandersetzungen und zahlreiche Hochschulen besetzt. Auch hier hat die Vollbesetzung und nun andauernde Teilbesetzung des VMP9 hohe Wellen geschlagen: Zahllose Solidarisationen aus dem ganzen Bundesgebiet, hunderte Beteiligte, tausende Gespräche, immenses Presseecho, viele Workshops, intensive Vollversammlungen und

eine kämpferische Demonstration zum Rathaus. Zahlreiche Fachschaften der Uni Hamburg haben sich mit dem Protest solidarisiert, ein Teil des Fachbereichs Sozialwissenschaften wurde im Laufe der Streikwoche ebenfalls besetzt. Die Entwicklungen zeigen: der Frust über die universitären Strukturen ist konstant hoch und muss in einen gemeinsamen Streik für bessere Verhältnisse an Universitäten und allgemein in unserer Gesellschaft kanalisiert werden.

Was wurde erreicht?

Viel passiver Unmut ist an die Oberfläche gespült und teilweise in aktive Gegenwehr überführt worden; das frustrierende Gegeneinander innerhalb der Hochschule wurde als Ergebnis der brutalen Kürzungs- und Ökonomisierungspolitik der Hamburger Senate erkannt und in neue Konfliktbereitschaft gegenüber der Politik der Schuldenbremse überführt; dem Präsidium der Uni konnte eine Zwischenfinanzierung der OE von 25.000€ zusätzlich für ein Jahr abgetrotzt werden; die neoliberale Lüge „There Is No Alternative“ (Margaret Thatcher) wurde aufgebrochen in gemeinsames, solidarisches Andersmachen; Probleme der sozialen Prekarität, der Sinnentleertheit von Studium und Forschung, des Leistungsdrucks, der Ohnmacht gegenüber starren Strukturen konnten aus der Vereinzelung und Passivität herausgeholt werden und warten nun auf eine Lösung!

Doch wie geht es nun weiter und wie kommen wir dieser Lösung näher? Wir wollen die Organisation von Professor_innen, Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, Studis und Verwaltungsangestellten gegen die



Kürzungs- und Schuldenbremsenpolitik ausbauen. Zur gemeinsamen Reflexion der Besetzung und zum Diskutieren von Konsequenzen wollen wir eine mitgliedergruppenübergreifende Vollversammlung des Fachbereichs Sozialökonomie veranstalten. Für Vernetzung, voneinander Lernen und Organisation der Aktiven in den Orientierungseinheiten an der Universität Hamburg wollen wir einen uniweiten OE-Tag veranstalten. Der #hwpsbesetzt hat gezeigt, dass wir über die Geschichte des Fachbereichs Sozialökonomie (Akademie für Gemeinwirtschaft; HWP) offener sprechen müssen. Dafür wollen wir eine Podiumsdiskussion mit Lehrenden und Studierenden von damals und heute (u.a. Wulf D. Hund) auf den Weg bringen. Im Hinblick auf die Haushaltsverhandlungen der Stadt im Herbst wollen wir eine hochschulübergreifende Kampagne starten zur Ausfinanzierung von Bildung und Wissenschaft. Dazu könnte eine Vollversammlung im Audi-max zur Diskussion mit Dieter Lenzen und Katharina Fegebank ein Beitrag sein. Die physische Aneignung des Gebäudes VMP9 war ein Anfang, um die zentralen Probleme in Fakultät und Uni auf den Tisch zu bringen. Nun müssen und wollen wir anhand dieser Problemlagen weiter dafür streiten, dass die Universität vom Teil des Problems zum Ursprung der Veränderung wird.

JUSTUS
Aktiver bei 'HWPbesetzt'



Verbesserungen durchgesetzt, Verschlechterungen verhindert

Neue Dienstzeitregelung für das pädagogisch-therapeutische Fachpersonal (PTF)

Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Beschäftigten des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals (PTF) unter Arbeitsbedingungen arbeiten, die es ihnen ermöglichen, ihre jeweiligen fachspezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten bestmöglich einzubringen, um damit zu einer gelingenden Schulkarriere der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen beizutragen. Nun wurde in einem Mitbestimmungsverfahren durch die Einigungsstelle der Wortlaut einer neuen Dienstzeitregelung (DZR) entschieden. Die wesentlichen Punkte:

- Die Wochenarbeitszeit bleibt gegenüber der alten DZR unverändert.
- Wird Bildungsurlaub genommen, verringert sich die erhöhte Wochenarbeitszeit entspre-

chend.

- Bezüglich der täglichen Arbeitszeit wird zwischen der Einsatzplanung in der Kernzeit von 8 bis 16 Uhr und der Betreuung in den Randzeiten zwischen 6 und 8 sowie 16 und 18 Uhr differenziert. Einsatz- sowie Urlaubsplanung unterliegen der Mitbestimmung durch den schulischen Personalrat.
- Bei Einsatz in den Schulferien kann ein Teil des Erholungsurlaubs außerhalb der Ferien genommen werden.

Die wesentlichsten Veränderungen in der Dienstzeit, die sich vor allem auf die Inhalte und Qualität der pädagogischen Arbeit auswirken, will die BSB allerdings ohne personalrätliche Beteiligung und fachliche Expertise als Anweisung durchset-

zen. Dieses Vorgehen kritisiert die GEW scharf.

Wir danken dem Gesamtpersonalrat, der in enger Abstimmung mit uns bei allen Tatbeständen, die der Mitbestimmung unterliegen, Verbesserungen durchsetzen oder Verschlechterungen verhindern konnte. Endlich ist jetzt anerkannt, dass die Arbeit des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals während der Unterrichtswochen und in den Ferien gleichwertig ist. Damit ist klar: In Absprache mit der Dienststelle kann Urlaub auch außerhalb der Ferien genommen werden. Ebenso konnten unsere Kolleginnen und Kollegen im Gesamtpersonalrat die generelle Öffnung der Arbeitszeit vor 8 und nach 16 Uhr verhindern.

ANJA BENSINGER-STOLZE

Mehr als plaudern

Weitere Infos und Seminarangebote unter

gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Join the GEWolution!

Unter 35, Gewerkschaftsmitglied und Lust auf mehr? Dann bring mit uns die GEWolution in Gang!

Verbringe ein Wochenende mit Workshops zu Arbeitsbelastung, Selbstmanagement, Schule, Kita und Hochschule, Umgang mit Rassismus und vielem mehr. Lerne junge GEWERkschafter_innen aus Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg kennen, tausche dich aus, bilde dich weiter und feiere mit!

Workshops: „Rechtspopulismus – nicht mit uns!“, „Seminar zur Stimme“, „Störendes Verhalten im Unterricht“, „Traumapädagogik“, „Ein Jahr Jamaika in Schleswig-Holstein“, „Interkulturelle Kompetenzen“, „Selbstmanagement“, „Digitalisierung an Hochschulen“, „Kinderrechte und Partizipation in der Kita“, „Gewaltfreie Kommunikation“, „Was ist eigentlich diese GEW?“

Fr. 1.6.2018, 18 Uhr;

So. 3.6.2018, 13.30 Uhr

Bad Malente, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Kostenanteil: 10 € für GEW-Mitglieder incl. Unterkr./Verpfl. Anmeldung unter tinyurl.com/GEWolution2018

Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. Dieses Seminar bietet konkrete Hilfen, um die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.

Do. 7.6.2018, 11 Uhr;

Sa. 9.6.2018, 14 Uhr

Rendsburg, Martinshaus

Leitung: Simone Friedrich

Kostenanteil: 60 € incl. Unterkr./

Verpfl. (ermäßigt 30 €,

Nicht-Mitglieder 180 €)

Elterngespräche leicht gemacht

In vielen pädagogischen Berufen sind Gespräche mit Eltern und Angehörigen zu führen. Scheinbar „ungelernt“ stehen Lehrer_innen und Erzieher_innen vor der Aufgabe, die Eltern und Angehörigen hinsichtlich unterschiedlichster Fragestellungen und Anliegen zu beraten. In diesem Zusammenhang werden sie oftmals mit Vorwürfen, verbalen Angriffen und unangenehmen Situationen konfrontiert. Im Seminar geht es darum, die eigene Gesprächs- und Beratungskompetenz zu erweitern und Sicherheit im Umgang mit den Eltern zu erlangen. Eigenes Gesprächsverhalten soll erkannt, reflektiert und somit steuerbar werden.

Inhalte:

- Grundlagen der Gesprächsführung mit Konzepten und Modellen der Transaktionsanalyse TA
- Widerstände und Abwertungen in Gesprächen erkennen und konfrontieren
- Gefangen in „psychologischen

Spielen“ und im Drama-Dreieck

• Reflexion eigener Gesprächs- und Verhaltensmuster

Freitag 15.6.2018, 9-16.30 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15

Leitung: Andrea Landschof

Kostenanteil: 10 € incl.

Verpflegung (ermäßigt 5 €,

Nicht-Mitglieder 40 €)

Aktiv werden in der GEW Hamburg

Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und mit anderen gemeinsam spannende Projekte voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust. An diesem Nachmittag stellt sich die GEW Hamburg vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpersonen? Welche aktuellen Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.

Leitung: Anja Bensinger-Stolze,

Frank Hasenbein

kostenlos für GEW-Mitglieder

incl. Speis und Trank

Link: <https://www.gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung>

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Kultur des Draufschauens

Interview mit Herrn Norbert Maritzen, dem scheidenden Leiter des Instituts für Bildungsqualität (IfBQ)

hlz: Herr Maritzen, vom IfBM zum IfBQ – warum haben Sie das geändert?

Norbert Maritzen: Das haben wir vor einigen Jahren geändert im Rahmen einer Organisationsentwicklung, in der dann neben den Aufgaben des damaligen IfBM noch weitere Aufgaben hier konzentriert wurden. Da diese weiteren Aufgaben genauso wie die damaligen Aufgaben des IfBM – das „M“ stand für monitoring – gleichgewichtig nebeneinander stehen, dachten wir, dass eine leichte Änderung des Namens angezeigt ist. Deshalb Q für Qualitätsentwicklung, weil der Entwicklungsaspekt, der im IfBM vorher nicht so eine deutliche Rolle spielte, hier auch eingebracht worden ist.

hlz: An dieser Qualität reiben sich ja Ihre Kritiker. Sie kennen vielleicht den Spruch: „Vom vielen Wiegen wird die Sau nicht fett.“ Was halten Sie von dem Spruch in Hinblick auf das, was Sie tun?

Norbert Maritzen: Wissen Sie, wenn wir es mit einem Piloten vor seiner Kanzel zu tun haben und dieser Pilot immer nur sagt: „Also diese Instrumente da, die brauche ich nicht, gib mir Kerosin“, würden wir das komisch finden. Insofern ist der Spruch in seiner Richtigkeit falsch, weil beides sein muss, nämlich das genaue Hingucken, das Aufnehmen, das Verarbeiten, das Verdichten von Informationen und das Entwickeln. Dies gilt es, regelmäßig zu machen, institutionalisiert und mit transparenten Verfahren, aber auch

auf der Grundlage dessen, was Lehrkräfte und Schulleitungen wissen. Wir stellen unsere Informationen ja neben das, was die Lehrkräfte wissen.

hlz: Aber die Politik erwartet doch Kennzahlen, um vergleichen zu können. Wie verhindern Sie, dass alles über einen Leisten gezogen wird, wissend, dass in einer Stadt wie Hamburg die sozialen Voraussetzungen kaum unterschiedlicher sein könnten?

Norbert Maritzen: Wenn wir zu zentralen Prüfungen oder zu Schulleistungsergebnissen, die wir mit Tests messen, Ergebnisse aufbereiten und den Schulen zurückmelden, tun wir das immer auch unter Berücksichtigung insbesondere der sozialen Ausgangslage, weil wir natürlich sehr genau wissen, dass in Deutschland, insbesondere auch in Hamburg, ein ganz enger Zusammenhang zwischen sozialen Voraussetzungen der Schülerschaft und den Schulleistungen existiert. Es ist in den vielen Jahren, im internationalen Vergleich gesehen, nicht gelungen, diesen engen Zusammenhang stärker aufzulösen. So melden wir das auch Schulen zurück, das heißt, wir schlagen nicht alle Schulen über einen Leisten. Wir verfahren so, weil wir neben diesen Tests und Prüfungsverfahren – wir koordinieren ja auch die zentralen Prüfungen – auch ein feines Instrumentarium haben, um die sozialen Unterschiede, die in dieser Stadt bildungsrelevant sind, abbilden. Und zwar nicht nur über einen Sozialindex.

hlz: Sie meinen jetzt die KESS-

Faktoren 1-6...

Norbert Maritzen: ...ja, die ja nicht nur für die Interpretation unserer Testergebnisse relevant sind, sondern auch im Rahmen der Ressourcenzuweisung seitens der Behörde genutzt werden. Auch der von uns entwickelte Bildungsatlas, den man im Internet sehr genau daraufhin anschauen kann, gibt Aufschluss über bildungsrelevante Angebotsunterschiede bezogen auf die soziale Unterschiedlichkeit der Quartiere dieser Stadt. Also, wir haben im Laufe von 20 Jahren eine Vielzahl von Instrumenten entwickelt, um genau diese Unterschiede abzubilden, nicht zuletzt auch als Handlungsgrundlage der Politik.

hlz: Aber die Politik entscheidet sich ja immer mehr für zentrale Prüfungen und zentrale Prüfung heißt ja, dass ganz unabhängig von dem jeweiligen sozialen Hintergrund die Erwartungen an den Prüfling staat- oder gar bundesweit gleich sind.

Norbert Maritzen: Das ist auch richtig.

hlz: Inwieweit hat das denn Auswirkungen aus Ihrer Sicht auf die Pädagogik, nicht nur jetzt als Statistiker, sondern als Pädagoge?

Norbert Maritzen: Ich finde es richtig, dass Pädagog_innen mehrere Bezugsnormen gleichzeitig miteinander handeln können. Darin besteht auch nicht unwesentlich ihre Professionalität, nämlich einerseits die Leistungsentwicklung eines

Schülers, einer Schülerin im Verlauf, also mit einer iterativen Bezugsnorm, zu beobachten, zu begleiten, zu schauen, welche Fortschritte macht der/die Schüler_in. Aber gleichzeitig auch eine soziale Bezugsnorm zu haben. Das gelingt Lehrkräften meistens sehr gut, weil sie den Leistungsstand eines/r Lernenden im Vergleich zu den Schülerinnen und Schülern innerhalb einer Klasse gut einschätzen und dort auch das Leistungsgefälle gut beschreiben können. Die Tests bieten darüber hinaus häufig auch kriteriale Bezugsnormen. Das heißt, es gibt inhaltlich beschreibbare Niveaustufen, die man nutzt, um die Leistungsfähigkeit, den Leistungsstand und die Leistungsentwicklung eines Schülers oder einer Schülerin inhaltlich zu beschreiben. Und das ist unabdingbar für Lehrkräfte, finde ich, auch wenn sie individuell fördern wollen, weil sie im Prinzip einen inhaltlichen Referenzrahmen brauchen, um vor diesem Hintergrund mögliche Leistungs Nachteile fachlich einschätzen zu können. Man braucht im Prinzip immer alle drei Referenzrahmen.

hlz: Sind denn diese Leistungs Nachteile, von denen Sie sprechen, realistisch kompensierbar vor dem Hintergrund der Schulstruktur, die wir haben, dass eben ein Teil der Kinder, also nennen wir es beim Namen, der Schüler und Schülerinnen an den Stadtteilschulen, zwar wie die Mittelschichtskinder lernen oder wie die Kinder aus bildungsnahen Familien, aber eben nicht mit ihnen. Also, dass die Möglichkeit gemeinsam zu lernen, die Chancen, die die Diversität bietet, auf diese Art und Weise vergeben wird?

Norbert Maritzen: Ich glaube, dass das eigentlich eine Frage der politischen Durchsetzbarkeit ist, ob und inwieweit es uns gelingt, eine Schule für alle

zu schaffen. Da kann man, wenn man realistisch ist, relativ pessimistisch sein. Das ist eine Schulstrukturfrage, die sozusagen im politischen Aushandlungsprozess, der eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt, entschieden wird. Es ist durchaus so, dass wir natürlich immer wieder auch mit unseren Verfahren feststellen, dass es wegen der selektiven Verteilungsmechanismen systematische Leistungs Nachteile etwa in der Sekundarstufe I zwischen den Schulformen der beiden existierenden Säulen gibt. Das ist klar. Wir stellen aber natürlich auch fest, dass, je weiter man runter geht, extrem leistungsschwache Schüler_innen auch enorme Leistungszuwächse in Zusammenhängen erzielen, wo man das nicht erwartet. Auch das können wir ganz gut abbilden. Stadtteilschulen machen da mit ihrer Schülerschaft natürlich einen unterschiedlich guten, aber ganz oft auch wirklich richtig guten Job, weil sie die Kinder stärker individuell fördern. Sie haben einen Startnachteil, weil die Ausgangslage natürlich eine ist, die aufgrund einer auch leistungsbezogenen, aber sozialen Selektion funktioniert. Das ist der Zusammenhang, der sich aber, glaube ich, allein mit unseren Mitteln der Systembeobachtung natür-

lich nicht aus der Welt schaffen lässt. Das heißt aber nicht, dass wir unsere Erkenntnisse nicht systematisch in die Diskussionsprozesse mit einspeisen.

hlz: Ich erinnere mich daran, dass Olaf Scholz, vor einem Jahr auf unserem Gewerkschaftstag davon sprach, dass die Stadtteilschulen personell deutlich besser ausgestattet sind als die Gymnasien. Er sprach gar von 40 Prozent. Jetzt habe ich mir aber im Bildungsbericht die Zahlen angesehen. Dort liegen die jährlichen Ausgaben für eine_n Schüler_in am Gymnasium, wie traditionell üblich, tausend Euro über dem eines/r Stadtteilschüler_in. Wie erklärt sich das?

Norbert Maritzen: Dies gilt so nur für die Sekundarstufe II. Die höheren Pro-Kopf-Kosten für die Gymnasialschüler_innen erklären sich durch die verdichtete Studententafel aufgrund der Verkürzung der Schulzeit. In der Sekundarstufe I sind Stadtteilschule und Gymnasien im Pro-Kopf-Vergleich ähnlich kostenintensiv, die Stadtteilschüler_innen sind hier etwas teurer, unter anderem wegen der niedrigeren Klassenfrequenzen. Klar ist, dass wir in Hamburg die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben im



Foto: hlz

Auch die GEW braucht gute empirische Grundlagen für ihre Argumentation. (Norbert Maritzen)

Ländervergleich haben.

hlz: *Auch das habe ich mir angeguckt und es ist richtig, dass Hamburg, was die Gesamtausgaben pro Kopf angeht, mit 8.500 Euro die höchsten Ausgaben hat. Dieser Vorsprung schmilzt allerdings, wenn man die reinen Personalausgaben vergleicht. Dann liegen die Ausgaben mit 6000 Euro pro Schüler_in in Hamburg mit Bayern und anderen Bundesländern nahezu gleich auf. Werden da Äpfel mit Birnen verglichen?*

Norbert Maritzen: Nein. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2014. Im Einzelnen muss man sich bei der Interpretation Land für Land sehr genau anschauen, wie sich die Anteile der Sach- und Investitionsmittel verteilen, die im Berichtsjahr aufgewendet wurden, was von Jahr zu Jahr schwanken kann. Ferner verfolgen die Länder unterschiedliche Strategien, was das Verhältnis von Klassengrößen, erteilter Unterricht je Vollzeitlehrer-Einheit und Vollzeitlehrer-in-Einheit je Schüler_in angeht. Das Verhältnis dieser Größen hat Auswirkungen auf den Anteil an Personalkosten.

hlz: *Spontan würde man ja denken: Leistet sich Hamburg so einen Wasserkopf? Also zum Beispiel Ihr Institut hier. Sie haben immerhin 60 gut dotierte Mitarbeiter_innen - läuft das in anderen Ländern über einen anderen Haushalt?*

Norbert Maritzen: Nein, das läuft meines Wissens auch in den anderen Ländern über die Schulhaushalte, wenngleich die Strukturen manchmal andere sind. Mal ist die Arbeit, die wir machen, unterschiedlich verteilt in verschiedenen Abteilungen von Landesinstituten. Es gibt ein Land, wo das komplett ins Ministerium integriert ist. Da gibt es unterschiedliche Organi-

sationsformen. Aber alle Länder leisten sich die Wahrnehmung dieser Aufgaben in unterschiedlicher Art und Weise.

hlz: *Bleiben wir noch mal bei den Zahlen. Ich habe im Bildungsbericht gesehen, dass die Hälfte aller Lehrerkolleg_innen Teilzeit arbeitet und habe jetzt gerade auf unserem aktuellen Gewerkschaftstag von Herrn Mußmann, der in Niedersachsen eine Studie über Arbeitszeit und Belastung von Lehrer_innen gemacht hat, gehört, dass es dort sogar 80 Prozent sind. Wie kann es sein, dass scheinbar ein sehr großer Teil der Kolleg_innen aufgrund der Verhältnisse, wie sie an den Schulen herrschen, wohl nicht mehr in der Lage ist, einen vollen Job durchzustehen?*

Norbert Maritzen: Ich glaube, das ist durch unterschiedliche Dinge bedingt. Für eine Reihe von Kolleg_innen mag eine Rolle spielen, dass sie ein bestimmtes Maß ihrer Belastung im Alltag reduzieren wollen. Das stimmt sicherlich. Hinzu kommt, dass eine eher jüngere Lehrergeneration ihr familiäres Lebenskonzept in einer Weise gestaltet, dass beide Partner häufiger in Teilzeit beschäftigt sind. Das hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren ja geändert. Kolleginnen gehen in Elternzeit, reduzieren temporär aus Gründen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation zusammenhängen. Es ist eine Mischung. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, es allein auf eine „Notwehrmaßnahme“ zur Reduzierung individuell empfundener Belastung zu beziehen.

hlz: *Kommen wir vielleicht noch mal auf das eigentliche Geschäft, auf die Pädagogik, die ja hinter allem steht, zu sprechen. Die aktuelle Kleine Anfrage der AfD aus der Bürgerschaftsfraktion dieser Tage zeigt ja nochmal deutlich, dass momentan über*

alle Schulen hinweg so round about 50 Prozent aller Kinder bei allen statistischen Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten, die darin stecken mögen, einen Migrationshintergrund haben. Was müsste denn Ihrer Meinung nach schulpolitisch passieren, um dem Rechnung zu tragen?

Norbert Maritzen: Es passiert ja schon einiges. Wir investieren ja als Stadtstaat eine Menge, um mit dieser Situation auch angemessen umzugehen. Ich glaube, dass in den letzten Jahren und dann noch mal jüngst verstärkt durch die Flüchtlingswelle die Aufmerksamkeit auf dieses Phänomen gerichtet ist. Dass dies dann von politisch dubioser Seite zu einem ganz problematischen Diskurs genutzt wird, das ist ja ein Phänomen, zu dem man sich im politischen Raum sehr deutlich positionieren muss. Es existiert aber sowohl in Fragen der Ressourcenzuweisungen, in Fragen des Angebots an Sprachförderung, in Fragen des Angebots an entsprechenden Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen des Landesinstitutes eine ganze Palette an Maßnahmen, die dem Umstand geschuldet sind, dass wir nicht nur ein Einwanderungsland sind, sondern auch eine Einwanderungsstadt. Ich fand es richtig, dass der Senator in einer politischen Verlautbarung gesagt hat: „Das sind Hamburger Kinder. Das sind Nachbarn, von dir und mir, das sind Hamburger Kinder, die gehören hierher und bereichern unsere Stadt.“ Dass man dieses Vorzeichen setzt, finde ich wichtig. Auch dass wir dies statistisch untermauern, wohl wissend, dass solche Informationen auch missbrauchsanfällig sind. Gleichwohl braucht man diese Informationen, um als Schulleiter oder als Lehrkraft oder als Schulaufsicht agieren zu können, um seine Maßnahmen dann auch richtig fokussieren zu können. Es gibt Länder, wie

Frankreich zum Beispiel, in denen es in den amtlichen Statistiken verboten ist, Migrant_innen auszuweisen. Bislang war es dort also eher Commonsense: „Das gehört sich nicht, einen Migrationshintergrund auszuweisen.“ Ein französischer Schulleiter kann statistisch also nicht genau belegen, wie viele seiner französischen Kinder Migrationshintergrund haben. Da ist eine andere Denke dahinter. Die sagen dann aber: „Mir fehlen die Informationen, die ihr habt. Ich kann meine Maßnahmen nicht präzise fokussieren. Ich weiß nicht, in welchen Jahrgangsstufen sich hauptsächlich arabisch sprechende, türkisch sprechende oder sonstige afrikanische Sprachen sprechende Schüler_innen befinden.“ Wir könnten das hier in Hamburg Jahrgangsstufe für Jahrgangsstufe zeigen. Das bleibt ambivalent.

hlz: Weil eben in dem Maße, wie es bekannt würde, die Nach-

frage nach den Schulen jeweils einen segregierenden Effekt auslösen könnte?

Norbert Maritzen: Das könnte sein.

hlz: Ich möchte es noch mal zuspitzen, was die Schulstruktur angeht. Wir haben ja in bestimmten Regionen der Stadt bereits eine Einheitsschule, in den Elbvororten das Gymnasium, umgekehrt in bestimmten südlich der Elbe liegenden Bezirken die Stadtteilschule. Sprich: die These der GEW ist ja, dass diese Schulstruktur die soziale Spaltung beschleunigt, also das 2-Säulen-Modell zum Brandbeschleuniger der sozialen Segregation geworden ist. Das Gegenteil der erhofften sozialen Kompensation ist eingetreten

Norbert Maritzen: Ich glaube, dass diese Verteilungswuchten, die hinsichtlich der Zusammensetzung der Schü-

ler_innen standortbezogen sind, bezogen auf die Schulform ein getreues Abbild der sozialen und auch sozial-ökonomischen Ausdifferenzierungen dieser Stadt sind, so wie sie sich dann in residenziellen Entscheidungen abbilden.

hlz: Beschleunigt durch die Immobilienpreisentwicklung?

Norbert Maritzen: Ich glaube, da spielen auch noch ganz andere Faktoren eine Rolle. Inwiefern an einzelnen Standorten unter Umständen die Schulformwahl oder die Schulwahl dazu führt, müsste man sich auch genauer anschauen. Wir wissen sehr genau, dass sehr kleinräumig in vergleichbaren sozialen Umständen auch bei gleicher Schulform sich Eltern für diese und gegen jene Schule entscheiden und dass auch kleinräumig bei selbst gleichen Kontexten Schulwahlentscheidungen dazu führen, dass es einen Segregati-

Eine Auswahlkommission unter Vorsitz von Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack hat die derzeitige Abteilungsleiterin für Schulinspektion und Systemmonitoring Dr. Martina Diedrich (43) zum 1. Juni 2018 zur neuen Direktorin des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) berufen. Das IfBQ gehört zur Hamburger Schulbehörde und ist zuständig für die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an Schulen mit aktuell rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Arbeit des IfBQ gilt inzwischen deutschlandweit als vorbildlich, unter anderem Bremen und Baden-Württemberg planen Institute nach Hamburger Muster. Der jetzige Direktor Norbert Maritzen wird Ende Mai 2018 in den Ruhestand treten.



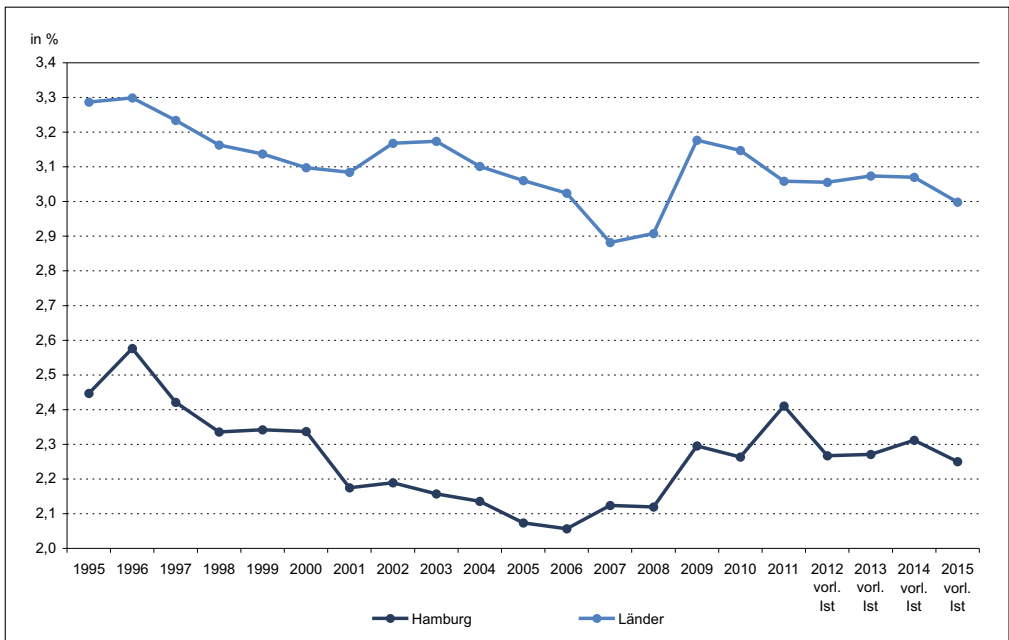
ifbq
Institut für Bildungsmonitoring
und Qualitätsentwicklung

Die Tätigkeit des IfBQ umfasst folgende Schwerpunkte:

- Durchführung der Schulinspektionen einschließlich einer schulbezogenen und schulübergreifenden Berichterstattung (BQ 11)
- Koordination und ggf. Durchführung der Evaluation besonderer bildungspolitischer Maßnahmen (BQ 22 + BQ 21)
- Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Schulleistungstests (KERMIT 2, 3, 5, 7, 8 und 9) und Befragungen (BQ 22)
- Regelmäßige Erstellung eines Bildungsberichts für Hamburg (BQ 12)
- Regionale Analysen zum Schul- und Bildungswesen (BQ 12)
- Entwicklung des Sozialindex für Schulen (BQ 12)
- Implementierung und Auswertung von Verfahren der Schulleistungsmessung und der Diagnostik im Bereich der Sprachförderung (BQ 21)
- Steuerung und Auswertung der zentralen Prüfungen (Erster allgemeinbildender Schulabschluss, Mittlerer Schulabschluss, zentrale Überprüfungen Klasse 10, Abitur) (BQ 23)
- Auswertungen und Berichte zur amtlichen Schulstatistik (BQ 12)
- Unterstützung der Schulen bei internen Evaluationsvorhaben mit dem Erhebungsinstrumentarium der Hamburger KESS-Untersuchung (BQ-K)

QUELLE: PRESSEMITTEILUNG DER BSB

Anteil der Bildungsausgaben am BIP für Hamburg und alle Bundesländer



Erläuterung: Ohne Versorgungsausgaben.
Quelle: Statistisches Bundesamt (2017), Bildungsfinanzenbericht 2016, separater Tabellenteil in Excel.
Grafik aus: Hamburger Bildungsbericht 2017, Hrsg. BSB, S. 41

Überraschung 1: Angesichts der Bedeutung, die alle Parteien in Wahlkämpfen der Bildung beimessen, ist es erstaunlich, dass die Ausgaben dafür relativ zum BIP gesunken sind.

onseffekt gibt. Das ist an dieser Stelle keine Frage der Schulform und auch keine Frage der Schulstruktur, sondern eine Folge der Entscheidungen, dass solche Schulwahlen hier einzig und allein auf Basis des Elternwillens erfolgen. Das handhaben andere Länder anders.

hlz: Und wäre dies besser?

Norbert Maritzen: Das System hat Vorteile und Nachteile. Bestimmte Diskussionen gäbe es dadurch nicht, dafür gibt es aber andere. Ich glaube, das ist weniger eine Schulstrukturfrage. Man muss sich das eigentlich Standort für Standort anschauen, ob es durch eine spezifische lokale Konfiguration von schulischen Angeboten, die ja auch so schnell nicht zu ändern ist, weil die Gebäude nun mal an einer bestimmten Stelle stehen und nicht so schnell von A nach B getragen werden können, dazu kommt,

dass unter Umständen das eintritt, was Sie als Beschleuniger bezeichnen. Das ist eine empirische Frage, aber ich würde das überhaupt nicht ausschließen in der einen oder anderen Konfiguration. Aber ich glaube nicht, dass das durchgängig eine Frage der Struktur ist.

hlz: Unter Ihrer Ägide wurde die Schulinspektion eingeführt. Man spricht ja in diesem Zusammenhang vielleicht nicht ohne Grund von den Frauen und Männern des Morgengrauens. Dafür mögen sicherlich auch unbegründete Ängste verantwortlich sein, aber es sind damit wohl – das zeigen auf jeden Fall immer wieder Gespräche mit Kolleg_innen – eben auch nachvollziehbare Befürchtungen verbunden. Ich verstehe die Schulinspektion von ihrem Anspruch so, dass sie eigentlich weniger kontrollieren als beraten will. Und wenn es heißt, man will auf

der Grundlage dessen, was man vorfindet, beraten, dann ist für mich unklar, inwieweit aufgrund dessen, was spätestens seit PISA der Fall ist, dass man ja doch in erster Linie an messbaren Ergebnissen interessiert ist, andere pädagogische Indikatoren strukturell eher außen vor lassen muss. Konkreter: Bremst nicht das, was die Schulinspektion macht, das aus, was über viele Jahre den reformpädagogischen Willen vieler Kolleg_innen angetrieben hat? Ganz nach der Devise: Wir können ja sowieso nichts Derartiges mehr machen, da das ‚teaching for the test‘ mehr und mehr in den Vordergrund rückt. Schließlich sind die Ergebnisse der Tests das, woran wir gemessen werden. Zu dem, was wir pädagogisch eigentlich im Kopf haben, kommen wir doch gar nicht mehr.

Norbert Maritzen: Also, Schulinspektion kommt einmal

in fünf/sechs Jahren vorbei. Ich glaube, aus der Schulsicht ist das eher ein ephemeres Ereignis, und daraus eine angstbesetzte Veranstaltung für Lehrkräfte zu machen, halte ich für völlig überzogen. Es sei denn, die Selbstbeschreibung der Lehrkräfte ist eine, die angstbesetzt ist. Das ist angesichts des harmlosen Eingriffs in das Gefüge einer Schule und der Seltenheit dieses Eingriffs für mich nicht nachzuvollziehen. Die Prämisse, die Sie in Ihrer Frage hatten, nämlich dass im Selbstverständnis der Schulinspektion sie eine beratende Instanz sei, ist auch nicht richtig. Schulinspektionen beraten nicht. Sie haben ein bestimmtes Instrumentarium. Dazu gehören Befragungen, Interviews, Unterrichtsbeobachtungen und weitere Informationen, die sie schriftlich erhalten. Auf Basis dieser Informationen fügen sie ein kriterienorientiertes

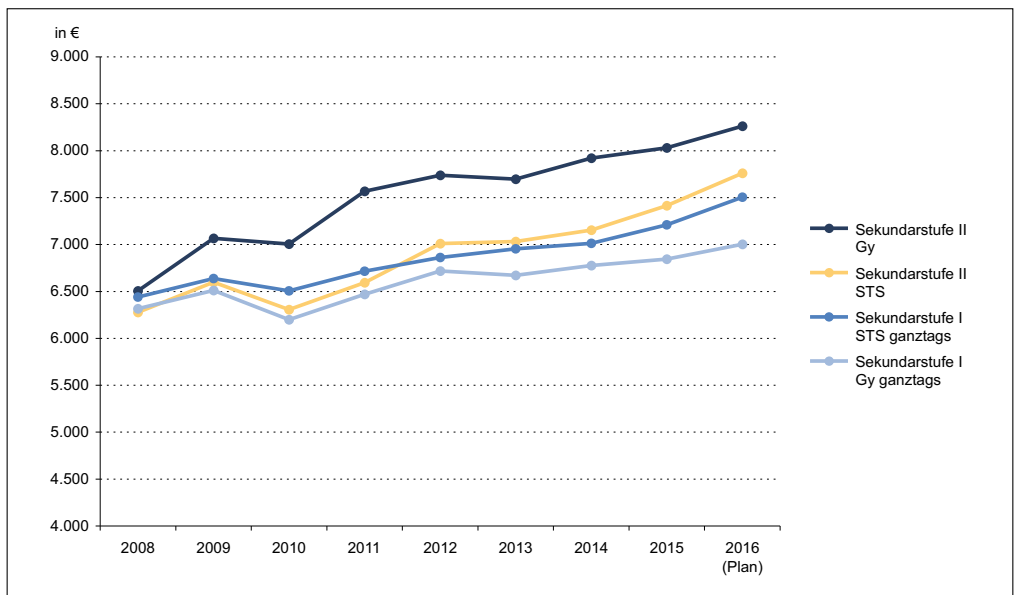
momentanes Bild dieser Schule zusammen, so, wie es sich ihnen mit ihren beschränkten Instrumenten erschließt. Dieses geben sie der Schule als Deutungsangebot zurück. Es ist ein Angebot und das lautet: Wir können nur beschränkt gucken, wir können nur kurzzeitig gucken, nutzt es als Impuls oder lasst es bleiben. Die Rückmeldungen, die wir bekommen, sind in der Regel so, dass aus einem Inspektionsbericht Schulen sich durch bestimmte Dinge angeregt fühlen. Die Reaktion kann ja auch sein: „Das ist für uns irrelevant oder stimmt überhaupt nicht, das ist eine Fehlwahrnehmung, die ihr uns da liefert.“ Aber wir haben es noch nie erlebt, dass eine Schule in toto sagt: „Damit können wir überhaupt nichts anfangen.“ Insofern kann es hilfreich sein, dass man unsere Sicht von außen als Deutungsangebot erst mal akzeptiert. Nach der Vorstellung

so eines Berichts ist ja der Prozess der Inspektion abgeschlossen. Dann wird sozusagen der Staffelfstab an die Schulaufsicht oder an Kolleg_innen aus dem Landesinstitut weitergegeben. Dies zu tun, ist aber dann Job der Schulleitung. Da sind wir nicht mehr im Geschäft. Nicht nachvollziehen kann ich angesichts dieses Vorgehens, dass man – wie Sie zugespielt sagen – in der Schule nicht mehr zu dem komme, was man „pädagogisch im Kopf habe“. Da lehrt mich die Anschauung dessen, was in Hamburger Schulen passiert, etwas ganz anderes.

hlz: Sie haben diese Aufgabe als Leiter ja viele Jahre wahrgenommen. Was würden Sie insgesamt an Erfahrung der Politik mit auf den Weg geben?

Norbert Maritzen: Ich empfand es über die Wechselfälle

Kosten pro Schülerin und Schüler in der Sekundarstufe I und II an Stadtteilschulen und Gymnasien (Schülerjahreskosten in Euro)



Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Einzelplan 3.1, Behörde für Schule und Berufsbildung, Pro- duktioninformationen für die Haushaltspläne 2011/2012 bis 2015/2016; Berechnungen aus dem Referat V 38 der BSB, Grafik aus Bildungsbericht 2017, S. 52

Überraschung 2: Die Ausgaben für eine_n gymnasiale_n Schüler_in in der Sek. II liegen um tausend Euro höher als die für eine_n Stadtteilschüler_in. Dies erstaunt angesichts der Aussage unseres ehemaligen Bürgermeisters Olaf Scholz, der noch auf unserem Gewerkschaftstag vor zwei Jahren davon sprach, dass die Stadtteilschulen personell um 40 Prozent besser ausgestattet seien.

verschiedener politischer Konstellationen hier in Hamburg hinweg in den letzten 20 Jahren mit daran arbeiten zu können, dass sich das Hamburger Schulwesen ein komplexes Instrument der Selbstbeobachtung gibt, als ein großes Privileg. Es hat gemeinsam gegen den Widerstand nicht nur vieler Lehrkräfte und Schulleitungen, sondern auch großer Teile der Behörde in den '90ern begonnen mit der Schulsenatorin Rosmarie Raab, mit dem Staatsrat Hermann Lange und dem späteren Staatsrat Ulrich Vieluf. Das war der Einstieg in die empirische Wende. Es hat dann ja in der Folge verschiedene Regierungskonstellationen gegeben. Aber an dem Ausbau des Beobachtungssystems wurde festgehalten. Das hat im Grundsatz nie zur Debatte gestanden. Dies hat aus meiner Sicht dazu geführt, dass trotz aller Kontroversen, die man über die Triftigkeit von Befunden, über die Angemessenheit von Instrumenten oder auch die Anfälligkeit von Verfahren für Fehler anführen kann, sich bei vielen Lehrkräften, Schulen, Schulleitungen, auch Schulaufsichten eine „Kultur des Draufschauens“ etabliert hat. Probleme schafft man damit noch nicht aus der Welt, aber wir gucken hin. Hamburger Lehrkräfte, Schulleitungen gucken hin, sie vergleichen. Sie haben unterschiedliche Vergleichskriterien. Dies nervt manchmal. Das macht ja auch Arbeit. Aber es bleibt die Botschaft: Alle gucken hin. Niemandem ist gleichgültig, welche Entwicklungswege Kinder und Jugendliche einschlagen. Wir wollen wissen, wo verlieren wir Schüler_innen etwa bei den Übergängen? Wir ziehen daraus Konsequenzen, wir schaffen zum Beispiel eine Jugendberufsagentur, wo dafür gesorgt wird, dass möglichst keine_r verloren geht. Auch das ist Ergebnis dieser Haltung des Hinguckens. Und die ist in dieser Weise in vielen Ländern überhaupt noch

nicht so ausgebildet. Das muss man pflegen. Dort, wo dieses Hingucken unbequem ist, sage ich: Lasst euch nicht irre machen – ihr braucht dieses System!

hlz: Lassen sich denn auch konkret Erfolge nachweisen?

Norbert Maritzen: Es hat nach den letzten IQB-Ländervergleichen eine Jubelarie gegeben. Hamburg habe sich aus dem Schicksalsverband der Stadtstaaten herauskatapultiert. Da wurde viel über eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Da mag ja auch etwas dran sein. Mich hat das aber – selbst wenn ich da selber häufiger zitiert wurde – eher gelassen reagieren lassen. Man sollte dieses System der Beobachtung auch nicht überbewerten. Die positiven Entwicklungen entstehen durch eine professionelle Arbeit der Schulleitungen, der Lehrkräfte und dadurch, dass nicht zuletzt aufgrund vielleicht auch unserer Arbeit günstige Rahmenbedingungen geschaffen und die richtigen Unterstützungsinstrumente gewählt werden.

hlz: Halten Sie das System denn für genügend ausfinanziert? In Hamburg sind zwar die Ausgaben für Bildung in absoluten Zahlen gestiegen, relativ, also gemessen an der Entwicklung des Sozialprodukts, ist der Anteil der Ausgaben mit 2,6 Prozent im Jahr 1996 auf aktuell 2,25 Prozent gesunken.

Norbert Maritzen: Ich halte diesen Indikator für die Stadtstaaten, insbesondere Hamburg und Bremen, für wenig aussagekräftig, wenn Sie sich vor Augen führen, wie dieser Indikator gebildet wird. Der besteht zum einen aus den Wirtschaftsleistungen, die in der Stadt erbracht werden. In diese gehen die Wirtschaftsleistungen aller Einpendler aus dem Umland ein. Im Nenner stehen dann aber nur die Einwohner_innen Hamburgs. Da

kommt es notwendigerweise zu verzerrten Vergleichsquotienten. Deshalb halte ich den Indikator nicht für geeignet, um aussagekräftig etwas über die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems im Ländervergleich zu sagen.


hlz: In anderthalb Jahren wird es ja wohl so sein, dass dieser so genannte Schulfrieden aufgekündigt sein wird und dann wird es, so hoffe ich, eine lebendige Diskussion darum geben, wie es in Hamburg in Sachen Schulstruktur weitergeht. Was halten Sie denn davon, wenn die GEW nach wie vor so stur ist und ‚Eine Schule für Alle‘ fordert?

Norbert Maritzen: Soll Sie tun. Soll Sie tun. Die Diskussion belebt es. Ich glaube aber, die GEW braucht gute Argumente. Die Argumente können aber nicht nur gesinnungstheoretisch daherkommen, weil man von der Triftigkeit der eigenen Meinung überzeugt ist. Sie müssen auch verantwortungsethisch begründet werden können, nämlich: Welche konkreten Folgen produzieren wir mit einer Debatte zu „Eine Schule für alle“. Und sie müssen auch empirisch unterfüttert sein: Was weiß man über den Zusammenhang von Schulstrukturen und pädagogischer Zielerreichung. Das heißt, die GEW braucht auch gute empirische Grundlagen für ihre Argumentation. Da wäre ich gespannt, ob sich die GEW so viel Luxus gönnt, in diesen drei Dimensionen eine Vorstellung zu entwickeln, die argumentativ schlüssig ist. Bisher ist das, muss ich kritisch sagen, bei der GEW seltener der Fall gewesen.

hlz: Wir werden uns Mühe geben. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte
JOACHIM GEFFERS



Der **Bildungsclub Hamburg** und die  Hamburg
laden ein zu einer gemeinsamen Fachtagung:

WIE VERÄNDERT DIGITALISIERUNG DIE SCHULE, DIE WIR KENNEN?

**Bietet Digitalisierung Chancen für bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler?
Wie verändert sich durch den Einzug der Digitalisierung in Schulen das Lernen und die Arbeit der
Lehrkräfte, wie ihre Rolle im Unterricht?
Wie kann Einfluss auf die Entwicklung genommen werden und durch wen?**

DONNERSTAG, 7. JUNI 2018, VON 18.00 – 21.00 UHR

Curiohaus, Geschäftsstelle der GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, Raum ABC

Programm:

Begrüßung und Einführung in die Fachtagung durch **Anja Bensinger-Stolze**, GEW Vorsitzende Hamburg und **Klaus Bullan**, Bildungsclub Hamburg

1. Teil

Michael Vallendor, Leiter des Modellprojekts „Bring Your Own Device - Start in die nächste Generation“, informiert über den Ablauf des Projekts und die Veränderungen und Probleme an den Schulen.

Anschließend wird er seine Vision entwickeln, wie sich Schule in 5 oder 10 Jahren durch Digitalisierung verändern kann.

2. Teil

Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg, und **Martina Schmerr**, Referentin VB Schule der GEW, sprechen über die Konsequenzen durch die Digitalisierung an Schulen aus Gewerkschaftssicht. Dabei werden sie insbesondere beleuchten, wie verhindert werden kann, dass der sozialen Spaltung im Bildungsbereich nun auch noch eine „digitale Spaltung“ folgt. Wie müssen sich die Schulen verändern, damit die Lehrkräfte eine erfolgreiche Arbeit leisten können und wie wird verhindert, dass in Zukunft IT-Konzerne die Curricula bestimmen? Welche Rolle spielt bei all dem die GEW?

3. Teil

Podiumsdiskussion mit:

Michael Vallendor, Projektleiter des Modellprojekts „Bring your own device“

Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg

Mathias Herpe, Schulleiter der Stadtteilschule Stübenhofer Weg

Karsten Müller, Vorstand des Elternrats Stadtteilschule Rissen

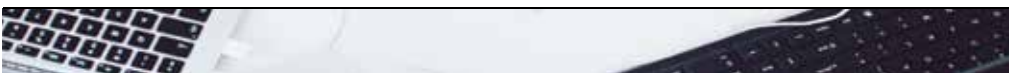
Leonardo Quintero, Lehrer an der Gretel Bergmann Schule

Martina Schmerr, Referentin im Vorstandsbereich Schule der GEW

Moderation: **Zoltan Farkas**, Medienberater der Stadtteilschule Bahrenfeld

Aufgelockert wird die Veranstaltung durch 5-minütige Beispiele für gelingende Digitalisierung im Unterricht durch Praktiker_innen.

Anmeldungen bitte unter GEW: Info@gew-hamburg.de oder Tel.: 040 – 41 46 33-0



Wenn die Inspektor_innen kommen...

»Morgen erhalten wir die Ergebnisse der Schulinspektion. Dann fällt die Guillotine«, so die Ankündigung einer Kollegin zur Ergebnisverkündung durch die Schulinspektoren. Dass man nicht alles mitmachen muss, kann Mut machen

Es gehört inzwischen zur Pädagogik, dass wir uns dem offenen Wettbewerb mit anderen Einrichtungen stellen, devot computergestützte Ergebnisse aus riesigen Datenmengen als Qualitätsergebnisse zur Kenntnis nehmen. Alles diene nur der Verbesserung von Missständen. Es seien nur hilfreiche Deutungen, die mir als blindem Systemmitglied nicht mehr auffallen. Etlliches würde ja auch sehr gut laufen und natürlich könnten auch die Inspektoren sehen, wie engagiert die Kolleginnen ihre Arbeit gestalten. Die ausführenden Beurteiler erlebte ich immer als freundlich, gut geschult – sie gehen routiniert mit ihrer Arbeit um. Allein: großen Zweifel an ihrem Tun haben sie nicht. Warum sollten sie auch? Die Arbeit ist vermutlich gut bezahlt, dient einem hehren Ziel: alles wird verbessert, Missstände benannt, die Fleißigen, Innovativen belohnt und der Öffentlichkeit (Eltern, Schüler_innen, Student_innen ...) wird durch transparente Einsicht in die erhobenen Daten eine Entscheidungsmöglichkeit für Kita-Wahl, Berufsausbildung und Studium geboten. Meine Gegenüber werden zu Kund_innen. Damit zu Königen? Oder dürfen wir als Pädagog_innen den Majestäten auch Grenzen setzen?

Eine kleine Randnotiz in der Hamburger Morgenpost vom 13.01.2018: Wie »Krankenhäuser am Ende Opfer der Regulierungswut« werden können, wird deutlich, wenn Ärzte drei und Pflegekräfte vier Stunden pro Arbeitstag mit Dokumentationen,

Verwaltungsabläufen und Bürokratie beschäftigt seien. Dann stimme etwas nicht im System. Zugegeben: Krankenhäuser sind keine pädagogische Einrichtung, jedoch ein Arbeitsfeld, welches seit Jahrzehnten von einem strikten Qualitätsmanagement begleitet wird. Mit so einem Ergebnis?

Derartige Nachrichten erscheinen, wenn überhaupt, am Rande. Sie geben keine Neuigkeit wieder. Ergeben senke ich in meiner Funktion als Kita-Leitung den Kopf und beginne Tabellen zu füllen – viele Daten werden auch in meinem Bereich gefordert. Sinnvoll? Ist Vorschrift und ohne deren Einhaltung gibt es keine Gelder. Und ohne Zertifikate

*Über allem stehen
ökonomische Sachzwänge,
die inzwischen in Stein
gemeißelt erscheinen. Häufig
wird daher der Schein
über das Sein gestellt*

leben? Eine scheinbar schreckliche Vorstellung.

Wer sich gegen die Methode der permanenten Verbesserung und Überprüfung durch außenstehende Fachleute ausspricht, kommt schnell in den Ruf, ein ewig Gestriger zu sein. Oder jemand zu sein, der etwas zu verborgen hat. Ich möchte Ihnen mit diesen Zeilen gerne eine Sicht darstellen, die in »unteren« Rängen der Nahrungskette (Erzieherinnen/SPA) durchaus zahlreich verbreitet ist, aber kaum noch ausgedrückt wird. Auch nicht

von Leitungen, die in informellen Gesprächen schon mal über den Wahnsinn der Verwaltung, Handbücher und Zertifizierungsansprüche stöhnen. Es ist die Zeit der Einhaltung von formalen Regelungen (»es steht aber in Paragraphen geschrieben«), ohne deren praktischen Sinn zu hinterfragen. Dazu passend kommt die Furcht, eine Meinung als »einfache« Mitarbeiterin auszudrücken. Ja, es gibt auch Angst vor Vorgesetzten, wenig Interesse an inhaltlichen Debatten, die über organisatorische Fragen hinausgehen. Über allem stehen ökonomische Sachzwänge, die inzwischen in Stein gemeißelt erscheinen. Häufig wird daher der Schein über das Sein gestellt. Die Fassade erstrahlt. Wer das nicht glaubt, darf sich gerne die Internetauftritte von Kitaträgern anschauen. Alle sind gut aufgestellt, überall stehen hochmotivierte Mitarbeiter_innen bereit und fast überall gibt es zertifizierte Zusatzangebote und die Einhaltung von Qualitätsstandards. Natürlich. Was sollte ich als Verantwortlicher auch sonst aufschreiben? In Hamburg wurden vor einiger Zeit Missstände in einem Pflegeheim öffentlich, die zur Schließung führten. Das Haus war vorher mit »gut« bewertet worden. Oder war es »sehr gut«?

In Hamburg existieren Kitas, die in einem halben Jahr sechs Kündigungen von Erzieherinnen verkraften mussten (bei acht Mitarbeiterinnen). Erziehung als Beziehungsarbeit erscheint mir dort unmöglich. Oder eine Leitung beschließt im Alleingang,

eine Familiengruppe aufzumachen – ohne das Team zu fragen. Klar, Einzelfälle, die selten durch ein implementiertes Qualitätsmanagement ans Tageslicht kommen. Eher durch Elterngespräche, die »stille Post« der Spielplatzrunden.

Meine erste Schulung in Qualitätsmanagement erlebte ich 1996. Ich durfte einsteigen in eine neue Welt von Begrifflichkeiten: Qualität, Evaluation, Effektivität, Synergie, Standardisierung, Innovation, Zielerreichung, Professionalisierung ... In dem Bereich Kita sollte es Einrichtungen ohne Konzept oder Mitarbeiter_innen, die nur Kaffee trinken und die Kinder zum Freispiel schicken würden, an den

Alles sollte durch dokumentierte Leistungserfassung besser werden. Ein großer Markt für Fachberatung und Coaching entstand

Kragen gehen. Alles sollte durch dokumentierte Leistungserfassung besser werden. Ein großer Markt für Fachberatung und Coaching entstand.

Damals gab es einfache Fragen, die von den Vertretern dieser neuen Richtung nur ausweichend bis nicht beantwortet wurden:

Ist ein Modell, aus der Wirtschaft kommend, auf pädagogische Verhältnisse zu übertra-

gen? Wie wird Vertrauen, guter Kontakt gemessen? Oder ein liebevoller Umgang mit dem Kind? Oder eine konfrontative notwendige Haltung? Wie viele Fragebögen, Interviews sind nötig, um zu einem fundierten Urteil zu kommen? Wie trägt man einer natürlichen (alle 3 Jahre wechseln die Kinder im Elementarbereich fast komplett) oder hausgemachten (hoher Personalwechsel) Fluktuation Rechnung? Wie wird die Motivation einer Handlung gemessen?

Für mich war und ist das Ganze ein größer werdendes Ärgernis. Seit knapp 20 Jahren bin ich als Leiter in Praxisausbildungsstätten (PAS) tätig. Durchaus stolz darauf, in dieser Zeit viel Zustimmung erfahren zu dürfen und dass es nie eine Beschwerde von Eltern gegenüber meinen Vorgesetzten gab. Jährlich befragen wir Eltern über ihre Zufriedenheit in unserer Einrichtung. Zehn verständliche Fragen. Rücklauf immer um 50%. Pädagoginnen und Pädagogen, die ihre Sinne beisammenhaben, werden immer auf eine gut installierte Feedbackkultur achten, die jedoch weniger Worthülsen beinhalten sollte, nicht als Alibi herhalten und vor allem für die Mitarbeiter relevante Anhaltspunkte zur Gestaltung ihrer Arbeit bereithalten sollte.

Bei der anfangs erwähnten Schulinspektion wurde ich mit einem umfangreichen Fragebogenkatalog konfrontiert – bei dem schon das Ausfüllen eine Anstrengung war. Die Fragen

passten kaum zu meiner Erfahrungswelt. Letztlich kam es zu einem komplexen, professionellen Auswertungsauftritt. »Power gepointet«. Zahlen und Tabellen, Schaubilder beherrschten das Bild. In der Präsentation wurde kein Bezug auf das Ergebnis der letzten Befragung genommen, dafür jedoch eine Bewertung per Note gegeben. Wir machten die Erfahrung: eine Schulzensur unterhalb von »gut« demotiviert und lädt eben nicht zu einer freundlichen Begleitung ein.

Kaum jemand, der sich dem Zertifizierungsdruck durch Qualitätsmessung entziehen kann und noch schlimmer: will

Unverdrossen werden weiter PROZESS, die STRUKTUR und die ERGEBNISSE von Qualität gemessen. Die Idee dafür stammt aus der Qualitätsentwicklung der Industrie und wird auf die Pädagogik übertragen. Scheint das beim Autobauen evtl. noch vernünftig, eben die km Laufzeit ohne Reparatur zu verlängern, kommt es bei deren Übertragung auf Menschen zu Unsinnigkeiten: wie wird Vertrauen oder innere Motivation gemessen? Das dies schon so lang passiert, macht es nicht wahrer oder besser. Die Kritik an dem Verfahren füllt Bände – gleichzeitig nimmt die Übernahme in Kitas zu. Kaum jemand, der sich dem Zertifizierungsdruck durch Quali-



Wie ist Qualitätsmanagement auf pädagogische Verhältnisse übertragbar? Wie wird Vertrauen, guter Kontakt gemessen? Oder ein liebevoller Umgang mit dem Kind? Oder eine konfrontative notwendige Haltung?



Foto: Frank Törm

Zweckfreies Staunen und Phantasieren

tätsmessung entziehen kann und noch schlimmer: will. Ich werde häufig gefragt, wie ich mir denn »Qualität entwickeln« vorstelle. Die Antwort: „entwickeln“ streichen, Bestehendes besprechen: was läuft gut, was sollten wir anders machen? Alle Beteiligten einbeziehen und ausprobieren. Dann wieder: gut, beibehalten oder Neues versuchen. Gerne mit Methoden der kollegialen Beratung arbeiten. Das könnte es sein.

Mich würde interessieren, wie viel Geld in derartige Untersuchungen gesteckt wird. Gibt es eine Evaluation der Qualitätsprüfer? Fragen sich Prüfer selbst, welche Ergebnisse einer aufwendigen Untersuchung nur 2 Jahre später noch eine Rolle spielen?

Anfang Dezember 2017 erschien in der Hamburger Morgenpost ein Artikel als Aufmacher, in dem eine Lehrerin ihrem Arbeitsfrust Luft machte – die Arbeit sei nur noch mit Rotwein zu ertragen. Ich kann Ihnen versichern, derartige Äußerungen stoßen in meinem Kollegium auf eindeutige Mehrheitsverhältnisse. Nur in der Öffentlichkeit drüber reden, entschieden Stellung beziehen, das machen wenige. Die große Mehrheit muss

irgendwie mit dem Alltag klar kommen.

Die Politik weist die Beschreibung schwieriger Zustände zurück: Hamburg hätte einen guten Personalschlüssel und alles laufe in die richtige Richtung. Überhaupt wird alles besser – die Zahlen sind eindeutig: noch nie wurde so viel Geld für Lehrer_innen, Erzieher_innen oder überhaupt Bildung ausgegeben. Und ich vermute, die Texte von Politik und Behördenleitungen zum Thema »Bildung« sehen in den anderen Bundesländern kaum anders aus.

Eine »Wahrheit« ist jedoch auch, dass sich die Bedingungen von pädagogischer Arbeit verschlechtert haben. Ansprüche, Konzeptionen, Anforderungen wachsen seit Jahrzehnten. Was sollen Lehrer_innen und Erzieher_innen nicht alles können. Man könnte über Befragungen auch zu einer STOP-Regel kommen: Wann endlich ist die Grenze erreicht, wo Pädagoginnen und Pädagogen sich nicht weitere Verbesserungen aufschwätzen lassen? NEIN (auch zu berechtigten Forderungen) sagen, weil es der ökonomische Rahmen einfach nicht hergibt.

Nach meiner Auffassung be-

ziehen Pädagoginnen und Pädagogen kaum gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahrzehnte in ihre konzeptionellen Absichtserklärungen ein. Beispiele: Eltern werden weiter generell als Partner in der Erziehungsgestaltung angesehen. Dass inzwischen ein größerer Teil der Bevölkerung von seiner Arbeit kaum leben kann, immer längere Arbeitswege in Kauf nehmen muss und eine ganztägige Betreuung (10 Stunden für eine 3-Jährige sind eine lange Zeit) benötigt, scheint eine Theorie zum Führen von Elterngesprächen kaum zu beeinflussen. Oder dass Eltern selbst völlig orientierungslos durch die Konsumfelder wandern und komische Vorstellungen von »Erziehung« besitzen, scheint ihre Fähigkeiten als Kompetenzpartner für ihr Kind nicht zu schmälern.

Was, um es ironisch zu mildern, auch nicht viel ausmacht. Auch der Nachwuchs in der sozialpädagogischen Betreuung schaut gerne gebannt in Smartphones, muss mühsam Zuverlässigkeit erlernen und neigt bei Konflikten schnell zu einer autoritären Lösung; Aufsicht und Pflicht als pädagogische Grundbausteine. Sie kennen einige

Kommunikationsmodelle – nur die praktische Erfahrung bei der Anwendung von Erkenntnissen fehlt häufig. Was nicht schlimm ist – man kann mit dem Alter dazu lernen, nur sollte mensch es wollen. Wenn bei uns in der Kita Praktikant_innen ihr Semester nicht bestehen, liegt es fast immer an mangelnder Anwesenheit, fehlender Entschuldigung bei Nichterscheinen oder einer generellen Unlust an der Ausbildung, die sich in zu hohen Fehlquoten niederschlägt.

Der Einfluss von gesellschaftlichen Veränderungen findet kaum Niederschlag in den pädagogischen Diskussionen auf einer praktischen Ebene: Was bedeuten denn »Digitalisierung« oder »Erderwärmung« oder »Flüchtlingsfrage« oder »ökologisch essen« oder »unbezahlbare Mieten« oder »Arbeitslosigkeit« im Kita-Alltag? Wo wird engagiert öffentlich diskutiert? Wo werden neue Wege zu diesen Themen mit Kindern gegangen? Ja, es gibt vorzeigbare thematische Projekte (natürlich mit Zertifizierung), doch die Mehrheit der Pädagoginnen und Pädagogen isst portioniertes Tiefkühlessen, hat kaum eine von

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragene Meinung zu Smartphones und Computer, besucht den Wald als Naturerlebnis und manchmal zeigen die Kinder ihre Wohnungen. Zum Thema »Arbeitslosigkeit« wird doch eher peinlich geschwiegen. Wie

Der Einfluss von gesellschaftlichen Veränderungen findet kaum Niederschlag in den pädagogischen Diskussionen auf einer praktischen Ebene [...]

oder was sollte man auch tun?

Alle diese skizzierten Punkte finden sich so gut wie nie in Untersuchungen zu der Qualität in (m)einer Kita, meinem Stadtteil, stattdessen etliche Ratschläge, die ich gut aus 15 Jahre alten Berichten abschreiben könnte, ohne dass es vermutlich jemand bemerken würde.

Als bei uns die Guillotine mit der Note fiel, gab es betrübte Gesichter, Emotionen und Unverständnis der Kolleginnen und Kollegen. »Wie können die nur

...?«, wurde von einigen empört gemurmelt. Nach so wenig Systemeinblick: »die hätten doch keine Ahnung ...«. Ich fand die Verletzbarkeit interessant. Eine schlechte Note verletzt. Man fühlt sich eben nicht gesehen, motiviert. »Genau das machen wir täglich mit unseren Schülerinnen und Schülern«, meinte ein Kollege.

Ich bin in meinem Vorsatz bestärkt, meinen Elementarbereich von einem Beurteilungswahn zu schützen – so gut es eben geht. Wir müssen nicht alles mitmachen und können Freiräume nutzen.

Die Kinder (und die sollen ja im Zentrum aller unserer Überlegungen zur Qualität stehen) sind in Ordnung – sie dürfen sich in unterschiedlichem Tempo entwickeln und wir blicken auf das, was sie schon können. Diese Entwicklung wird dokumentiert, evaluiert und mit Kindern und Eltern besprochen. Versprochen.

Über Rückmeldungen zum Artikel freue ich mich!

FRANK TOFERN

Leiter der Praxisausbildungsstätte
Gerritstraße an der Fachschule für
Sozialpädagogik in Hamburg

Sprechstunde zu Fragen der Berechnung der Arbeitszeit (KSP) für GEW-Mitglieder in schulischen Personalräten wird fortgesetzt

Die GEW bietet zum Thema KSP/Lehrer_innenarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an. In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Seit 2018 wird die Sprechstunde von Petra Demmin übernommen, worüber wir uns sehr freuen. Petra war Schulleiterin an der Heinrich-Wolgast Schule.

Die nächsten Termine sind (jeweils 15-17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle): Di. 05.06.2018

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de.



Tauschwert statt Rauschwert

Die Journaille hat Karl Marx unterschiedlich interpretiert, es kommt aber darauf an, ihn zu verstehen. Ein mitgehörtes Interview aus dem Spirit der British Library

Moderator: *Seit Wochen, ja seit Monaten schon wird auf der ganzen Welt – bin ich fast versucht zu sagen –, aber zumindest in Deutschland diskutiert, über Karl Marx, über seine Thesen. Es wird berichtet und es wird gerne festgestellt, das, was er gesagt hätte, sei noch immer hochaktuell und er hätte uns auch heute noch viel zu sagen. Und da haben wir beschlossen: Warum soll man das immer so theoretisch feststellen? Man kann ihn doch einfach mal direkt fragen! Und das wollen wir jetzt tun. Wir erreichen Karl Marx heute, einen Tag vor seinem Geburtstag, ganz normal, wie angeblich fast jeden Morgen, in London in der British Library. Und weil es in*

London noch 'ne Stunde früher ist, ist es da absolut ruhig. Das heißt, er stört niemanden – und wir können laut und deutlich mit ihm reden.

Schön guten Morgen, Herr Marx.

Karl Marx: Good morning!

Moderator: *Herr Marx, Ihr Werk ist kompliziert genug. Lassen Sie mich deshalb am Anfang eine ganz einfache Frage stellen: Sind Ihre Thesen zum Kapitalismus eigentlich wirklich zeitlos aktuell?*

Karl Marx: [Yes!] Es ist [durchaus] möglich, dass ich mich blamiere. Indes ist dann

immer mit einiger Dialektik wieder zu helfen. Ich habe natürlich meine Aufstellungen so gehalten, dass ich im umgekehrten Fall auch Recht habe.

Moderator: *Dann erklären Sie uns bitte, warum im Kapitalismus die Reichen immer reicher werden, aber zum Beispiel die Menschen, die Mobiltelefone zusammenschrauben, nicht.*

Karl Marx: Die kapitalistische Produktion ist nicht nur die Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, dass er überhaupt



The British Library – Wenn hier jemand 20 Jahre lang sitzt, um ein epochales Werk zu schreiben, ist sein Geist aus diesen heiligen Hallen nicht mehr rauszukriegen

produziert. Er muss Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert [...].

Moderator: *Aber wie wirkt sich denn heute die Digitalisierung auf das alles aus – Stichwort „Industrie 4.0“?*

Karl Marx: Jede neue Erfindung, welche es ermöglicht, in einer Stunde zu produzieren, was bisher in zwei Stunden produziert wurde, entwertet alle gleichwertigen Produkte, die sich auf dem Markt befinden. Die Konkurrenz zwingt den Produzenten, das Produkt von zwei Stunden ebenso billig zu verkaufen wie das Produkt einer Stunde. [...] Die Tatsache, dass die Arbeitszeit als Maß des Tauschwertes dient, wird auf diese Art zum Gesetz einer beständigen Entwertung der Arbeit.

Moderator: *In der Tat! Der Deutsche Gewerkschaftsbund sprach ja jüngst von digitalem Proletariat und moderner Sklaverei. Das Kapital dagegen vermehrt sich wie von selbst, etwa in der Finanzwirtschaft. Was halten Sie davon?*

Karl Marx: Es gibt wahrscheinlich keinen größeren Humbug in der Welt als das sogenannte Finanzwesen. Die einfachsten Operationen [...] werden von den Jüngern dieser „Geheimwissenschaft“ mit den abstrusesten Ausdrücken bezeichnet; [...], in einer Weise, dass das Publikum von dieser abscheulichen Börsenscholastik ganz verwirrt ist [...].

Moderator: *Aber immerhin kann sich ja jeder im Prinzip Aktien kaufen. Halten Sie eigentlich ganz persönlich die Aktienkurse im Auge?*

Karl Marx: Hätte ich während der letzten 10 Tage das Geld gehabt, so hätte ich viel Geld auf

der hiesigen Börse gewonnen. Jetzt ist wieder die Zeit, wo mit [...] very little money Geld gemacht werden kann in London.

Moderator: *Das stimmt! Ich hab's mir angeguckt, die Kurse sind ja bei Ihnen gestiegen in letzter Zeit, trotz Brexit. Aber ich schätze, da Sie ja gar kein Geld haben, müssen Sie dann immer jemanden anpumpen, wenn Sie spekulieren wollen. Das heißt, es geht am Ende immer nur um money.*

Karl Marx: [Yes!] Was durch das Geld für mich ist, was ich zahlen, d. h., was das Geld kaufen kann, das *bin* ich, der Besitzer des Geldes. So groß die Kraft des Geldes ist, so groß ist meine Kraft. [...] Das, was ich *bin* und *vermag*, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich *bin* häßlich, aber ich kann mir die *schönste* Frau kaufen. Also *bin* ich nicht häßlich, denn die Wirkung der Häßlichkeit, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet.

Moderator: *Herr Marx, jetzt sind wir aber an dem Punkt, wo ich mich frage, ob man das heute alles noch so sagen kann. Das klingt zynisch und chauvinistisch. Verachten Sie etwa die Frauen?*

Karl Marx: [Nun!] Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Hässlichen eingeschlossen).

Moderator: *Okay, ich akzeptiere jetzt die Richtung, in die Sie gehen wollen und sage mal, wenn wir jetzt schon bei den Dingen sind, mit denen Sie vor 150 Jahren schon Ärger bekommen haben und mit denen Sie heute auch Ärger bekommen – dann sind wir doch bei der Religion. Lassen Sie uns über Religion reden! Das ist ja auch immer*

noch ein Reizwort unserer Tage. Warum kommen wir Menschen alle eigentlich von der Religion nicht los?

Karl Marx: [Vorab:] Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. [...] Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, [...], ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. [...] Das religiöse Elend ist [...] der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt...

Moderator: *Ja, Herr Marx, stopp, stopp! Ich weiß ja, Sie haben das ja schon mal viel prägnanter formuliert. Ich weiß, worauf das jetzt hinausläuft: Religion ist das Opium des Volkes. Aber was genau bedeutet das denn eigentlich?*

Karl Marx: Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusion über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der [religiösen] Illusionen bedarf.

Moderator: *Ich fürchte, so weit sind wir noch lange nicht. Dafür reden im Moment ja alle über die Gefahren des – auch bei Ihnen in London keineswegs unbekannt – politischen Islamismus. Hat der nun was mit dem Koran zu tun?*

Karl Marx: Der Koran und die auf ihm fußende muslimische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie der verschiedensten Völker

auf die einfache und bequeme Zweiteilung in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist [...] der Feind. Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen.

Moderator: *Das ist ja schlimmer als mit den Frauen, Herr Marx. Also, jetzt bringen Sie sich selbst in die Nähe der AfD. Ich würde sagen, wir lassen das! Aber ich hab' auch gehört, dass Sie in London – ob nun in der*

British Library oder anderswo – nicht nur denken, sondern auch dichten. Würden Sie uns zum Schluss eine Kostprobe Ihres lyrischen Schaffens geben?

Karl Marx: [d'accord, so be it!] Darum lasst uns alles wagen, Nimmer rasten, nimmer ruhn. Nur nicht dumpf so gar nichts sagen Und so gar nichts woll'n und tun. Nur nicht brütend hingegangen, Ängstlich in dem niedern Joch, Denn das Sehen und Verlangen und die Tat, sie bleibt uns doch.

Moderator: *Karl Marx, der Lyriker; live. Herr Marx, ich bin beeindruckt von der Ruhe in der British Library und von der Ruhe Ihrer Thesen. Herzlichen Dank für dieses Interview!*

Karl Marx: Bitte!

Der Moderator war DIETER KASSEL, gesendet im Deutschlandradio Kultur am 5. Mai 2018: Die Antworten stammen 1:1 alle aus dem Gesamtwerk von KARL MARX, ausgenommen der Inhalt in den eckigen Klammern – zusammengestellt und vorgetragen von ARNO ORZESSEK

INTERNATIONALES

Weltsozialforen

Im März reiste eine Delegation der GEW nach Salvador de Brasil in Brasilien

Delegationen aus vielen Ländern, aber vor allem aus Brasilien waren auf dem Forum vertreten und füllten das Programm mit über 1000 Veranstaltungen. Die Auftaktdemonstration war mit ca. 15.000 Menschen zwar riesig, aber nicht so groß wie bei vergangenen Foren. Die genaue Teilnehmer_innenzahl weiß wohl niemand. Aber es sollen

zwischen 20.000 und 60.000 Menschen aus über 100 Ländern gewesen sein, die sich über Frauenrechte, Rassismus, Kapitalismus, Bildungspolitik und vieles mehr auseinandersetzten. Das Forum war also wieder einmal allein seiner Größe wegen schon sehr unübersichtlich. Es gab dieses mal aber ein deutliches Übergewicht an brasilianischen

Themen auf dem Forum. Daneben wurde das WSF von zwei Ereignissen überschattet. Zum einen von der Ermordung Marielle Francos und zum anderen von der drohenden Verhaftung von Brasiliens sozialdemokratischem Ex-Präsident Luiz Inacio Lula da Silva. Lula war wegen Korruption verurteilt worden, um ihn von einer Kandidatur bei den im Oktober stattfindenden Wahlen auszuschließen. Nach wie vor verbinden viele Menschen in Brasilien große Hoffnungen mit einer erfolgreichen Kandidatur Lulas. Diese Hoffnung wurde durch die politisch motivierte Verurteilung Lulas – er wurde in zweiter Instanz wegen passiver Korruption und Geldwäsche verurteilt – aber zu nichte gemacht. Die politische Linke in Brasilien ist leider derzeit nicht in der Lage, eine hoffnungsvolle Alternative zu benennen und muss den kommenden Wahlen fast schon hilflos entgegen sehen. Die politische und gesellschaftliche Zukunft Brasiliens wird nach den Wahlen

Fotos: F. Schubert



Auf dass unsere Stimme auch hier wahrgenommen wird



Ein anderer Tanz als sonst

und einer erneuten rechten Regierung wohl noch stärker von sozialer Ungleichheit, Armut, Hunger, Gewalt bestimmt werden. Keine positiven Aussichten also. Die politische Situation Brasiliens wurde während des Forums aber in viel dramatischerer Form durch die Ermordung der linken brasilianischen Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco deutlich. Die 38-jährige Aktivistin war eine der lautesten Stimmen gegen Polizeigewalt und Rassismus. Franco war, kurz nachdem sie die Polizei und Militärgewalt in Rio de Janeiro angeprangert hatte – es waren mehrere Menschen bei Kontrollen und Razzien erschossen worden – ermordet worden. Die Kugeln der tödlichen Schüsse sollen aus Polizeibeständen stammen. Aber auch das Forum selbst war durch die veränderten politischen Bedingungen betroffen. Waren die vorherigen Sozialforen in Brasilien zum Teil mit staatlichen

Geldern unterstützt worden, wie z. B. 2005 durch die regierende Arbeiterpartei mit ca. 10 Millionen Euro, fehlten diese Mittel dieses Mal komplett.

Nach wie vor steht die Frage der Legitimation dieses großen Jahrmarktes der politischen Bewegungen über dem Treffen. Am Ende wurde aber wieder einmal von vielen ein positives Fazit dieses weltweit einmaligen Treffens sozialer Bewegungen und Initiativen gezogen. Es ist und bleibt weiterhin eine bedeutende Plattform des politischen Austausches. Wer auf mehr gemeinsame, politisch verbindliche Aussagen und Aktivitäten hofft, wird wohl auch in Zukunft enttäuscht von diesem Treffen bleiben, denn es ist zu divers, um diesen Anspruch einlösen zu können. Zu unterschiedlich sind die regionalen, politischen und gesellschaftlichen Bezüge der Aktivistinnen.

Festzuhalten bleibt, dass die

Befürchtung, dass es das WSF in seiner bisherigen Form nicht mehr geben werde, nicht eingetroffen ist. Im Gegensatz zum international immer stärker werdenden, meist (sehr) rechten Politikansatz, auf nationalstaatliche Lösungen, Patriotismus, Regionalismus und Nationalismus zu setzen, verteidigt das WSF einen Internationalismus, der in der derzeitigen weltpolitischen Lage fast schon antiquiert wirkt und seines Gleichen sucht. Gerade dadurch bekommt das WSF aber eine neue Stärke. Es steht, trotz der politischen Unterschiede der Teilnehmenden, für die Idee einer solidarischen gesellschaftlichen Perspektive. Das WSF sollte derzeit viel stärker in dieser Rolle, mit seiner großen symbolischen Funktion, gesehen werden, als nach konkret messbaren politischen Erfolgen bewertet zu werden.

FLORIAN SCHUBERT
Leiter Referat C

Unternehmerisches Denken als Bildungsziel?

Das LI arbeitet mit dem Network For Teaching Entrepreneurship (NFTE) zusammen

NFTE soll man „nifty“ aussprechen und das steht im Amerikanischen für pfiffig, schlau und einfallreich. Ausgeschrieben steht NFTE für Network For Teaching Entrepreneurship. Als eingetragener Verein will NFTE

stellungen in der Gesellschaft zu fördern. Schülerinnen und Schüler sind die vorrangigen Adressaten einer Ideologie, wonach jeder seines Glückes Schmied ist und wie Bill Gates zum Milliardär werden kann: „Sie entwickeln

das Schülerbuch an „den speziellen deutschen Bedarf“ angepasst wurde, „um auf die im Vergleich zu den USA viel skeptischere und kritischere Einstellung der Deutschen zum Unternehmertum und auch auf die leider viel weniger ausgeprägte Neigung zu positivem Denken zu reagieren“ (NFTE-Lehrerbegleitheft, S.7).

In geschlossenen Fortbildungsveranstaltungen an einer NFTE University kann man zum Certified Entrepreneurship Teacher (NFTE-CET) ausgebildet werden. Der GEW liegen Anmeldeunterlagen vor, in denen die Schulleitung bereits im Vorfeld bestätigen soll, „dass sie sich darum bemühen wird, dass der NFTE-Lehrplan mit den dafür von NFTE zur Verfügung gestellten Unterrichtsmaterialien an dieser Schule im kommenden Schuljahr von der dafür ausgebildeten Lehrkraft in einem Umfang von ca. 50 Unterrichtsstunden unterrichtet werden kann“. Ziel ist offenkundig eine exklusive Kontrolle über Inhalte, über die Ausbildung und die curriculare Einbettung in der jeweiligen Schule.



Foto: Homepage EKSt

Die Erich Kästner Schule – Grund- und Stadtteilschule ist Partnerin von NFTE

„Eigeninitiative, Selbstvertrauen und Unternehmergeist in öffentliche und private Schulen“ bringen und Leben verändern.

Das Hohelied des freien Unternehmers

Hier geht es nicht um Werbung oder Schleichwerbung für ein Produkt oder ein Unternehmen, nicht um Konkurrenzvorteile oder klassischen Lobbyismus, sondern um das sogenannte Deep Lobbying, um den ganzen Menschen und die Beeinflussung gesellschaftlicher Strömungen und Entwicklungen. NFTE gehört zu den vielen Vereinen, Stiftungen, Interessenverbänden und Unternehmensabteilungen, die versuchen, neoliberale Ein-

den Mut, ihr Leben künftig aktiv in die eigene Hand zu nehmen. Durch NFTE wächst ihre Motivation für das Lernen und sie erwerben eine erste fundamentale Wirtschafts- und Gründungskompetenz.“ (www.nfte.de).

Tatsächlich hat die Wirklichkeit die Einflussnahme durch Werbung, Sponsoring und Spenden längst überholt, wie das Beispiel von NFTE verdeutlicht. Unter den Förderern der US-amerikanischen Mutterorganisation und ihres deutschen Ablegers findet man die Konzerne SAP, Burger King, MasterCard und unzählige weitere finanzstarke Unternehmen. Auch das amerikanische Curriculum wurde weitgehend übernommen, wobei

Empowerment statt Emanzipation

Geht es nach den Lehrinhalten von NFTE, würden die (Aus)Bildungsinhalte von auf Mündigkeit und Aufklärung zielenden Bildungsprozessen weiter entkoppelt und ausschließlich in Bezug auf ihren ökonomisch-unternehmerischen Mehrwert wahrgenommen. Schülerinnen und Schülern wird nahegelegt,



Interessierte können sie **kostenfrei bestellen unter:**
<https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyismus-an-schulen-broschuere/>

schaffen können, zu unterbinden. Zum anderen müssen sich Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen mit der Einflussnahme an Schulen beschäftigen. Lobbyismus im Klassenzimmer wirksam einzudämmen, kann nur dann gelingen, wenn sich alle Betroffenen beteiligen.

Es gilt, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule im Sinne des Beutelsbacher Konsens, zu sichern, so dass Schule ein gleichberechtigter und selbstbewusster Gesellschaftsbereich auf Augenhöhe mit der Wirtschaft und nicht dieser untergeordnet ist.

RENÉ SCHEPPLER,
 GEW-Kreisverband Wiesbaden und
 FREDRIK DEHNERDT,
 stellvertretender Vorsitzender
 GEW Hamburg

sich solche Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, die ihnen im Rahmen einer auf Konkurrenz und Wettbewerb basierenden Gesellschaft einen Nutzen versprechen. Gefordert werden nicht mehr, wie in den 1960er Jahren, Emanzipation antizipierende, sondern den Arbeitsmarkt antizipierende, ‚empowerte‘ Studierende. Was noch als Bildung bezeichnet wird, wandelt sich infolgedessen in unternehmerisch zu bewirtschaftendes (Sozial) Kapital bzw. Kompetenzen.

Landesinstitut kooperiert mit NFTE

Die GEW Hamburg sieht es kritisch, dass nun auch das Landesinstitut ein Pilotprojekt zur Entrepreneurship Education in Kooperation mit NFTE Deutschland e.V. anbietet. Dort heißt es: „Das Wirtschaftswachstum der europäischen Länder ist auf unternehmerische Initiativen angewiesen. Besonders in Deutschland gibt es nur wenige Gründungsinitiativen. Auf nationaler und internationaler Ebene wird deshalb die Entrepreneurship Education als bildungspolitische Aufgabe gesehen. [...] Über das ökonomische Interesse hinaus kann Entrepreneurship Education einen wichtigen Beitrag zum Bildungsauftrag der Schulen leisten. So werden Eigenschaften wie Neugier, Selbstständigkeit, Flexibilität und Kreativität ebenso wie Risikobereitschaft und das Übernehmen von Verantwortung trainiert, die für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe immer wichtiger werden“ (<http://li.hamburg.de/entrepreneurship-education-zsw/>).

Wirtschaftliche Interessen und demokratische Schule – Handlungsempfehlungen

Die immer vielfältigeren Versuche, den Bildungsauftrag von Schule und die Vorstellungen junger Menschen von der Wirtschaftswelt je nach Eigeninte-

resse beeinflussen zu wollen, sind aus Sicht der GEW nicht akzeptabel. Dem zunehmenden Lobbyismus und Kommerz an Schulen muss Einhalt geboten werden. Hier sind die Ministerien in die Verantwortung zu nehmen. Wir brauchen eine Schule der Demokratie und nicht eine Schule, die zum Spielfeld für private und wirtschaftliche Interessen gemacht wird.

Zu lange hat die Politik das Problem der zunehmenden Einflussnahme an Schulen ignoriert. Dabei ist die Aufsicht des Staates über das Schulwesen im Grundgesetz verankert. Das Ziel muss daher sein, Lobbyismus und Meinungsmache wieder aus den Klassenzimmern zu drängen. Dabei ist klar, dass Lehrer_innen in ihrem Arbeitsalltag häufig auf externes Material für ihren Unterricht zurückgreifen und dies nicht grundsätzlich problematisch ist. Zudem kann man kaum verbieten, dass Unternehmen und Organisationen Texte und Materialien veröffentlichen, die auf Schulen zielen. Es geht also nicht um ein simples Verbot. Vielmehr muss dem Lobbyismus auf unterschiedlichen Ebenen entgegengewirkt werden.

Die Politik muss einen kritischen Umgang mit externen Materialien und Angeboten fördern. Dazu gehört es auch, besonders bedenkliche Praktiken, wie Werbung, intransparente Finanzierung oder Kooperationen, die (finanzielle) Abhängigkeiten

Weitere Infos zum Thema

„Wirtschaftliche Interessen und demokratische Schule. Wie Unternehmen Einfluss auf Schulen ausüben“, Referat B Bildungspolitik der GEW Hamburg, www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/wirtschaftliche-interessen-und-demokratische-schule

„Alle werden Unternehmer. Das Network For Teaching Entrepreneurship“, René Scheppeler, GEW-Kreisverband Wiesbaden, www.gew-hessen.de/news/single-news/alle-werden-unternehmer

Lobbycontrol hat von der GEW unterstützte Handlungsempfehlungen vorgelegt, um Lobbyismus im Schulalltag zu erkennen und zu verhindern, www.lobbycontrol.de

Weitere Informationen zu NFTE Deutschland e.V.: www.nfte.de

Schuldenbremse bremst nicht die Schulden, sondern die Zukunft aus

Eine Kampagne unter dem Motto „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ setzt auf Unterstützung

Vermutlich ist jeder und jede, der und die sich derzeit solidarisch für soziale Verbesserungen einsetzt, schon einmal auf die Schuldenbremse gestoßen. Irgendwann, wenn alle Argumente für die Verbesserungen öffentlich überzeugend und bewegend dargelegt sind, bekommt man aus Bürgerschaft und Senat oder von den Leitungen öffentlicher Einrichtungen zu hören: „Würden wir ja gerne, aber wir müssen ja die Schuldenbremse einhalten“.

Die Schuldenbremse hat ideologisch die Funktion, bereits entwickelte und vertretene Ansprüche der Bevölkerung niederzuhalten. Schon vor der Einführung der Schuldenbremse hatten die DGB-Gewerkschaften gewarnt, dass die Schuldenbremse ein Angriff auf den Sozialstaat ist, dass sie nicht die Schulden, sondern die Zukunft ausbremst, die Spielräume für eine sozial gerechte und ökologische Politik beschneidet und zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben führen wird. Rund zehn Jahre später sind aus Vorhersagen Tatsachen geworden.

Es ist also geboten, die Schuldenbremse wieder abzuschaffen. Das ist das Ziel der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“. Ihre Grundlage bildet das „Hamburger Manifest gegen Austerität“, dem sich der Landesvorstand der GEW Hamburg im März als Unterstützer angeschlossen hat.

Warum wurde die Schuldenbremse eingeführt?

Als in der „Weltfinanzkrise“ 2008 mit staatlichen Mitteln in großem Maßstab internationalen Banken „gerettet“ wurden, hat alle Welt gesehen: Geld ist genug da!

Die Politik von Lohnverzicht, Privatisierung öffentlichen Eigentums, der Deregulierung der (Finanz-)Wirtschaft, Steuererleichterungen für die Großkonzerne und verstärkter Arbeitsmarkt-Konkurrenz („Flexibilisierung“) entpuppte sich als das, was sie schon immer war: die

schnöde Plünderung der Mehrheit zugunsten der Steigerung von Profiten und Bankenglück. Das propagierte Vertrauen in die „Selbstregulierung der Märkte“, den großen „Gesamtwohlmehrer“ Privatwirtschaft und den höheren Sinn des „Gürtel-enger-Schnallens“ verlor schlagartig jede Legitimation.

Weltweit treten seither immer mehr Menschen für ein solidarisches Miteinander im Rahmen einer sozial und kulturell menschenwürdigen Gestaltung ihrer Lebensumstände ein.

Gegen diese positive Möglichkeit wird seitens der Herrschenden Angst geschürt, indem die Mär vom „Ende der Geschichte“ in die Welt gesetzt wird, für den Fall, dass die sozialpolitischen

Ansprüche in den Himmel wüchsen: Die systematische Entmündigung der Bevölkerung und die „Entsagungspolitik“ (Austerität) wurde dafür zum Verfassungsgebot erhoben – hierzulande: die „Schuldenbremse“.

Warum muss die Schuldenbremse abgeschafft werden?

1. Die Kultivierung höherer Ansprüche ist elementar für die Demokratie. Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.

Mit der „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur durch die Politik der Troika in Griechenland. Solange die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen wird, begünstigt dies „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Politik nichts zu tun. Die Abschaffung der Schuldenbremse dagegen wäre eine Wiederherstellung von Demokratie.

2. Eine bessere Welt ist möglich! Menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist unsere gemeinsame Angelegenheit! Ein würdiges Leben für Jede_n frei von Krieg, Armut und Hunger, gebührenfreie Bil-



dung und gesellschaftliche Teilhabe für alle, sinnvolle Arbeit in sozialer Sicherheit, eine Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung, die nicht Profitzwecken untergeordnet ist, günstiger und komfortabler Wohnraum für alle, öffentliche Theater und Museen als lebendige Kulturstätten, souveräne Wissenschaften für das Gemeinwohl, menschenzuwendende Verwaltungen und soziale Dienste, nachhaltige Mobilität, Energie- und Wasserversorgung für alle – dies ist weltweit längst möglich.

Wie kann die Schuldenbremse demokratisch wieder abgeschafft werden?

Politik wird von Menschen gemacht. Die Schuldenbremse ist kein Naturgesetz. Die Schuldenbremse bleibt überwindbare, weil falsche Politik.

Sämtliche Regelungen zu Schuldenbremse und Schuldenstopp sollen – so fordern es die Initiatoren – mit einem Volksentscheid aus der Hamburger Landesverfassung gestrichen werden. Zudem soll eine bundesweite Initiative zur Wiederherstellung des wahren Geistes des Grundgesetzes angestoßen werden.

Deutschland schädigt durch Exportüberschüsse, Druck auf die Löhne sowie künstlich niedergehaltene Massenkauftkraft und öffentliche Nachfrage die restlichen Staaten Europas schwer. Indem wir dafür eintreten, die Steuer(mehr)einnahmen umgehend für öffentliche Investitionen im Allgemeininteresse zu verwenden, die Steuern bei

den Reichen konsequent einzutreiben und die Kapitalsteuern zu erhöhen, damit das Parlament die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur bedarfsgerecht erhöhen kann, befreien wir die Bevölkerungen der anderen Länder von dem Druck, der von Deutschland aus auf ihnen lastet.

Wenn wir in Hamburg als einer der reichsten Städte in Deutschland mit unserem Protest und der Forderung nach Abschaffung der Schuldenbremse den Anfang machen, ist das ein ermutigendes Signal dafür, dass Veränderung möglich ist.

Und wer macht eigentlich schon mit und wo kann man sich beteiligen?

Wir wenden uns mit dem Aufruf „Hamburger Manifest gegen Austerität“ an Gewerkschaften, Sozialverbände, Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen, progressive Jugendorganisationen und Parteien, Kirchen, Friedens- und Ökologiebewegung und alle, die noch mittun können. Bisher machen mit: ASTa der Uni Hamburg, ASTa der Hochschule für Bildende Künste, AG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen der LINKEN Hamburg, Betriebsrat Jugendhilfe e.V., Bundesverband DIE LINKE.SDS, DIDF Jugend Hamburg, DIE LINKE Lüneburg, Fachschaftsrat Soziale Arbeit der HAW, GEW Hamburg, Grüne Jugend Hamburg, International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) Hamburg, Linksjugend [‘solid] Hamburg, Studierendenparla-

ment Uni Hamburg.

Um bei einem Volksbegehren innerhalb von drei Wochen 65.000 gültige Unterschriften von Hamburgerinnen und Hamburgern zu sammeln, benötigt es eine große Zahl an Aktiven und ein hohes Maß an Aufklärung über den Abstimmungsgegenstand. Vielleicht lässt sich ja der vermeintlich trockene Stoff der Schuldenbremse auch im Schulunterricht unterbringen, bspw. mit einem Vergleich der sprachlichen Ästhetik des Leitgedankens des Grundgesetzes in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Mit der technokratisch-mechanistischen Sprache in den Artikeln 109 und 115. Oder in der Suche, wie sich die Vermögen der reichsten und der ärmsten Hamburger Haushalte in ein und derselben Grafik veranschaulichen lassen. Und vielleicht haben die Schülerinnen und Schüler ja Lust, mit ihren Handys Erwachsene zu interviewen, was sie von der Schuldenbremse halten und wie sie meinen, dass sie die Schuldenbremse wieder loswerden können.

Zur Beteiligung an den Treffen der Kampagne sei herzlich eingeladen. Auf der Homepage www.schluss-mit-austeritaet.de sind die Termine mit Ort und Zeit angekündigt. Dort gibt es zudem eine Materialsammlung, Videos von Vorträgen und Diskussionen und das „Hamburger Manifest gegen Austerität“ in voller Länge sowie die DGB-Broschüre „Schuldenbremse – Zukunftsbremse – Zehn falsche Argumente für eine Schuldenbremse in Niedersachsen“. Vorschläge zur Erweiterung sind herzlich willkommen. Aktive der Kampagne kommen auch gerne auf Anfrage zur Diskussion in den GEW Fachgruppen vorbei.

JOCHEN RASCH
Student/GEW

Die DGB-Broschüre „Schuldenbremse – Zukunftsbremse – Zehn falsche Argumente für eine ‚Schuldenbremse‘ in Niedersachsen“ informiert detailgerecht.

Einen wichtigen Beitrag in Bezug auf die aktuelle politische Entwicklung sehen wir in einem Kommentar von Thomas Fricke „Das Gespenst der dreißiger Jahre ist zurück“, in dem er auf den Zusammenhang zwischen dem Zulauf zu den rechten Parteien in Europa und der Austeritätspolitik eingeht: <http://www.spiegel.de/wirtschaft>

Kotzen statt rappen

Die Preisverleihung des ECHO an zwei ‚Künstler‘, die mit menschenverachtenden Texten aufwarten, sollte uns nicht nur zu denken geben, sondern Eltern aber vor allem auch uns Lehrer_innen aufrütteln, um aktiv gegen diese Art der Beeinflussung der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen vorzugehen.

Dass bei dem diesjährigen Kommerzevent der Musikbranche, der ECHO-Preisverleihung, die beiden Rapper Farid Bang und Kollegah ausgezeichnet wurden, empört ja nahezu alle Bürger_innen, was einen normaler Weise eher skeptisch werden lassen sollte. In diesem Fall ist die Empörung nicht nur mehr als berechtigt, sondern sollte vor allem bei allen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, die Alarmglocken läuten lassen, weil die Preisträger diese Ehrung für etwas erhalten haben, das

nierter als von Auschwitz-Insassen“, sondern eher um die seit Jahren traktierten motherfucker-Sprüche, die diese beiden Herren noch um einiges steigern: „Dein Chick ist ’ne Broke-Ass-Bitch, denn ich fick’ sie, bis ihr Steißbein bricht.“, wird da getextet. „Frauenfeindlich“ oder „sexistisch“ passt nicht. Dies ist abgründiger, Frauen verachtender Hass! In anderen Songs schwelgen die Beiden in Gewaltfantasien. Sie wollen Menschen, die ihnen nicht passen, mit einem „Sprengstoffgürtel“ massakrie-

Christen und Juden ums Leben kommen. („Es ist die Endlösung der Rapperfrage: Kugeln ins Gesicht“ und: „Ich leih dir Geld, doch nie ohne ’nen jüdischen Zinssatz.“)

Aussagen wie diese finden sich auf dem prämierten Album „Jung, Brutal, Gutaussehend 3“ (30 Millionen Mal heruntergeladen) und auf ähnlichen Machwerken der Beiden reihenweise. Es wechselt zwischen Gewalt verherrlichenden, sexistischen, homophoben und rassistischen und eben auch anti-semitischen Auslassungen. Die CD, für den es den ECHO gab, wurde 200 000 Mal verkauft. Allein den Auftritt der beiden auf der Preisverleihung verfolgten 1,8 Millionen Zuschauer_innen. Davon, wie man annehmen kann, die meisten im jugendlichen Alter. Vor kurzer Zeit wurde noch im Internet gejubelt, als insgesamt über 50 Millionen (!) Klicks für die Beiden registriert wurden.

Soll und kann man über diesen Massengebrauch hinwegsehen, weil es zur pubertären Attitüde gehört, die seit jeher den Generationenkonflikt ausmacht, ganz nach dem Motto: Woran sollen sich denn die Kids reiben, wenn die Eltern mit ihrer Liberalität alles weich auffangen? Da müssen die Kids eben eine härtere Gangart einlegen, um Widerstand zu provozieren!

Ich selbst erlebe mich in Bezug auf Interventionen, die angesichts dieses Konsums notwendig wären, eher als konflikt-

Fotos: hhz



Prall gefüllte Regale

man als menschenverachtend bezeichnen muss. Dabei geht es mir gar nicht so sehr um diesen in der Presse besonders hervorgehobenen Auschwitzvergleich, wo es heißt: „Mein Körper defi-

ren oder mit einem Lkw, „als wärst du auf dem Weihnachtsmarkt“ oder mit einem Attentat „wie bei Charlie Hebdo“; anders gesagt: Sie finden alle Arten von Gewalttaten toll, bei denen

scheu, vielleicht auch deswegen, weil ich der Meinung bin, dass sich Vieles auswächst. Ich erinnere mich an einen Schüler, der in der Klasse einen zotigen Mutter-/Sohn-Witz erzählte. Die anwesende Kollegin fühlte sich als Frau und Mutter angegriffen und stellte ihn zur Rede. Ich war ein bisschen hin- und hergerissen ob der Härte, mit der sie auf den Jugendlichen reagierte. Ich erinnere mich aber in diesem Zusammenhang natürlich auch an die Konflikte mit meinen Eltern, von denen ich manche heute auch in einem milderen Licht sehe - beide Seiten betreffend. Aber inhaltlich ist das, was uns in diesen Texten begegnet, die sich nicht ohne Grund Gangsta-Rap nennen, etwas gänzlich anderes. Es stellt ja nicht nur alles infrage, was ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander ausmacht – so neutral haben das

vielleicht auch unsere Eltern uns gegenüber schon formuliert –, hier geht es schlichtweg um menschenverachtende, von Hass

ist der alltägliche Rassismus in unserem Land. Der erklärt schließlich zum Teil den Hass der jungen Menschen aus mig-



Der wohl als ‚Running Geck‘ gemeinte Spruch darf natürlich nicht fehlen!

Immerhin

Der ECHO wird abgeschafft. Das teilte der Bundesverband der Musikindustrie (BVMI) am 25.4. mit. Neben dem breiten öffentlichen Protest, dass Kollegah und Farid Bang in diesem Jahr für ihr Album *Jung, brutal, gutausschend 3* einen Echo in der Kategorie „Hip-Hop Album des Jahres“ erhalten haben, trugen sicherlich auch die Rückgabe ihrer Trophäen – von Marius Müller-Westernhagen bis Daniel Barenboim, von Klaus Voormann bis Igor Levit –, dazu bei, dass es zu dieser Entscheidung kam.

Gut so! Aber leider ist angesichts von 50 Millionen Klicks und 200 000 verkauften Platten das Problem keineswegs vom Tisch. Umso mehr bedarf es jetzt der Weiterführung der Diskussion. Und wo anders sollte die stattfinden, wenn nicht in der Schule!

getriebene Botschaften.

Wissend, dass dies aktuell die Texte sind, mit denen Kinder und Jugendliche konfrontiert sind, wenn sie ‚ihre‘ Musik hören, müssen die Texte zwingend auch Thema im Unterricht werden.

Da reicht es nicht, von Battle-Rap-Regeln zu schwadronieren, in denen es um Rollenspiele geht. Manche Halboffizielle wollen ihre Haltung damit rechtfertigen, wobei es ihnen in Wahrheit wohl eher um das gute Geschäft gehen dürfte, das damit gemacht wird. Überhaupt: wie steht es mit der Bertelsmann-Music-group, die im Dezember über das Album der beiden Preisträger noch ganz stolz verkündete, dass der Verlag nun in diesem Genre die Nummer eins in Deutschland sei? Die gleichen Bertelsmänner, die sich mit ihrer Stiftung an anderer Stelle als die großen Wertevermittler und neo-liberalen Erneuerer im Bildungsbereich aufspielen! Eine Plattitüde, aber: wo der Profit winkt, spielt die Moral keine Rolle; das zeigt sich hier auf besonders perfide Art.

Was dagegen eine Rolle spielt,

raus sich ja diese ‚Kunst‘form entwickelt hat. Wer von klein auf Diskriminierung erfährt – und damit meine ich nicht den offenen, vielleicht gar gewalttätigen Ausländerhass der militanten Rechten, sondern die subtile Art der Diskriminierung, wie er sich durch Blicke, Gestik und Körperhaltung ausdrückt –, baut ein Aggressionspotenzial auf, das sich auf vielerlei Weise Bahn brechen kann. Wenn diese Art der Diskriminierung noch begleitet ist von materieller Benachteiligung und kultureller Ausgrenzung – und dies ist nur die eine Seite der strukturellen Benachteiligung neben der durch unser gegliedertes Schulsystem diskriminierenden –, muss sich die Mehrheitsgesellschaft über die Aggressivität, die hier zutage tritt, nicht wundern. Insofern ist die verbale Gewalt noch die bessere Alternative zur Keule auf den Kopf.

Neben der soziologischen Sicht, die dieses aggressive Verhalten erklärt, gibt es aber auch noch das psychoanalytische



Die Saat scheint aufzugehen (MoPo v. 25.4.2018): 9 Tage vor der Preisverleihung, am 3.4.2018, schreibt die Jüdische Allgemeine: Konfrontiert mit der Auschwitz-Analogie, wiegelt Kollegah ab. Ein Antisemit will er nicht sein. Judenfeindliche Vorurteile? Nicht doch! »Hip-Hop ist so weit von Rassismus entfernt wie keine andere Kultur«, erklärt der Rapper nun in einem Video, das er auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht hat. Doch während Kollegah in dem Video spricht, wird im Hintergrund eine antisemitische Karikatur eingeblendet, in der Männer mit Hakennasen und Kippot zu sehen sind. »Wer hat wirklich die Macht?« ist über dem Bild zu lesen. Es ist eine Zeichnung, die dem »Stürmer« alle Ehre gemacht hätte. Aber auch hier wehrt Kollegah ab: Er habe von der Karikatur nichts gewusst und distanzieren sich von ihr.

Deutungsmuster. Es verweist auf den Zusammenhang zwischen repressiver Erziehung und vor allem sexueller Unterdrückung, die diese Kaskaden an Hass gebiert. Auf das, was mir verboten ist, muss ich bei denen, die sich das Recht herausnehmen, diese Verbote zu ignorieren, aggressiv reagieren. Dieses unerträgliche Machogehabe, das alles abwertet, was einem durch die eigene

Kultur verwehrt bleibt – man denke nur an diese gängige Auslassung, alle Frauen, außer die eigenen, seien Schlampe –, verweist letztlich auf ein Ego, das sich zwischen den Kulturen zerrissen fühlen muss. Dass daraus jenes Verhalten erwächst, das man in der Psychologie *Grandiosität* nennt, also jenes nach außen getragene übersteigerte Verlangen nach Anerkennung,

das, von Neid getrieben, Empathie ausschließt, unterstreicht diesen ursächlich in der gesellschaftlichen Diskriminierung zu findenden Zusammenhang. Das Ganze aber als pathologisch klassifizieren zu wollen, hieße nicht nur, es zu verharmlosen, sondern sich auch der Verantwortung zu entziehen.

Damit also keine Missverständnisse aufkommen: Bei aller Schlüssigkeit einer hier selbstverständlich nicht zu leistenden umfassenden soziologischen oder psychologischen Deutung obliegt es allen Beteiligten, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung dafür, dass sich die Verhältnisse zum Besseren wenden, aber auch Verantwortung bei denjenigen einzufordern, die nur ein gutes Geschäft machen wollen. Damit meine ich zunächst, wie oben angemerkt, natürlich solche Unternehmen wie Bertelsmann, aber auch jene ‚Künstler‘, die sich eigentlich ihrer Rolle sehr bewusst sind. Im Falle der beiden ECHO-Preisträger hat der sich Kollegah nennende Rapper ein dreijähriges Jurastudium aufzuweisen. Zwar ohne Abschluss – aber immerhin! Von „Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse“ kann da also keine Rede sein. Er ist voll verantwortlich für das, was er da tut! Entsprechend ist ihm auf Augenhöhe zu begegnen. Und das gilt für die allermeisten in dieser Branche. Besonders perfide ist dieses Muster, wenn man zunächst einen Tabubruch nach dem anderen begeht, um durch diese Art der Provokation Aufmerksamkeit zu erheischen und dann bei Kritik, in diesem Fall geht es um den ebenfalls sehr bekannten Rapper Bushido, in die Opferrolle zu schlüpfen („die wollen mir alles wegnehmen...“). Das ist einfach nur dreist und zeigt, worum es diesen Leuten eigentlich geht: Ums Geld, um sich damit mit den Attributen der ‚Glamour-Welt‘ auszustatten. So, wie sie ihre

Körper aufpusten, wollen sie ihr Ego aufplustern. Ich muss allerdings gestehen, dass ich dieser Art von Spiel etwas abgewinnen kann, weil sie der Glitzerwelt damit einen Spiegel vorhält und die Glücksdroge Geld hierdurch einen etwas schalen Charakter erfährt.

Campino, der Frontmann der ‚Toten Hosen‘, hatte immerhin die Courage, auf der Gala zur ECHO-Preisverleihung zu sagen, dass das, was sich da als Stil entwickelt hat, menschenverachtenden Charakter trägt. Explizit stellte er heraus, dass Provokation als Stilmittel gerechtfertigt sein muss, dies könne aber nicht unabhängig vom Inhalt geschehen. Dass ihm das nicht leicht fiel, zeigte sein Zittern, als er den Redetext vom Blatt ablas. Die beiden Angegriffenen nahmen dies später am Abend zum Anlass, ihn zu verhöhnen, indem sie ihrerseits ein Blatt zitternd in der Hand hielten und gespielt zitternd vortrugen: „Als Zeichen des Friedens habe ich (Kollegah) die Zeit genutzt und ein schönes Portrait gezeichnet, das ich zu einem guten Zweck versteigern werde.“ Die dann dem Publikum präsentierte Zeichnung zeigte Campino mit einem Heiligenschein. Dies unterstreicht einmal mehr, dass hierbei die narzisstische Persönlichkeitsstörung eine Rolle spielt.

Dass Provokation und Tabubrüche notwendig sind, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, gehört seit jeher zum Handwerkszeug aller, die an gesellschaftlichen Veränderungen interessiert sind. Dass dies in der jüngeren Geschichte den so genannten 68ern – je nach Standpunkt – nachgesagt oder vorgehalten wird, ist bekannt. Aber ich, der ich mich dazu zähle, erinnere mich an keine Aktion, die unsere Generation im Zusammenhang mit dem Aufbegehren gegen die versteinerten Nachkriegsverhältnisse geprobt hat, die der Barbarei Vorschub leis-

ten sollte. Dies gilt selbst für den Kunstbetrieb, in dem die Grenzen des Erlaubten notwendig noch schwerer zu fixieren sind. Trotzdem wurde und wird in diesem Zusammenhang immer wieder versucht, derlei Tabubrüche gesetzlich zu sanktionieren. Sich aber zur „Rechtfertigung“ dieser menschenverachtenden Texte hinter der Meinungs- und Kunstfreiheit zu verschanzen – und natürlich wird genau diese reklamiert –, ist geradezu dreist. Wir sollten aber trotzdem denjenigen, die etwa meinen, dieses Gangsta-Rap-Genre verbieten

zu müssen, nicht in die Hände spielen. Gesellschaftlich ächten: ja, aber unsere auf Emanzipation ausgerichteten Freiheitsrechte und Garantien deswegen in irgendeiner Form einzuschränken, öffnet Tür und Tor für jene, die ganz anderes im Schilde führen.

Dass dies alles Wasser auf die Mühlen der Konservativen, aber vor allem der neuen Rechten ist, macht die Auseinandersetzung nicht einfacher. Die Pauschalierungen gegenüber migrantischen Jugendlichen islamischer Prägung zünden angesichts dieser Entwicklung vortrefflich. Be-



Die Frage ist beantwortet. Interessanter wäre es, zu klären – und deshalb gehört es wie hier auch ins Feuilleton und nicht in den Wirtschaftsteil –, wer bei dem Ganzen welche Verantwortung trägt (aus: DIE ZEIT v. 19.4.2018)

rührungsängste zur rechten Szene sind immer berechtigt. Wenn diese aber dazu führen, dass man notwendige Kritik unterdrückt, wird's gefährlich. Es bleibt nur

die Einsicht in die Notwendigkeit, dort couragiert aufzutreten, wo uns diese Art der Kultur begegnet und diejenigen zur Rede zu stellen, die meinen, durch

ihre Hasstiraden das zertreten zu können, wofür wir eintreten: Eine gerechtere und damit humanere Welt!

JOACHIM GEFFERS



Einladung zur Veranstaltung „HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ am 30. Mai 2018 von 19 bis 20:30 Uhr im Peter-Rantzau Haus in Ahrensburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ahrensburg, Jasna Makdissi, der Interkulturelle Gesprächskreis Stormarn und die Ahrensburger Jugendfreizeitstätte „Bruno Bröker Haus“ laden Sie herzlich zur Veranstaltung „**Heroes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre**“ ein.

Das vielfach ausgezeichnete Jungen-Projekt „Heroes“ aus Berlin basiert auf dem Prinzip der peer-to-peer-education und richtet sich an männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund. Es setzt bei archaisch geprägten Rollenbildern an: Junge Männer mit Migrationshintergrund setzen sich gezielt mit Themen wie Ehre, Identität, Geschlechterrollen, Gleichberechtigung und Menschenrechten auseinander. In Rollenspielen lernen sie, andere Jugendliche dazu zu bewegen, mit ihnen über Ehre zu diskutieren, gegen Unterdrückung „im Namen der Ehre“ Position zu beziehen und ihr Wissen weiterzugeben. Mehr Information finden Sie unter www.heroes-net.de

Mit dem BBH führen sie nachmittags einen Heroes-Workshop für Jungen mit Migrationshintergrund zwischen 16 und 21 Jahren durch. Am Abend stellt das Berliner Team sein Projekt und sein Konzept vor am:

**30. Mai 2018
Uhrzeit: 19 bis 20:30h
Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Straße 9, 22926 Ahrensburg**

Wir hoffen, durch das Projekt neue Impulse für unsere Arbeit zu bekommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, aber um Rückmeldung wird gebeten an:

Jasna.Makdissi@ahrensburg.de

Mit freundlichen Grüßen im Namen der Organisatoren
Jasna Makdissi

Nicht alles über einen Kamm..

Wenn ein ZEIT-Autor sagt, er höre gerne Rap, nimmt ihn keiner ernst. Trotz aller Kritik an den gegenwärtigen Auswüchsen dieses Genres muss Deftiges weiterhin möglich sein

Ich fange an mit einer Warnung, weil das dem Thema angemessen ist. Der Nächste, der mich fragt, welche Musik ich gerne höre, und mich dann, wenn ich erkläre, dass ich ausschließlich Hip-Hop höre, am liebsten Gangsta-Rap, mit einem süffisanten Grinsen ansieht und sagt »Ja, klar, aber jetzt mal ehrlich« und dazu die Hände abwinkelt, als seien sie gebrochen, weil er denkt, dass das Rapper so machen, und dann mit diesen pseudogebrochenen Händen wackelt und »Yo, yo!« sagt, also der Nächste, der mir so kommt, für den habe ich eine Textstelle parat: »Ruf den Sani-Arzt / Denn ich stech mit 'nem Raki-Glas / Durch den Adidas-Anzug von deim Bodyguard.«

Das Zitat stammt aus einem Song von Haftbefehl, einem sogenannten Straßenrapper, und natürlich ist das erst einmal nur geborgte Härte, geborgter Zorn. Natürlich laufe ich nicht mit Schnapsgläsern herum, die ich dann an einer Tresenkante zerschlage, um daraus eine Stichwaffe zu basteln, und ich kenne auch keine Leute, die tagsüber Trainingsanzug tragen oder einen Bodyguard beschäftigen.

Aber ich kenne die Wut, die sich einstellt, wenn man schief angeschaut und belächelt wird. Wenn einem die Leute keinen Respekt erweisen, obwohl man welchen verdient hat oder glaubt, welchen verdient zu haben. Wenn man keine Anerkennung erhält oder zu wenig davon abkriegt. Wenn sich das Gefühl einstellt, dass die Falschen weiterkommen und die Guten gegängelt und ausgebeutet werden.

Und da es auf der anderen Seite überhaupt keinen Sinn ergibt, zu jammern und zu schmolten, weil Selbstmitleid ebenso unerträglich und aggressiv ist wie rücksichtslose Egozentrik, weil es also einerseits diese Wut gibt und andererseits das Wissen darum, dass ein Stich in einen Adidas-Anzug (es kann, je nach Milieu, auch ein Brioni-Sakko oder ein Kaschmirpulli sein) die Welt kein bisschen besser machen wird, deshalb ist es großartig, Rap zu haben.

Wem das jetzt zu heftig klingt, der kann ja aufhören zu lesen und sich eine schöne alte Rock-

*Wenn du dich schwach
fühlst und ohnmächtig
und wütend bist, dann
kannst du dich als Mann
auch in einem weiblichen
Underdog wiedererkennen*

platte auflegen, irgendeinen dieser pseudovirilen, pseudo-kritischen Ich-gegen-die-Welt-Songs, am besten mit einem endlos langen Gitarrensolo. Schrammelschrammelschrammel. Das Gitarrensolo ist eigentlich nur Onanie ohne Genitalien, die unterste Schublade des Narzissmus mit musikalischen Mitteln.

Vor ein paar Wochen erschien an dieser Stelle eine Lobeshymne auf Axl Rose und die Rockband Guns N' Roses. Autor des Artikels war Andreas Bock. Ich kenne Andreas Bock nicht, aber wir haben jetzt Beef. Beef ist Hip-Hop-Jargon für Ärger, Stress, Streit. Ich habe Beef mit

Andreas Bock, stellvertretend für die vielen anderen Rockfans, die mich schon in meiner Kindheit, spätestens aber in meiner Jugend genervt und gequält haben. Die Jungs mit langen Haaren, Stonewashed Jeans und frisiereten Mopeds, die nie einen ordentlichen Satz rausbekamen gegenüber einem Mädchen, aber am Ende saßen Jutta oder Tine dann doch hintendrauf auf dem Moped, während man selber sehen konnte, wo man die mühsam angelesenen Rilke-Zitate anbringt.

Wer in den Achtzigern ein schwächerer und verkopfter Teenager war und dazu noch ein Bewusstsein hatte von der eigenen Schwäche und dem Verkopftsein (auf bescheuerte Weise bedingt sich das gegenseitig), der brauchte natürlich auch ein popkulturelles Ventil, um es mal soziologisch zu sagen. Aber was hätte das sein sollen? Spandau Ballet? Modern Talking? Die Pet Shop Boys?

Es sind also die Achtziger. Ich bin sechzehn, ich bin siebzehn, ich lese jede Menge schwieriges Zeug, das ich nur halb verstehe, und entsprechend punkte ich auch bei den Girls nur so halb, wenn überhaupt. Ich werde immer unruhiger, man könnte auch sagen trauriger, weil zu Hause läuft es nicht so toll. Mein Vater ist abgehauen, meine Mutter sitzt im Twinset auf dem Sofa, nestelt an ihrem Siegelring und hört mit Tränen in den Augen Janis Joplin, Cry Baby. Wer das in der Pubertät mitansehen musste, der kann schon allein deshalb Rock nicht ausstehen.

Und in der Schule eben die

Jungs mit den langen Haaren und den Mopeds. In der Pause übersetze ich ihnen die Songtexte ihrer Lieblingsbands, AC/DC, Hells Bells. So viel kiffen kann man gar nicht, um den Refrain »Höllenglocken! Höllenglocken!« nicht abgrundtief bescheuert zu finden.

... Gonokokken!« Von da an ist auch Punk keine Option mehr.

Ich bin jetzt also ein libidinös übelst verspannter, intellektuell übermunitionierter Spross einer alleinerziehenden Mutter, die sich wahlweise in den Songs eines heroinabhängigen Hippies oder einer ostdeutschen Pun-

Groove. Nicht der Marschrhythmus, der auch die fürchterliche Rockmusik auf Linie bringt, sondern das Verschobene, Treibende, die verzögerte Betonung im Takt, durch die diese tolle Spannung und Erwartung entsteht. Wie das nach vorne drängt, wie das Swing hat, überhaupt ist

Fotos: h1z



„Mein Vater ist abgehauen, meine Mutter sitzt im Twinset auf dem Sofa, nestelt an ihrem Siegelring und hört mit Tränen in den Augen Janis Joplin, Cry Baby. Wer das in der Pubertät mit ansehen musste, der kann schon allein deshalb Rock nicht ausstehen. (...) Als ich das erste Mal Kurt Cobain höre, diesen depressiven, gepressten Tonfall, fällt mir sofort meine Mutter ein, die ihrerseits das Genre gewechselt hat und stark verspätet Nina Hagen für sich entdeckt. »Ich wasch nicht deine Käsesocken! ... Gonokokken!« Von da an ist auch Punk keine Option mehr.“
Daniel Haas

Die Achtziger gehen zu Ende, ich fange an zu studieren. Ich denke immer noch, dass Eloquenz ein anderes Wort für Sex-Appeal ist. Aber die Wirklichkeit holt mich ein. Die Typen, die die Frauen abbekommen, halten es mit Grunge und tragen Flanellhemden. Als ich das erste Mal Kurt Cobain höre, diesen depressiven, gepressten Tonfall, fällt mir sofort meine Mutter ein, die ihrerseits das Genre gewechselt hat und stark verspätet Nina Hagen für sich entdeckt. »Ich wasch nicht deine Käsesocken!

kerin wiedererkennt. Es fehlen männliche Vorbilder, es fehlen männliche Helden, der Groll wächst, die Anspannung wächst, die Grunge-Jungs sammeln die Erfahrungen, von denen ich in irgendwelchen Büchern lese.

Und dann tritt Jan Schnurrbusch in mein Leben. Er bringt eine Hip-Hop-Platte mit, Jungle Brothers, das Album heißt Straight out the Jungle. Ich verstehe kein Wort, aber da ist so viel, was ich begreife: dieser Rhythmus, von dem man mir später sagen wird, das sei

da so viel vom Jazz drin in dieser Musik. Und dann taucht ein lang verschollenes Erinnerungsbild auf: mein Vater vor dem Musikschrank. Er trägt Kopfhörer, und trotzdem hört man die Bläser, wie sie sich aus den Hörmuscheln heraus ins Wohnzimmer fräsen. The Atomic Mr. Basie heißt die Platte. Es ist, als ob der Sound aus dem Kopf meines Vaters herausdröhnt. Laut, wild, hart.

Und dieselben Bläser schmettern auf einmal durch die Stücke der Jungle Brothers, weil diese

frühen Hip-Hopper die sogenannte Sampling-Technik anwenden: Sie schnipseln Motive, Klangstückchen, aus anderen Werken heraus, vorzugsweise aus Jazz- und Soulsongs, und basteln daraus ein eigenes Stück. Da ist also der Jazz, den mein Vater hört. Und die Lyrik, die ich bergeweise in mich hineinfresse. Sound und Text, viel Text, und mit Texten kann ich mich mittlerweile ein wenig aus.

Ich höre von da an Hip-Hop mit meinem neuen Freund Jan Schnurrbusch, und dass er mir Karin ausspannt, die Rap-Platten auflegt in einem Tübinger Club namens Tangente Night, darunter ein Album des 2016 verstorbenen Blowfly, dessen Texte so versaut sind, dass man ihr mit Hausverbot droht (im eigenen Club Hausverbot, wie cool ist das denn bitte!), dass Jan mit Karin zusammen ist, müsste eine Katastrophe sein, ist es aber nicht. Irgendwie ist das, was uns verbindet, stärker als das, was uns trennt. Hip-Hop als Soundtrack der Blutsbrüderschaft.

Neunzehnhundertvierundneunzig, Hamburg, ich bin Werbetexter, die Kollegen hören Cohen und Dylan, viel Dylan, Musik, die klingt wie ein Soziologieseminar. Musik von Leuten, die eigentlich Gemeinschaftskundelehrer hätten werden müssen, aber irgendwann eine Westergitarre geschenkt bekamen, und am Lagerfeuer sagte keiner rechtzeitig, du, schreib das doch besser auf und mach eine Unterrichtseinheit draus.

So, jetzt habe ich auch Beef mit einem Nobelpreisträger.

Im selben Jahr erscheint das Album *Illmatic* von Nas. Auf der Platte ist das Gesicht eines kleinen Jungen zu sehen vor einer Kulisse aus Wohnblocks, die Bronx, ein New Yorker Ghetto der Schwarzen. Nas erzählt in seinen Songs von Armut, von der Enttäuschung über korrupte Politiker, vom Stress, in einer Großstadt durchzukommen.

Das ist der Moment, als mir klar wird, dass Identifikation nicht unbedingt über die Zugehörigkeit zur selben Rasse oder sozialen Gruppe verläuft, sondern darüber, welche Position man innerhalb eines Systems einnimmt. Wenn du dich schwach fühlst und ohnmächtig und wütend bist, dann kannst du dich als Mann auch in einem weiblichen Underdog wiedererkennen. Oder eben in einem Schwarzen aus New York.

Natürlich komme ich nicht aus dem Ghetto. Ich kenne nicht den Schmerz der Diskriminierung aufgrund meiner Hautfarbe, nicht das Elend der Armut. Aber ich bin zornig: darüber, dass mein Vater so früh aus meinem Leben verschwunden ist. Darüber, dass ich an Geld kommen und mich dafür anpassen muss. Dass es Konkurrenz gibt und Ungerechtigkeiten im Job und, ja, auch im Privatleben.

Hip-Hop macht keinen Bogen um diese Tatsachen. Hip-Hop sagt, was Sache ist: Geld zählt. Macht ist geil und gefährlich. Die Starken sind oft die Fiesen, und sie setzen sich auch ziemlich oft durch.

Hip-Hop ist eine Wutmaschine, ein Apparat zur Transformation von Aggression, er verwandelt Zorn in ein Stilmittel, in eine Ästhetik, und in dieser Hinsicht verstehe ich nicht, warum nicht alle Typen wie ich, Leute mit Eierkopf und Hornbrille und einem durch bürgerliche Bildungermaßen zugeräumten Hirn, dass ihnen, wenn sie sauer sind, nie ein ordentliches Schimpfwort, sondern immer nur das nächste Gottfried-Benn-Zitat einfällt (zugegeben, nicht schlecht: »die Krone der Schöpfung, der Mensch, das Schwein«), warum also Typen wie ich nicht aufhören, diese weinerliche, pseudoliterarisch aufgeblähte Indierock-Musik zu hören, Songs über kaputte Beziehungen und dass man die Umwelt retten muss und überhaupt: der böse, böse Kapi-

talismus.

Der mittlerweile schwerreiche Jay-Z, dessen aktuelles Album 4:44 gerade erschienen ist, hat gesagt: »I am not a businessman, I am a business, man.« Ich bin kein Geschäftsmann, ich bin ein Geschäft, Mann! Gibt es eine schonungslosere Art, zu sagen, dass man als moderner Mensch immer auch eine Ware ist? Dass man die eigene Haut zu Markte trägt? Lässt sich die Zurichtung durch die Logik des Mehrwerts besser auf den Punkt bringen als mit diesem Satz?

Man muss mutig sein und klug, um so eine Zeile zustande zu kriegen. Vermutlich können die Axl-Rose-Fans das nicht verstehen, sie hören ihren Idolen lieber beim Jammern und Schmol-len zu. Guter Hip-Hop hingegen wird von tapferen Menschen gemacht. Einen Abgesang aufs eigene Elend wird man von ihnen nicht hören.

»Ein junger Mann, der wütend ist, ist sexy. Ein alter Mann, der wütend ist, ist ein Arschloch«, hat der amerikanische Regisseur John Waters einmal gesagt. Ich bin 50 und habe nicht vor, ein Arschloch zu werden. Lieber halte ich mich an Hip-Hop, um Beef zu haben, mich zu streiten, anzugreifen, auszuteilen. Mit offenem Visier. Die besten Gangsta-Rapper verstecken sich nicht, sie schlagen zu, verbal, mit der ganzen Härte ihres Könnens. Und sie stecken ein, mit Respekt vor dem Talent ihres Gegners.

Also, wenn du ein Problem hast, zum Beispiel mit diesem Text, dann melde dich, sprich dich aus, sag, was deiner Meinung nach Sache ist. Nur komm mir nicht mit Yo! Ein Yo ist mir zu wenig.

DANIEL HAAS

Der Artikel erschien in der ZEIT 30/2017 unter dem Titel: Wollt ihr Beef?

Vom Pilotprojekt zum Erfolgsprojekt

Die Projektarbeit in Nicaragua ist erfolgreich, für alle Beteiligten

Der Kampf gegen Kinderarbeit stärkt Bildungsgewerkschaften – nicht nur im globalen Süden

12. Juni ist Welttag gegen Kinderarbeit – Anlass, über den Beitrag unserer Gewerkschaft zur

Durchsetzung des Verbots von Kinderarbeit nachzudenken und darüber zu berichten.

Seit ungefähr sechs Jahren ist die GEW nach verschiedenen Gewerkschaftstags-Beschlüssen hier aktiv, auch wenn das nicht

bei allen Mitgliedern immer die nötige Beachtung findet.

Der Kampf für das Menschenrecht auf gute Bildung gehört ebenso in ein Konzept zur aktiven gewerkschaftlichen internationalen Zusammenarbeit (Beschluss 1.7) wie die solidarische Unterstützung im Kampf für Gewerkschaftsrechte.

Mit einer Arbeitsgruppe in Hamburg (für Mitglieder aus Hamburg und dem Hamburger Umland) unterstützen wir die „fair childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit“ und informieren über Projekte befreundeter Gewerkschaften, die mit Spenden für die Stiftung finanziert werden. Seit 2017 geschieht das bei den Projekten in Ländern Afrikas und in Nicaragua in Zusammenarbeit mit der Bildungsinternationalen.

Mit der Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen weckten die Gewerkschaften vor Ort in Nicaragua und Mali die Begeisterung der Lehrkräfte und verstärkten deren Einfluss im sozialen Dialog. Davon konnten sich Gewerkschafter_innen, die die Projekte – in Nicaragua zu Beginn des Jahres, Ende März in Mali – besuchten, gerade wieder überzeugen. Wir geben damit nicht nur den Kindern und Jugendlichen vor Ort eine Chance auf gute Grund- und Ausbildung, sondern leisten auch einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

Erfolg und Ausweitung der Projektarbeit in Nicaragua

In der La-Dalia-Region Nicaraguas, die für ihre Kaffeeplan-

Fotos: Bildunginternational



Hier will keiner die Schule schwänzen. ‚Fair childhood‘ unterstützt Projekte auf verschiedenen Kontinenten wie hier in Mali...



...und hier in Nicaragua

tagen berühmt ist, verfolgt die Gewerkschaft CGTEN-ANDEN mit Unterstützung der GEW-Stiftung und der niederländischen Gewerkschaft AOb das Ziel, dass alle Kinder dieser Region zur Schule gehen. Dazu wurden Lehrkräfte in Kommunikationstechniken, Führungsaufgaben und Kinderrechten geschult. Mit Aushängen gegen Kinderarbeit, Werbung für die Ausbildung der Lehrkräfte und Radiowerbespots für Bildung, gegen Kinderarbeit, die von lokalen Sendern ausgestrahlt werden, machte ANDEN das Projekt bekannt.

„Die Bitte der Lehrkräfte des ersten gewerkschaftlichen Fortbildungstrainings nach einer Weiterbildung im kulturellen Bereich hat uns zunächst überrascht. Sie begründeten ihren Wunsch damit, dass diese Ausbildung die Attraktivität der Schulen verbessere.“, berichtet Bernarda López, die Koordinatorin für das Projekt. „Nach dieser Ausbildung konnten kulturelle Aspekte in die Unterrichtsmethoden integriert werden. Die Schüler_innen genießen die Schule mehr und erreichen bessere Ergebnisse, ihre Motivation steigt und damit auch die Begeisterung der Eltern und Lehrer_innen.“

„Seit Beginn des Projekts hat kein Kind mehr meine Schule verlassen, neun Kinder sind in die Schule zurückgekehrt,“ erklärt Marlen Cardenal Averruz, Grundschullehrerin in Sliimalila und ihre Kollegin Edgla Mona

Cardenas Centeno bemerkt: „Selbst wenn wir mit den Eltern Kompromisse aushandeln, dass ihr Kind anfangs wegen des langen Schulwegs nur drei Tage zur Schule kommt – wenn dem Kind der Unterricht hier gefällt, bittet es von allein darum, jeden Tag zur Schule kommen zu dürfen.“

Unterstützung bekommen die Gewerkschafter_innen auch von den Besitzern der Kaffeeplantagen. Sie ermuntern ihre Beschäftigten, alle ihre Kinder zur Schule anzumelden, zumal inzwischen die internationalen Käufer des nicaraguanischen Kaffees das „Nein zur Kinderarbeit“ unterstützen, ja fordern. In den Gemeinden rund um die Schulen der Projektregion sind die Motivation und das Prestige der Lehrer_innen deutlich gestiegen. Bei den monatlichen Eltern-Lehrkräfte-Treffen werden Themen wie Gewaltfreiheit, Selbstwertgefühl und Werteerziehung diskutiert.

Gewerkschaftliche Erfolge

Die Mitgliederzahl von ANDEN stieg in der Region um 28 Prozent. Das Ansehen der Gewerkschaft nimmt zu, seit die Menschen begreifen, dass sie nicht nur für ihre Mitglieder kämpft, sondern für gute Bildung und das Wohl der gesamten Gemeinschaft eintritt.

Inzwischen haben sich die regionalen Bildungsbehörden verpflichtet, Neues wie z. B. die Elternbesuche auf alle 173 Schulen auszuweiten.

Mit weiterer Unterstützung von AOb und der GEW-Stiftung wird ANDEN nun weitere kinderarbeitsfreie Gebiete in zwei Gemeinden der Region León entwickeln, wo viele Kinder in Goldminen ausgebeutet werden. „Auf nationalen Gewerkschaftstreffen zeigen wir am La-Dalia-Projekt, dass Kinderarbeit durch bessere Kommunikation mit

Mit der Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen weckten die Gewerkschaften vor Ort in Nicaragua und Mali die Begeisterung der Lehrkräfte

Eltern und attraktivere Unterrichtskonzepte beseitigt werden kann.“, betont López. Diese Strategie könnte die Gewerkschaft auf lange Sicht in vielen Regionen verfolgen.

Dazu braucht es Zeit und Geld, insbesondere für die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer_innen in den betreffenden Bereichen. Ein höheres Spendenaufkommen durch regelmäßige Spenden an *fair childhood* wären dabei eine große Hilfe.

Der Erfolg solcher Projekte macht auch unsere Gewerkschaft stark.

BRUNI RÖMER



Einladung zur Veranstaltung
der **GEW-Arbeitsgruppe „Bildung statt Kinderarbeit“**

am Dienstag, 12. Juni 2018 von 18.00 – 19.30 Uhr
in der GEW, Rothenbaumchaussee 15, Raum AB

zum Welttag gegen Kinderarbeit

Unsere ehemalige Hamburger GEW Vorsitzende Stephanie Odenwald besuchte gemeinsam mit dem Berliner Kollegen David Burmeister vor kurzem das von Fair Childhood unterstützte Projekt in Mali.

Sie konnten sich vor Ort vom Erfolg der Projektarbeit überzeugen und nutzten dort die Gelegenheit, mit vielen Beteiligten ins Gespräch zukommen. Dabei konnten sie gute Ergebnisse beobachten und haben auch erfahren, wo noch der Schuh drückt.

In Mali setzt sich die nationale Lehrkräftegewerkschaft für Bildung und Kultur (SNEC) nicht nur für die originären Mitgliederinteressen ein, sondern arbeitet auch intensiv daran, kinderarbeitsfreie Zonen zu schaffen. Dabei werden der Chef des Dorfes, die Dorfältesten und die Mütter immer intensiv mit einbezogen.

Da der Staat seine Bildungsverantwortung nicht im erforderlichen Maße wahrnimmt, springt hier die SNEC ein, um die schulische Bildung zu ermöglichen. Das geschieht unter unglaublich schwierigen Bedingungen. Es gibt viel zu wenige ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, kaum Unterrichtsmaterial und die Schulgebäude sind unzureichend, Wasser- und Stromversorgung Fehlanzeige.

Darüber wollen sie auch anhand zahlreicher Fotos berichten und mit euch darüber sprechen.

Die hLz berichtete über dieses Projekt in der Ausgabe September/Oktober 2017

„Kinderarbeitsfreie Zone in Mali – Was ist das?“ [https://www.gew-](https://www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung/pdf/fair-childhood-projekt-in-mali)

[hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung/pdf/fair-childhood-projekt-in-mali](https://www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung/pdf/fair-childhood-projekt-in-mali)

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

„Wer den Swing in sich hat, ...“

kann nicht mehr im Gleichschritt marschieren“, so Coco Schumann, einer der Protagonisten der rebellischen Jugend der Kriegsgeneration. Eine Ausstellung würdigt unter dem Motto ‚Gegenwelten‘ deren Aufbegehren

Swing entsprach als rhythmisch inspirierende Tanzmusik einem allmählich zurückkehrenden Optimismus der Bevölkerung, als in den 1930er Jahren nach der großen Depression mit dem „New Deal“ die Prosperität wiederkehrte. In den USA wurde das Tanzbein zu einer Musik geschwungen, die der Gesellschaft von einer unterdrückten und verachteten Minderheit vermittelt worden war. Schwarze Musiker_innen fanden weltweit Beachtung. Swing – das war auch

ein wichtiger Schritt gegen die rassistische Trennung hin zur angestrebten Gleichberechtigung.

Auch im Nazi-Deutschland fand dieser Aufbruch Anhänger. Detlef Garbe verwies in „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (Seite 565) darauf, dass nach Schätzungen allein in Hamburg 1.000 bis 1.500 Jugendliche der „Swing-Jugend“ zugerechnet wurden. Deren lässiges Verhalten bildete einen scharfen Gegensatz zur Glorifizierung des Soldatentums durch die Nazis. Sie richteten ihren fanatischen Hass gegen die von der „Negermusik“ bewegten Menschen. Zeigten die Swing-Anhänger doch, dass die autoritär-kleinbürgerlichen Kulturideale der Nazis in der jungen

Generation des Bürgertums auf dem Rückzug waren.

Die Ausstellung hat drei Teile. Der erste Teil widmet sich dem Swing in Hamburg. An ausgewählten Biographien werden die „Gegenwelten“ zwischen

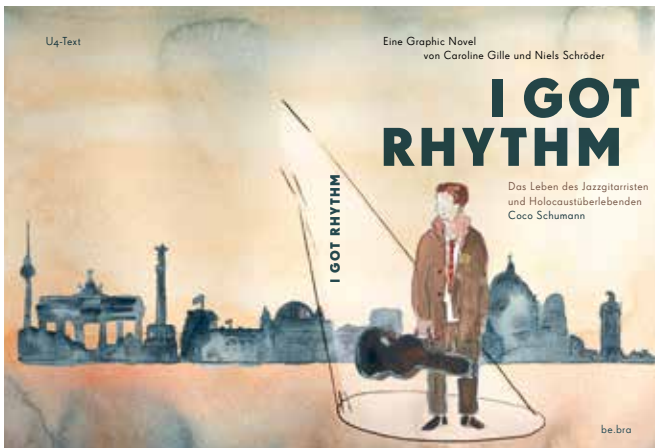
den Swing in sich hat, ob er im Saal steht oder auf der Bühne, kann nicht mehr im Gleichschritt marschieren“. Er überlebte erst das KZ Theresienstadt im Häftlingsorchester „Ghetto Swingers“ und später Auschwitz.

Am 29. Mai 2018 um 19 Uhr wird die Ausstellung im Lichthof der Staatsbibliothek eröffnet. Angela Bottin und Niels Schröder werden in die „Gegenwelten“ einführen und danach wird getanzt zur Swing-Musik von Tornado Rosenberg und Band, die

es swingen lassen werden zur Freude der Teilnehmer_innen – und immer auch in Erinnerung an die verfolgten Menschen, die im „Dritten Reich“ der brutalen Willkür ausgesetzt waren.

Die Ausstellung ist bis zum 29.6.2018 in der Staats- und Universitätsbibliothek, Von Melde Park 3, während der Öffnungszeiten (Mo-Fr 9-20.30 Uhr) zu sehen. Begleitend zur Ausstellung bieten Niels Schröder und Angela Bottin Einzeltermine für Schulklassen in Absprache an. Kontakte: angela.bottin1907@gmail.com und nielsolafschroeder@web.de

JOCHEN RASCH
Student/GEW



Widerspruch und Widerstand erhellte. Hier erfährt man u.a. auch von dem legendären Tanzfest im Curio-Haus am 2. März 1940, an dem mehrere Hundert Jugendliche teilnahmen, bis die Gestapo um Mitternacht einschritt. Eine Tafel zu Bruno Himkamp, Gert Spitzbart und Thorsten Müller stellt auch den Zusammenhang zu Hans Leipelt her, dessen Biographie und Weg in den Widerstand den zweiten Teil der Ausstellung füllt. Im dritten Teil werden Originalzeichnungen aus der Graphic Novel „I got rhythm“ präsentiert, die das Leben des Anfang 2018 verstorbenen Jazz-Musikers Coco Schumann würdigt. Er pointierte seine Haltung in der Aussage: „Wer

Spaß gehabt

Der Musikausschuss der GEW Hamburg lebt fröhlich und aktiv weiter

Sie verleiht Wunderkräfte und sie befähigt den kleinen Wolfgang Amadeus Mozart (5), auswendig und mit verbundenen Augen ein selbst komponiertes Menuett auf dem Cembalo zu spielen.

Geschehen so nicht nur am Hofe des Fürst-Erbischofs von Salzburg 1761, sondern auch im März 2018, während der diesjährigen Kinderkonzerte des Projektes „Hamburger-Schülerkonzerte“ im Landesmusikrat-Hamburg e.V.

An drei Vormittagen konnten wir in jeweils zwei Veranstaltungen über 1500 Kinder glücklich machen mit einem Konzert, das die Kindheit Mozarts zum Thema hatte. Andreas Peer Kähler aus Berlin hatte wieder ein schönes, unterhaltsames und lehrreiches Programm zusammengestellt; die Hamburger Camerata spielte versiert und mit schauspielerischen Einlagen Teile aus einer Sinfonie Mozarts und ein Menuett, zu dem eine Rhythmik-Gruppe der Staatlichen Jugendmusikschule tanzte; das Kinder-

streicherorchester „Saitenspiel“ beteiligte sich mit einem Marsch und einem weiteren Sinfoniesatz; Lir (14) und Geoffrey (21) spielten zum Schluss mit dem Orchester zusammen den ersten Satz aus der Sinfonia Concertante für Violine, Viola und Orchester; ein wirklich anspruchsvolles und virtuoses Stück.

Zwischendrin konnten die Zuhörer_innen ein Lied singen: Es klinget so herrlich, es klinget so schön ... aus der Zauberflöte; sie durften einmal auf ihren Sitzen hoppelnd, um die Fahrt in einer Kutsche nachzuempfinden und beim Menuett mitdirigieren, was gar nicht so einfach war.

Herr Kähler erzählte und dirigierte nicht nur, er spielte zwischendurch auch auf dem Cembalo, um zu demonstrieren, welche Fähigkeiten der kleine Wolfgang hatte und welche Fertigkeiten mit der Unterstützung seines Vaters gefördert wurden. Nicht vergessen wurde seine Schwester Nannerl, die ebenso gut Geige und Klavier spielen und singen konnte und bei den

vielen und langen Reisen immer an der Seite ihres Bruders war.

Die Hamburger Schüler_innen hatten viel Freude an dem Programm. Sie haben eine Menge über das Leben Mozarts und anderer Menschen im Rokoko erfahren (z.B. wie man am Hof der Kaiserin Beifall klatschte – nämlich lautlos!).

Gefreut hat uns, dass auch wieder mehrere Gruppen von Schüler_innen mit Einschränkungen gekommen waren. Es ist eine Freude zu sehen, wenn ein Kind, das sich verbal nicht äußern kann, mit seinen ganzen Körper zum Ausdruck bringt, dass ihm die Musik gefallen hat!

Die meisten Schüler_innen verhielten sich tadellos, nur wenige müssen noch lernen, dass ein Konzertbesuch nicht wie ein Fernsehnachmittag abläuft – und daran arbeiten wir, auch, indem wir Fortbildungen für Lehrer_innen anbieten, die einerseits die Inhalte der Konzerte zum Thema haben und Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen, andererseits aber auch Übungen zur Konzentration und Fokussierung (nicht nur für den Musikunterricht) anbieten.

Im nächsten Jahr (Februar) werden wir wieder Vivat Vivaldi rufen und ein wunderbares Spiel mit und um seine Musik erleben. Wir werden auch mit dem Komponistenquartier (Peterstraße) zusammen ein Programm für die Mittelstufe erarbeiten und Abendkonzerte der Hamburger Camerata für Schulveranstaltungen umarbeiten.

Schauen Sie auf unsere Homepage www.hamburger-schülerkonzerte.de oder/und lassen Sie sich in den E-Mail-Verteiler eintragen, der neueste Informationen frei Haus liefert. hannelore@kalwies.de

HANNELORE KALWIES
Projektleiterin

„Hamburger-Schülerkonzerte“ im
Landesmusikrat-Hamburg e.V.

Foto: Musikausschuss



Das Kinderstreicherorchester „Saitenspiel“ begeistert Jung und Alt

Gegen das Vergessen und Verdrängen

Stolpersteinsetzung für Walter Krützfeldt in Anwesenheit seiner Tochter Karin Brunier

Am 21. März wurde die Stolpersteinsetzung für Walter Krützfeldt vor der Thälmann-Gedenkstätte in der Tarpenbekstraße 66 in Hamburg-Eppendorf feierlich begangen. Dazu bedurfte es intensiver Vorarbeiten, die zunächst im Kreise der Seniorinnen und Senioren stattfanden. Die GEW Hamburg engagiert sich seit einigen Jahren bereits für die Rehabilitierung der 999er Strafsoldaten, speziell für diejenigen, die vom Hannoverschen Bahnhof aus deportiert wurden.

Am Schicksal von Walter Krützfeldt wird deutlich, dass die grausame Behandlung der

999er durch das verbrecherische nationalsozialistische System auch nach dem Krieg nicht aufgearbeitet wurde und die betroffenen Familien bis heute auf Rehabilitierung warten.

Nicht aufgearbeitetes Unrecht setzt sich möglicherweise in den folgenden Generationen fort. Nationalsozialistisches Gedankengut kann so in neonazistischen Bewegungen fortleben, wiederum ohne das Bewusstsein von Unrecht. Fredrik Dehnerdt hat in seiner am 21. März gehaltenen Rede sehr eindrucksvoll auf die Aufgabe der GEW hingewiesen, nationalsozialistisches



Foto Brunier

Gedankengut in heutigen rechten Bewegungen zu bekämpfen.

Karin Brunier, Zeitzeugin und Tochter von Walter Krützfeldt, hat mit ihrer persönlichen und anrührenden Stellungnahme zu ihrem Vater verdeutlicht, wie sehr das brutale Vorgehen der Nationalsozialisten das Leben ihres Vaters und der ganzen Familie bis heute kaputtgemacht oder doch beeinträchtigt hat.

Wir sind dankbar, dass wir mit der Stolpersteinsetzung für Walter Krützfeldt sein schweres Leben würdigen durften.

Vor einigen Jahren ist uns im Vorstand der Ruheständler und Ruheständlerinnen die Arbeit von Frau Suhling durch Jutta Jaensch bekannt geworden. Frau Ursula Suhling, selbst Tochter eines 999er Strafsoldaten, arbeitet seit vielen Jahren daran, das Schicksal der Strafsoldaten zu dokumentieren. Das ist zu ihrem Lebensthema geworden. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren Vieles getan. Das Schweigen bzw. Verschweigen ist gebrochen.

Wir konnten Frau Suhling gewinnen, aus ihrem neuen Buch „Wer waren die 999er?“ vorzulesen. Die Veranstaltung findet am 5. Juni 2018 um 17.00 in der Rothenbaumchaussee statt.

BETTINA WEHNER
für die Senioren-Gruppe

Wer waren die 999er?
Strafsoldaten in Wehrmachtsuniform – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof

Ursula Suhling berichtet bei dieser Veranstaltung von etwa 2.000 Strafsoldaten, von denen der Großteil politische Gegner der NS-Herrschaft waren, die seit 1933 in Hamburg verfolgt, inhaftiert und misshandelt wurden. Von 1942 an zwang sie das Regime in das "Bewährungs"-Bataillon 999. Ihre Musterung fand in der Einschlüssler-Kaserne an der Bundesstraße statt. Sie wurden später in vier Massentransporten über den Hannoverschen Bahnhof zunächst zum Ausbildungslager "Heuberg" in Würtemberg-Baden deportiert. Ihre endgültigen Bestimmungsorte waren die gefährlichsten Einsatzorte an der Front. Nur wenige von ihnen haben überlebt.

Die GEW fordert seit längerem, die Deportierten des „Bataillons 999“ in Hamburg in die offizielle Gedenkzeichnung am Lohseplatz, Vorplatz des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs in der Hafencity, aufzunehmen.

Die Autorin:
Ursula Suhling, Jahrgang 1933, Dipl.-Ing., Mitglied der VVN-BdA. Ihr Vater kam im BB (=Bewährungsbataillon) 999 um.

Dienstag, 5. Juni 2018, 17 Uhr
Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Raum GBW

V.V.N.-B.D.A. 

V.i.S.d.P. GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg / www.gew-hamburg.de

Unkenntnis und Geringschätzung

Zum Beitrag Heldendämmerung von B. Nette/St. Romey über die Rolle von Max Taeger und des Untergrundvorstands; hlz 1-2/2018, S. 52ff

Als Tochter von Kurt Zeidler und ehemalige Lehrerin (Jahrgang 1930) bin ich einigermaßen verwundert, mit welcher Unkenntnis und Geringschätzung die Autoren Nette und Romey über die Aktivitäten der Nazi-Gegner im Hamburger Schulwesen in der Zeit von 1933 bis 1945 schreiben, offenbar ohne ermessen zu können, unter welchem Druck und Terror die damaligen Nazi-Gegner wie mein Vater, Max Taeger und andere Demokraten sich verhalten konnten.

Im Jahr meiner Geburt war meine Vater zum Schulrat in Hamburg ernannt worden. Er war zuständig für den Bereich Volks-/Realschule, damals „Oberbau“ genannt. Als 1933 die „Machtergreifung“ durch Hitler und seine Partei stattfand, wurden alle Lehrer aufgefordert, der NSDAP beizutreten. Der Druck war in der Schulverwaltung noch höher als in den Schulen, da man von Führungskräften erwartete, als Vorbild aufzutreten.

In späteren Jahren hat mein Vater erzählt, wie er zu Hause und im Kollegenkreis über dieses Ansinnen diskutiert hat. Unsicher war, was bei einer Weigerung des Beitritts zur Partei geschehen würde. Trotzdem wagten er und einige Kollegen den Schritt der „Befehlsverweigerung“. Als Konsequenz wurden sie fristlos entlassen, soviel ich weiß, ohne Gehalt.

Es galten aber wohl noch Beamtenengesetze aus der Weimarer Zeit. Vor diesem Hintergrund wagten diese mutigen Männer, einen Prozess anzustreben mit dem Ziel der Wiedereinsetzung ins Amt. Letztlich gewannen sie den Prozess mit Hilfe guter Rechtsanwälte, wurden aber „degradiert“ zu „normalen Lehrern“, allerdings behielten sie ihr höheres Gehalt.

So wurde mein Vater wieder Lehrer, arbeitete mit Mädchenklassen an einer Schule mit Oberbau, weil er der vormilitärischen Erziehung der Jungen aus dem Weg gehen wollte. Die berufliche Entscheidung zur Weigerung hatte sich mein Vater so schwer gemacht, weil er sich der möglichen Konsequenzen bewusst war. Wir als Familie waren sozusagen im Visier der „Staatssicherheit“. In totalitären Staaten gelten weitgehend die Regeln der Sippenhaft. Also galt es, auf keinen Fall irgendwo und irgendwie aufzufallen.

Mein Vater hat während der Nazizeit immer engen Kontakt mit zuverlässigen Kollegen gehabt. Man musste sehr genau wissen, mit wem man über was sprach, weil Denunzianten überall arbeiteten. Sogar gegenüber mir als naivem Kind ließen die Eltern Vorsicht walten. Sie hielten vor mir damals ernste Gespräche und Hintergründe fern, weil sie wussten, dass ich in kindlicher Ehrlichkeit ausplaudern würde, was ich aufschnappte. Meine Lehrerin schätzten die Eltern als „Nazisse“ ein ... sie indoktrinierte uns Kinder nach Kräften, fühlte sich dazu wohl von Amts wegen angehalten.

Die Treffen mit den ehemaligen Kollegen meines Vaters

fanden unter konspirativen Bedingungen statt. Es war nicht angebracht, bei einem von ihnen in der Wohnung zusammenzutreffen. Denn wer wusste schon, ob die Wohnung verwandt war? Außerdem – mit mehr als drei Männern fiel man als Gruppe auf – keiner konnte ausschließen, überwacht zu werden. Die sicherste Art, politische oder wichtige Gespräche zu führen, war, einen Spaziergang oder gar eine Wanderung zu machen. In der Natur war Abhören unmöglich.

Dennoch trafen die Kollegen sich in bestimmten Abständen in wechselnden Kneipen/Restaurants und tarnten sich als feuchtföhliche Männerrunde. Ab und zu wurde ein Witz eingeschoben, alle lachten schallend und für etwaige Beobachter blieb der Anschein von Harmlosigkeit erhalten. Mein Vater nannte diesen Kreis eine Art „Untergrundvorstand“, alle waren ehemalige Vorsitzende und Stellvertreter der „Gesellschaft der Freunde“, aus der die GEW später hervorging. Und allesamt Nazigegner. Die Angst vor staatlichem Zugriff verfolgte diese Menschen immer und überall. So erzählten meine Eltern später, dass sie abends laute Geräusche im Treppenhaus unseres großen Wohnhauses zusammenzucken ließen. Es war bekannt, dass Festnahmen der Gestapo meist in den Abend- oder Nachtstunden stattfanden. Dann polterten Knobelbecher über die Treppen und wieder eine Familie wurde zum Verhör/ Abtransport abgeholt.

In den vom Verlag Erziehung und Wissenschaft der GEW herausgegebenen Erinnerungen schrieb mein Vater Kurt Zeidler dazu: „Wir besprachen

die jeweilige Lage, berichteten einander über aufschlussreiche Vorkommnisse und stärkten uns gegenseitig in dem Willen, verwirrte und hilflose Kollegen, die guten Willens, aber voll berechtigter Sorgen und Ängste waren, zu beraten und in ihrem inneren Widerstand zu unterstützen.“

Diese Treffen von Personen zu diskreditieren, die vor 1933 wichtige Funktionen in der damaligen „Gesellschaft der Freunde“ gehabt hatten und die sich am Ende der Nazi-Zeit darauf vorbereiteten, ein demokratisches Schulwesen und eine neue Lehrerorganisation wieder aufzubauen, finde ich empörend. Genauso unangemessen finde ich es, den Beitrag meines Vaters „Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte“ als Anekdotensammlung herabzuwürdigen.

MARGRET SELL
geb. ZEIDLER

Dazulernen nicht ehrenrührig

Zum Beitrag „Heldendämmerung“ von B. Nette/St. Romey, hlz 1-2/2018, S. 52ff

Ich werde nur noch dieses Mal zwei Dinge richtigstellen, die von Bernhard Nette und Stefan Romey fälschlicherweise behauptet werden und mich im Weiteren auf ein Pingpongspiel nicht einlassen. Als „neutraler Gutachter“, der an der damaligen Diskussion um Ro 19 nicht beteiligt war, weil er die Auseinandersetzung zunehmend polemisch und persönlich verletzend fand, erlebe ich Ähnliches jetzt wieder, weil meine Forschung für manche nicht das gewünschte Ergebnis hat.

Ich fühle mich durch meine langjährige Aufarbeitung der Hamburger Schulgeschichte in der Zeit der Nazi-Herrschaft verpflichtet, auf den Tisch zu legen, was ich ermittelt habe und bin weit entfernt davon, Helden-

Geschichten zu schreiben oder Leute aus der Bredouille zu bringen, in die sie sich selbst gebracht haben.

Ich arbeite wissenschaftlich und wenn ich etwas gefunden hätte, was Max Traeger in ein schlechtes Licht stellte, ich würde es veröffentlichen, so wie ich es bei dem nicht nur von mir sehr verehrten Walter Bärsch gemacht habe, den ich persönlich geschätzt habe. Zu Max Traeger gibt es für mich gar keinen persönlichen oder emotionalen Bezug. Und Helden habe ich ohnehin nicht mehr.

Aber weil ich es nicht als Kavaliersdelikt ansehe, wenn von jemandem behauptet wird, ohne den entsprechenden Beleg vorzulegen, er sei „braunbefleckt“ oder ein Kollaborateur der Nationalsozialisten gewesen, empört es mich, wie leichtfertig in Bezug auf Max Traeger von Leuten agiert wird, die damit auch noch eine Organisation wie die GEW in ein übles Licht stellen wollen.

- B. Nette und S. Romey behaupten, mir alle ihre Unterlagen zum Lesen zur Verfügung gestellt zu haben. Dazu: Ja, Bernhard Nette hatte mir am 25.9.2007 die umfangreiche Ro 19- Handakte in Kopie zugeschickt, die ihm Peter Göbel zum Lesen übergeben hatte. Um diese Unterlagen geht es aber nicht. Ich habe in der HLZ 12/ 2017, S. 60, kritisiert, dass B. Nette/S. Romey die Wiedergutmachungsakten der jüdischen Erbgemeinschaft von Ro 19 verschwiegen haben, aus denen hervorgeht, dass sie nach 1945 juristisch gut beraten differenzierte Wiedergutmachungsanträge stellten, beispielsweise für ein 1938 verkauftes Haus in der Johnsallee 13. Diese Akten habe ich Anfang 2017 im Staatsarchiv gefunden und gelesen. Meine Frage bleibt, warum sie dies nie erwähnt und öffentlich gemacht hatten,

weil man daraus doch den Schluss ziehen kann, dass die jüdische Erbgemeinschaft in Bezug auf den parallelen Fall der Immobilie in der Rothenbaumchaussee 19 bewusst darauf verzichtet hatten, einen entsprechenden Wiedergutmachungsantrag zu stellen? Brisant ist diese Tatsache auch deswegen, weil Benjamin Ortmeier in seiner Anklage gegenüber der GEW geschrieben hatte: „Nun, die emigrierten jüdischen Besitzer meldeten sich nicht, sie konnten es nicht oder wollten es wohl nicht – möglicherweise, da die Durchsetzung eines Restitutionsanspruchs vor den damaligen deutschen Gerichten ungewiss, zeit- und nervenraubend war.“ Nette/Romey rezensierten das Buch in der HLZ, diese gravierende Aussage blieb bei ihnen aber unkommentiert. Wie kann man das anders verstehen, als dass Fakten und Dokumente, die unbequem sind, verschwiegen werden?

- Ja, es stimmt, wie die beiden Kollegen schreiben, dass ich erklärt habe, „dazugelernt zu haben“, durch neue Erkenntnisse bzw. Dokumente. Dazulernen könnte auch anderen nicht schaden.

Im folgenden Fall habe ich neue Erkenntnisse gewonnen: In dem von Reiner Lehberger und mir 1986 herausgegebenen Buch: „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz“ hatte ich über die Gleichschaltungsveranstaltung vom 27.4.1933 geschrieben (S. 187ff.) und dabei die Rede des damaligen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“, Gustav Küchler, als „enttäuschend“ bezeichnet und zitiert, dass in der HLZ 18/1933 nach Ende seiner Rede vermerkt wurde, es hätte danach „brausenden, nicht enden wollenden Beifall gegeben.“ (S. 250)

Die Dramatik der damaligen

Situation ist von mir tatsächlich erst erkannt worden, durch weitere Beschäftigung mit der Geschichte der „Gesellschaft der Freunde“, auch in Kenntnis der Biografie von Gustav Kühler, der als HLZ-Schriftleiter lange energisch gegen die Nazis und Rechtskonservativen argumentiert hatte und der 1933 von den Nazis als Schulleiter entfernt wurde und 1940 gestorben war. Einen falschen Bezug stellt die von Benjamin Ortmeier und seinen Hamburger Freunden kolportierte Aussage her, dass sich der „brausende, nicht enden wollende Beifall“ auf die Entscheidung der Gleichschaltung bezogen hatte, die von den Anwesenden tatsächlich ohne große Emotionen abgestimmt worden war. Der Beifall bezog sich, wie Friedrich Kraus 1955 in der Festschrift „150 Jahre Gesellschaft der Freunde“ beschrieb, auf den bisherigen Vorsitzenden Kühler: „Brausenden Beifall gab dem Dankgefühl Ausdruck, von dem die Lehrerschaft gegenüber dem Manne erfüllt war, der so unentwegt, selbstlos und geschickt viele Jahre für die hamburgische Lehrerschaft gearbeitet und gekämpft und den Verein mit überlegener Sicherheit geführt hatte.“ (S. 66)

Das muss man erst einmal unterscheiden können.

HANS-PETER DE LORENT

Historisch naiv bis gutgläubig

Zum Beitrag von H.-P. de Lorent über Max Traeger und die DDP/ Dt. Staatspartei; hlz 3-4/2018, S. 52ff

Nach dem Motto „viel hilft viel“ beschäftigt sich Hans-Peter de Lorent in der letzten hlz auf nunmehr 8 (!) Seiten zum wiederholten Male mit dem „vorbildhaften“ Wirken Max Traegers in der Nazizeit. Er unterstellt diesem, er sei „standhaft gegen die NSDAP“ auch

als Bürgerschaftsabgeordneter gewesen. Er kann dieses nicht belegen, auch wenn er seitelang Sekundärliteratur zitiert und in gewohnter Weise gegen die Frankfurter Professoren Brumlik und Ortmeier polemisiert. Er geht auf unsere Fragen weiterhin nicht ein, wie sich die behauptete NS-Gegnerschaft Traegers mit dessen Mitwirkung an der NS-geführten Koalition 1933 verträgt. Er lobt das Verhalten des liberalen Hamburger Bürgermeisters Petersen, der sein Amt und Mandat niederlegte, statt mit der NSDAP gemeinsame Sache zu machen. Er erklärt aber nicht, wieso Traeger diesem nicht folgte, obwohl er doch – so de Lorent –, „auf Seiten des von ihm verehrten Carl Petersen stand“ und stattdessen trotz Verbots seiner Partei bis zur offiziellen Auflösung der Hamburgischen Bürgerschaft deren Abgeordneter blieb. Er vermittelt auch nicht, warum Traeger am 31. Mai 1933 als einziger verbliebener bürgerlicher Abgeordneter von den Nazis in die Landesunterrichtsbehörde gewählt wurde. Er erläutert nicht die Unterschrift Max Traegers unter den Antrag an die letzte Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde“ am 14. März 1934, der – so der unterzeichnende Notar – „nunmehr die endgültige Eingliederung des Vereins in den NSLV und damit in die nationalsozialistische Bewegung“ bedeutete.

Statt sachlich auf unseren Hinweis einzugehen, das Verhalten Traegers bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ nicht „alternativlos“ darzustellen, versucht er, die von uns benannte Emmy Beckmann, die Vorsitzende des „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins“ (ADLV), anzuschwärzen. Beckmann, Parteifreundin Traegers, hatte wegen ihrer offensiven Haltung gegen die Nazis in der Weimarer Zeit 1933 Berufsverbot erhalten.

Sie verweigerte die Gleichschaltung ihres Verbandes und überließ das Vermögen des ADLV nicht dem NS-Lehrerbund. De Lorent geht hierauf nicht ein, sondern führt gegen sie an, sie hätte sich Anfang der 1950er Jahre gegen die sechsjährige Grundschule ausgesprochen und hätte den „Hamburg-Block“ (Zusammenschluss der Parteien CDU, FDP, DP und BHE bei der Bürgerschaftswahl 1953) unterstützt. Aus unserer Schilderung, dass Emmy Beckmann sich - im Gegensatz zu Max Traeger - nicht an der Gleichschaltung ihres Verbandes 1933 beteiligte, macht de Lorent die Behauptung, wir hätten uns „als großen Schlag ausgedacht, als Alternative zu Max Traeger die Hamburger Pädagogin Emmy Beckmann als Vorbild für die GEW zu empfehlen“, sie als Namensgeberin für die Max-Traeger-Stiftung zu nehmen. Diese Aussage gibt es bei uns an keiner Stelle. Aber es passt offensichtlich in seine Tirade gegen die „Hamburger Antigeschichtsrevisionisten“.

Die Professoren Axel Schildt und Knud Andresen, beide von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, forderten in der letzten „Erziehung & Wissenschaft“ (E&W 4/2018) sachlich geführte Diskussionen, „denn dieses Land braucht keine Heldenverehrung oder „-verdammnis, sondern nüchterne Aufklärung.“ Was Hans-Peter de Lorent tatsächlich zu einem Wissenschaftsdiskurs beigetragen hat, könnte er, wenn er denn wollte, bei Prof. i.R. Gisela Miller-Kipp (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) nachlesen. De Lorents Traeger-Biografie kippe ins Hagiographische, wenn er schreibe, dieser habe „an vorderster Front“ derjenigen gestanden, „die sich durch die Nationalsozialisten nicht vereinnahmen und korrumpieren ließen“, oder wenn er am Schluss schreibe: „Die

GEW kann stolz darauf sein, Max Traeger als ersten Vorsitzenden nach der NS-Zeit gehabt zu haben.“ Seine Biographie sei „über weite Strecken ein historisch naives bis gutgläubiges Referat der zitierten Quellen.“ Miller-Kipp weiter: „De Lorent legt sich ... vorschnell auf eine entlastende Interpretation fest, und so erscheint die Entlastung bzw. positive Darstellung Max Traegers auch als eigentlicher Zweck dieser ‚Biographie‘“.

Hagiographie – laut Duden die „Erforschung und Beschreibung von Heiligenleben“ - statt wissenschaftliche Erforschung der GEW-Geschichte?

BERNHARD NETTE,
STEFAN ROMÉY

Eigene Stellungnahme vermeiden?

Zur Vergabe des Forschungsauftrages bezüglich des Übergangs der Gesellschaft der Freunde der Gesellschaft der Freunde der Gesellschaft der Freunde (GdF) in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) in *hlz*: 1-2/2018, S. 59f und 3-4/2018, S. 60f

Unser Vorstand lobte sich in der letzten *HLZ*: Er fördere die Erforschung „blinder Flecken“ aus der Geschichte der GEW! Das erscheint vielversprechend. Der Anlass wird vielen Mitglie-

dern kaum präsent sein: Der GEW-Kritiker B. Ortmeier und „engagierte Kollegen“ verbreiten in der Öffentlichkeit die Behauptung, es sei gewiss, dass jene Hamburger Lehrer_innen, die der Vorgängerorganisation der GEW angehörten, sich 1933 den Nazis „freiwillig mit einer großen Mehrheit“ angeschlossen und ihnen auch noch „ihr gesamtes Vermögen geschenkt“ hätten. Deshalb müsse das

förderung einen Beigeschmack. Es ergeben sich Fragen: Existiert beim Blick auf die Umstände der verharmlosend so genannten „Gleichschaltung“ der Vorgängerorganisation der GEW im Jahr 1933 wirklich ein „blinder Fleck“? Ist der Vorstand, womöglich um sich Ärger zu ersparen, bereit, eine Tafel am Curio-Haus zu entkernen, die an die zwangsweise Gleichschaltung erinnert? Kann man



Bilderstürmer

„zwangsweise“ aus einer Erinnerungstafel für die Gleichschaltung 1933 am Curio-Haus weg. (Der Streit um Ro 19 und Max Traeger lässt grüßen.) Unser Vorstand weiß, wie unsinnig solche Thesen sind.

Unter diesen Umständen erhält die löbliche Forschungs-

sich hinter einer Metapher vom „blinden Fleck“ wegducken? Meint der Vorstand, es sei nicht opportun, sich klar gegen die Kampagne der Bilderstürmer zu positionieren?

JÖRG BERLIN



Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	22.05.2018, 17.00-19.00 Uhr, Raum B
FG Grundschule/Vorschule	21.06.2018, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	23.05.2018, 16.30-19.00 Uhr, Raum A 20.06.2018, 16.30-19.00 Uhr, GBW
FG Gymnasien	04.06.2018, 19.00-20.30 Uhr, Raum B
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bildung ohne Bundeswehr	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik und Inklusion	22.05.2018, 17.00-19.00 Uhr, GBW 26.06.2018, 17.00-19.00 Uhr, GA Zimmer
FG Hochschule u. Forschung	04.06.2018, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	22.05.2018, 16.00-18.00 Uhr, Raum C 19.06.2018, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Flucht u. Bleiben	28.05.2018, 18.00-21.00 Uhr, Raum A 06.06.2018, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
Bleiberechtsausschuss	22.05.2018, 19.00-21.30 Uhr, Raum C 26.06.2018, 19.00-21.30 Uhr, Raum C
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Friedensausschuß	31.05.2018, 18.00-20.00 Uhr, Raum A 14.06.2018, 18.00-21.00 Uhr, Raum A
AG Drohnen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Rüstungsexporte	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	06.06.2018, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	14.06.2018, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
AG Schulleitungen	28.05.2018, 18.00-20.00 Uhr, GA Zimmer
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	30.05.2018, 19.00-21.00 Uhr, GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	02.07.2018, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> **gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**



Das HLZ-Rätzel

Kreativ dazu verdienen

Lehrkräfte dürfen vielleicht mit einem VHS-Kurs ein paar Euro im Monat dazu verdienen. In Politik und Showbiz sind ganz andere *legale* Nebeneinkünfte drin, zwischen 75.000 und 100.000 Euro von einer Pharmafirma.



Bildnachweis: Creative Commons/CC 0

Wer hat diese Quellen für Nebeneinkommen?

- | | |
|-----------------------|---|
| 1) französischer Wein | a) Ulla Schmidt, Ex Ministerin, SPD-MdB |
| 2) Aldi-Wein | b) Cristiano Ronaldo, Real Madrid |
| 3) Whisky | c) Günther Jauch, (Wer wird) Millionär? |
| 4) Pharmaindustrie | d) Bob Dylan, Nobelpreisträger |
| 5) Fotomodell | e) Gérard Depardieu, Filmstar |

Einsendungen in der Form 1-a/2-b/... bitte mit Postanschrift an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Preis winken zwei Flaschen Rotspion aus Hamburg. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...

„, ist Ex-Bürgermeister Olaf Scholz. Er leistete Ende der 70er-Jahre Zivildienst. Das wusste auch unsere Gewinnerin Heike Werner. Sie bekommt den Gutschein für einen Besuch des Restaurants *Parlament* im Rathauskeller. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK



Olaf Scholz 1984, wenige Jahre nach seinem Zivildienst

Bildnachweis: Gladstone-dewiki / CC BY-SA 4.0

Aus der Wiederwahl...

Zugegeben: bis auf Manni können wir verbliebenen Redaktionsmitglieder als Ruheständler_innen ganz unseren Leidenschaften frönen. Der Leidenschaft, uns nicht mit allen Gegebenheiten abzufinden. Dies mag der innere Motor sein, der uns zur Redaktionsarbeit antreibt. Auf jeden Fall ist mit dem Rentner_innendasein der Vorteil verbunden, dass wir mehr Zeit und Muße in das Projekt hlz stecken können, als es euch, die ihr von der Alltagsheute getrieben seid, möglich ist. Der Vorteil auf unserer Seite besteht darin, dass man aus dem Abstand heraus manche Dinge erkennt, die man im Alltag übersieht oder verdrängen muss. Der Nachteil steckt natürlich darin, dass uns die sinnlich erfahrbare Alltagspraxis fehlt; dass wir den Stress, die Hektik, die Konflikte mit Vorgesetzten oder mit Schüler_innen nicht mehr erleben. Das wollen wir nicht kleinreden. Deswegen seid ihr besonders gefordert! Wenn, wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, wohl aus dem Druck der Arbeitssituation heraus es sich nicht mehr machen lässt, ehrenamtlich in der Redaktion mitzuarbeiten – was nicht heißen soll, dass nicht jede/r willkommen ist –, so solltet ihr die Chance ergreifen, euch jeweils individuell zu Wort zu melden. D. h.: setzt euch an den Computer und schreibt, was euch besonders bedrückt oder natürlich auch er-

freut, denn bei allem Elend, das den Job begleitet, gibt es ja auch schöne und wertvolle Situationen und Erfahrungen.

Wahrlich schön kann der Beruf allerdings erst werden, wenn er die notwendigen Spielräume bietet, um ihn mit Muße betreiben zu können. Und die Voraussetzung dafür ist: Zeit! Zeit zum Überlegen, Zeit, kreativ zu sein, Zeit, individuell auf die Schüler_innen und natürlich auch auf die Kinder in allen anderen Bildungseinrichtungen eingehen zu können und und und... Die ist in der gegenwärtigen Situation nicht gegeben. Dass dies nicht interesselgeleitetes Gejammer ist, sondern existenzielle Dimensionen angenommen hat, lässt sich – lassen wir die burn-out-Fälle mal außen vor – am ehesten an der Teilzeitquote ablesen. In Hamburg sind es aktuell 50 Prozent, die nicht voll arbeiten! Deutlicher kann man es nicht zeigen. Was ist aus diesem Job geworden, der nur noch unter individuellem Lohnverzicht leistbar ist? Was ist mit den Familienvätern oder -müttern, die als Alleinverdienende die Familie durchbringen müssen und es sich folglich nicht leisten können, ihre Arbeitszeit zu reduzieren? Wie viele schleppen sich von Ferien, in denen sie meist krank werden, weil der Körper bereits darauf konditioniert ist?

Wenn Veränderung, dann also an erster Stelle eine in Bezug auf

eure Arbeitsbelastung. Schickt uns eure Berichte, beschreibt den Alltag in euren Bildungseinrichtungen und vergesst nicht, dass wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur kollektiv erstreiten können. Deshalb (re-)aktiviert eure Betriebsgruppen und schreibt auch hierüber.

Wenn das Ganze noch gepaart ist mit der Diskussion um eine bessere Schule, um bessere Kitas..., dann stehen wir auf der richtigen Seite. Eine bessere Schule kann nur in einem inklusiven System entstehen, in dem die Starken die Schwachen stützen, in einem System, das darauf ausgerichtet ist, die Ausgangsvoraussetzungen, wie sie im Wesentlichen durch den Bildungsstand der Familien vorgegeben sind, zu nivellieren. Dies setzt voraus, dass man diese elende Trennung zwischen angeblich begabten und weniger begabten Kindern aufgibt, dass man die Unterschiedlichkeit als Wert, die Diversität als Chance wahrnimmt und somit das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen als Voraussetzung begreift für das Entstehen einer auf Gerechtigkeit basierenden Gesellschaft. Mögen viele dieser Versuche in der Vergangenheit auch als gescheitert angesehen werden, so sollte uns dies nicht entmutigen, weil bei genauerem Hinsehen sich das Scheitern meist aus den unzureichenden Bedingungen heraus erklären lässt. Wie hieß es einst: Utopie ist machbar, Herr Nachbar!

JOACHIM GEFFERS

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: GEW/hlz

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2018: 6.6.2018



Spätsommer-Angebot 2018

Klassenfahrt direkt am Schweriner See

5 Tage 4 Nächte ab **95,- €**

Vollverpflegung (4 Mahlzeiten) ★ Stadtrallye Wismar ★ Schlossbesichtigung Schwerin
Schnupperreiten ★ Kistenklettern ★ Bogenschießen ★ Nachtwanderung und Lagerfeuer ★ Discoabend

Ulis Kinderland e.V., Tel. 038423 365, Fax 038423 51 359, info@ulis-kinderland.de

Wir machen uns stark
für Ihre Gesundheit
gesetzlich und privat

Traditioneller Partner des
öffentlichen Dienstes

DebeKa BKK

56027 Koblenz
Tel. (0261) 9 41 43-0
www.debeKa-bkk.de

DebeKa Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstelle Hamburg
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (040) 24 82 18-0
www.debeKa.de



Institut für Weiterbildung
Hamburg-Altona

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie

Start in Hamburg: 14. September 2018 | 18. Januar 2019

Jubiläumstagung: 20 Jahre KREISEL e.V., 20. & 21. Oktober

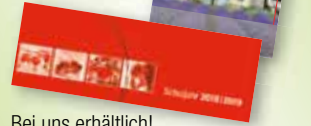
Integrative Lerntherapie in selbstständiger Praxis und inklusiver Schule

Infos und Anmeldung unter www.kreisel-hamburg.de

Öffentliche Zuschüsse
möglich!

Lehrerkalender

Alle Formate, alle Anforderungen, super praktisch und stabil, für das Schuljahr.



Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

ANZEIGE

Debeka

Vom Kostenerstatter zum Gesundheitsdienstleister

Bei der Debeka sind Kunden gleichzeitig auch Mitglieder im Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Im Jahr 1905 gründeten Kommunalbeamte einen Verein, damit ihnen im Krankheitsfall nicht der finanzielle Ruin drohte. Diese Hilfe zur Selbsthilfe entwickelte sich zum größten privaten Krankenversicherer in Deutschland: der Debeka, die bis heute ein echter Versicherer in Deutschland auf Gegenseitigkeit ist. Diese Organisationsform bedeutet, dass jeder Versicherte mit Unterzeichnung des Vertrags Mitglied des Vereins wird. Der Vorteil: Das Wohl der Mitglieder steht im Mittelpunkt aller Aktivitäten und es müssen – zum Beispiel anders als in einer Aktiengesellschaft – keine Aktionäre zufriedengestellt werden.

Die „Mutter“ der Gruppe

Die Debeka Krankenversicherung hat heute 4,8 Millionen Mitglieder, davon 2,3 Millionen Vollversicherte. Das Leistungsspektrum umfasst dabei Beihilfetarife für Beamte und Krankheitskostenvollversicherungen für Angestellte und Selbstständige sowie Zusatzversicherungen für gesetzlich Versicherte. Sie ist die „Mutter“ der Debeka-Gruppe, zu der neben der Krankenversicherung auch die Lebensversicherung, Allgemeine Versicherung, Bausparkasse und Pensionskasse zählen. Insgesamt betreut sie fast 18 Millionen Verträge und 7 Millionen Mitglieder. Damit gehört der Konzern zu den Top Ten der Versicherer in Deutschland.

Beiträge im Alter stabilisieren

Ein besonderes Anliegen der Debeka Krankenversicherung ist es, die Beiträge ihrer Mitglieder im Alter möglichst stabil zu halten. Dazu werden Alterungsrückstellungen gebildet. Das heißt: In jüngeren Jahren zahlt man etwas mehr Beitrag. Dieser wird verzinslich angespart, um später die Beiträge zu stabilisieren bzw. zu senken. Die Debeka hat zu diesem Zweck aktuell mehr als 35 Milliarden Euro an Alterungsrückstellungen gebildet, die ganze Branche insgesamt 233 Milliarden Euro. Dementsprechend ist sie angesichts der demografischen Entwicklung mit mehr älteren Menschen gut aufgestellt.

Vielzijdiger Service

Vom reinen Kostenerstatter entwickelt sich die Debeka zum Gesundheitsdienstleister. Nicht nur eine umfangreiche ambulante und stationäre Versorgung ist dabei gewährleistet. Zahlreiche Programme dienen dem Erhalt der Gesundheit oder erleichtern den Umgang mit bestimmten Krankheiten, zum Beispiel bei Diabetes oder Schlafstörungen. In vielen Bereichen vereinfacht dabei die Digitalisierung die Abläufe. So können beispielsweise Rechnungen über eine App per Smartphone eingescannt und übermittelt werden. Der positive Effekt: Die Leistung wird schneller ausgeführt, weil der Postweg entfällt.

Debeka mit den zufriedensten Kunden

Die Mitglieder der Debeka Krankenversicherung sind seit Jahren mit Abstand die zufriedensten der Branche. Das hat die Servicebarometer AG erneut in ihrer aktuellen Befragung „Kundenmonitor Deutschland“ 2017 bestätigt. 99 Prozent der Befragten sind zufrieden mit „ihrer“ Debeka.

albersdesign
wünscht sonnige
Pfingsten
04101-842 671
ca@albers.design

Körperorientierte Psychotherapie Systemische Paartherapie und Supervision

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Gelassenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, Lehrer
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de





Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30



Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+ Druckproduktion
Anzeigenverwaltung

04101-842 671
ca@albers.design



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen
sowie deren Angehörige**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme
(inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 und 2018 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.
Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

- Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.
- Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de



CURIO HAUS

GEW-Salon

Auf der Suche nach Verfassungsfeinden. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971 – 1987

Vortrag und Diskussion mit anschließender Lesung aus „Die
Hexenjagd“

Die GEW Hamburg hat den fünfundvierzigsten Jahrestag des Radikalerlasses 2017 zum Anlass genommen, Aktivitäten zum Thema Berufsverbote durchzuführen, um das immer noch nicht abgeschlossene und sogar weiterhin aktuelle Thema politisch aufzugreifen und einen Austausch unter den Betroffenen zu ermöglichen. Aktuelle Fälle zeigen, dass linke Praxis teilweise noch immer zur Nichteinstellung im öffentlichen Dienst führen kann. Erinnern bedeutet auch, für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.

Bei dieser Veranstaltung wird **Alexandra Jaeger**, die im Frühjahr 2018 zum Radikalenbeschluss in Hamburg promovierte, ihre Ergebnisse vorstellen und diskutieren. Danach liest **Hans-Peter de Lorent** aus seinem autobiographischen Roman „Die Hexenjagd“. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum Austausch bei Brot und Wein.



Montag, 4. Juni 2018, 18 Uhr, Curiohaus, Raum A



Fachschaftsrat
Rechtswissenschaft

